



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

10 | 2017

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Ländervergleich 2017

Personal des öffentlichen Bereichs

Anbau von Freilandgemüse



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Iris Stadler

„Zusammen sind wir Deutschland“ – unter diesem Motto feierten die Länder der Bundesrepublik in diesem Jahr in Mainz das Fest zum Tag der Deutschen Einheit. Mit der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer dargestellt. In diesem Monatsheft werden ausgewählte Ergebnisse aus den Themenbereichen „Bevölkerung“, „Wohlstand und Soziales“ sowie „Gesundheit und Pflege“ vorgestellt.

B e i l a g e : Faltblatt „Steuern“

10 | 2017

STATISTISCHE MONATSHEFTE

70. Jahrgang

kurz + aktuell	567
Konjunktur ■ Industrie ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Gewerbeanzeigen ■ Insolvenzen ■ Dienstleistungen ■ Tourismus Landwirtschaft ■ Einkommen ■ Soziales ■ Bildung ■ Flächenerhebung ■ Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	582
Konjunktur aktuell	586
Verbraucherpreise	588
Rheinland-Pfalz in Karten: Landwirtschaftliche Betriebe 2016 nach Verwaltungsbezirken	589
Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen – Teil I: Ausgewählte Aspekte aus den Bereichen „Bevölkerung“, „Wohlstand und Soziales“ sowie „Gesundheit und Pflege“	590
Der öffentliche Bereich als Arbeitgeber – Ergebnisse der amtlichen Statistik	605
Entwicklungen und Strukturen im Anbau von Freilandgemüse in Rheinland-Pfalz	616
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	625
Neuerscheinungen	641

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im Juli höher als im Vormonat

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Juli 2017 gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, drei Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Produktionssteigerungen gab es in zwei der drei industriellen Hauptgruppen. In der Konsumgüterindustrie nahm der Güterausstoß deutlich um 5,7 Prozent zu. Die Hersteller von Vorleistungsgütern steigerten ihren Output um 3,6 Prozent. In der Investitionsgüterindustrie verringerte sich die Produktion hingegen um 1,3 Prozent.

Zwei der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes erhöhten ihren Güterausstoß. Besonders kräftig fiel der Zuwachs mit +7 Prozent in der Chemischen Industrie aus, die in Rheinland-Pfalz die größte Industriebranche ist. Der Fahrzeugbau, der gemessen am Umsatz an zweiter Stelle steht, steigerte seine Produktion um 0,5 Prozent. Der Output des Maschinenbaus, der Branche mit dem drittgrößten Umsatz, sank hingegen um 1,7 Prozent.

Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat war im Juli eine Produktionssteigerung zu verzeichnen. Der Güterausstoß lag 3,7 Prozent über dem Niveau von Juli 2016. Am stärksten erhöhte sich der Output in der Vorleistungsgüterindustrie (+8,6 Prozent). Die Konsum-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Juli 2017		Jan. bis Juli 2017			
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu					
	Juni 2017	Juli 2016	Jan. bis Juli 2016			
Entwicklung der Produktion						
Industrie	3,0 %	↑	3,7 %	↑	1,7 %	↗
Vorleistungsgüterproduzenten ²	3,6 %	↑	8,6 %	↑	1,0 %	↗
Investitionsgüterproduzenten	-1,3 %	↘	-3,7 %	↘	-0,1 %	↘
Konsumgüterproduzenten	5,7 %	↑	2,7 %	↑	6,0 %	↑
Chemie	7,0 %	↑	9,3 %	↑	-3,6 %	↘
Fahrzeugbau	0,5 %	↗	-6,6 %	↘	-5,1 %	↘
Maschinenbau	-1,7 %	↘	0,7 %	↗	5,6 %	↑
Entwicklung der Auftragseingänge						
Industrie	1,7 %	↗	14,5 %	↑	9,9 %	↑
Inland	-2,6 %	↘	7,8 %	↑	6,0 %	↑
Ausland	4,3 %	↑	18,9 %	↑	12,5 %	↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-1,3 %	↘	13,0 %	↑	9,6 %	↑
Investitionsgüterproduzenten	2,0 %	↑	5,5 %	↑	6,2 %	↑
Konsumgüterproduzenten	9,8 %	↑	52,8 %	↑	22,5 %	↑
Chemie	-3,5 %	↘	13,7 %	↑	11,6 %	↑
Fahrzeugbau	6,3 %	↑	2,1 %	↑	4,1 %	↑
Maschinenbau	-2,6 %	↘	7,1 %	↑	10,1 %	↑

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

güterproduktion nahm um 2,7 Prozent zu. Die Hersteller von Investitionsgütern verringerten hingegen ihren Güterausstoß um 3,7 Prozent.

Anstieg der Auftragseingänge in der Industrie im Juli

Im Juli 2017 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangindex 1,7 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Dieser Zuwachs ist auf einen Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland zurückzuführen (+4,3 Prozent). Die Nachfrage aus dem Inland nahm um 2,6 Prozent ab.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen gingen im Juli mehr Aufträge ein als im Juni. Besonders kräftig fiel die Steigerung in der Konsumgüterindustrie aus (+9,8 Prozent). Die Nachfrage nach Investitionsgütern erhöhte sich ebenfalls (+2 Prozent). In der Vorleistungsgüterindustrie verringerte sich das Ordervolumen hingegen um 1,3 Prozent.

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



Von den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes konnte nur der Fahrzeugbau einen Anstieg der Auftragseingänge verbuchen, die im Juli um 6,3 Prozent über dem Niveau des Vormonats lagen. In der Chemischen Industrie schrumpfte die Nachfrage um 3,5 Prozent. Im Maschinenbau gingen die Bestellungen um 2,6 Prozent zurück.

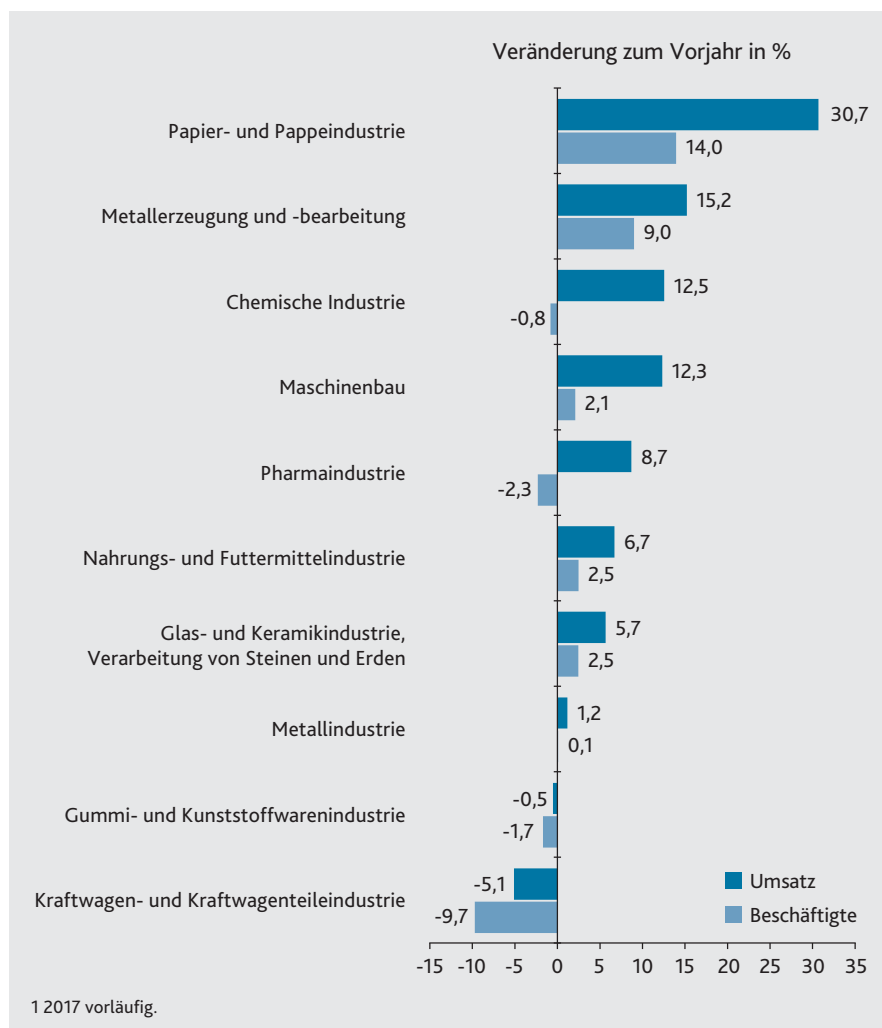
Gegenüber dem Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragseingänge der rheinland-pfälzischen Industrie kräftig gestiegen (+14,5 Prozent). In- und Auslandsgeschäft liefen wesentlich besser als vor einem Jahr (+7,8 bzw. +19 Prozent). Besonders stark erhöhten sich die Bestellungen in der Konsumgüterindustrie, was im Wesentlichen auf die Entwicklung in einem Teilbereich zurückzuführen ist. Aber auch in der Vorleistungsgüterindustrie wuchs das Ordervolumen mit zweistelliger Rate.

Industrieumsätze von Januar bis Juli über dem Vorjahreszeitraum

Die rheinland-pfälzische Industrie erwirtschaftete in den ersten sieben Monaten 2017 höhere Umsätze als im Vorjahreszeitraum. Die Erlöse beliefen sich auf 54,8 Milliarden Euro; das waren 7,6 Prozent mehr als von Januar bis Juli 2016 (Deutschland: +5,6 Prozent).

Die Umsätze stiegen sowohl im In- als auch im Ausland deutlich an (+6,9 bzw. +8,2 Prozent; Deutschland: +4,6 bzw. +6,6 Prozent). Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten 56,3 Prozent ihrer

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar bis Juli 2017¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Erlöse mit Exporten (Deutschland: 50,2 Prozent). Die Exportquote lag damit leicht über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (+0,3 Prozentpunkte; Deutschland: +0,5 Prozentpunkte).

In den rheinland-pfälzischen Industrieunternehmen waren von Januar bis Juli im Durchschnitt 253 800 Personen tätig. Die Beschäftigtenzahl war etwas höher als im Vorjahreszeitraum (+0,4 Prozent; Deutschland: +1,3 Prozent). Die Zahl der geleiste-

ten Arbeitsstunden lag unverändert bei 228 Millionen (Deutschland: +0,8 Prozent).

In acht der zehn umsatzstärksten Industriebranchen waren die Erlöse höher als in den ersten sieben Monaten des Vorjahres. Die größte Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+31 Prozent). In der Metallerzeugung und -bearbeitung, in der Chemischen Industrie sowie im Maschinenbau gab es ebenfalls zweistellige

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Juli 2017		Jan. bis Juli 2017
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Juni 2017	Juli 2016	Jan. bis Juli 2016
Auftragseingang	1,9 %	-5,3 %	6,5 %
Hochbau insgesamt	24,5 %	10,7 %	9,7 %
Wohnungsbau	37,1 %	72,0 %	7,3 %
gewerblicher Hochbau	-2,1 %	11,2 %	17,6 %
öffentlicher Hochbau	-3,5 %	-35,3 %	-1,0 %
Tiefbau insgesamt	-18,0 %	-20,7 %	3,6 %
gewerblicher Tiefbau	-11,9 %	8,5 %	26,8 %
Straßenbau	-32,6 %	-41,4 %	-2,0 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	15,7 %	9,6 %	-6,7 %
Baugewerblicher Umsatz	1,7 %	15,2 %	12,4 %
Hochbau insgesamt	3,9 %	13,6 %	10,0 %
Wohnungsbau	1,1 %	20,3 %	19,2 %
gewerblicher Hochbau	2,6 %	10,2 %	9,7 %
öffentlicher Hochbau	14,7 %	9,3 %	-5,8 %
Tiefbau insgesamt	-0,2 %	16,8 %	14,7 %
gewerblicher Tiefbau	7,5 %	32,0 %	10,2 %
Straßenbau	0,3 %	18,9 %	16,7 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-7,2 %	2,1 %	15,2 %

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

Zuwachsraten. Nur die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren sowie die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mussten Erlösrückgänge hinnehmen (-0,5 Prozent bzw. 5,1 Prozent). Die starken Unterschiede in der Umsatzentwicklung der verschiedenen Industriezweige sind teilweise auf geänderte Branchenzuordnungen größerer Betriebe zurückzuführen, die in einzelnen Teilbereichen der Industrie den Vergleich zum Vorjahreszeitraum beeinflussen.

Die geänderte Branchenzuordnung größerer Betriebe wirkt sich auch auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Sechs der zehn umsatzstärksten Branchen verzeichneten einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen im

Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Deutliche Steigerungen waren in der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung zu verzeichnen (+14 Prozent bzw. +9 Prozent). In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gingen die Beschäftigtenzahlen hingegen deutlich zurück (-9,7 Prozent).

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im Juli höher als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Juli 2017 mehr Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge stiegen im Vergleich zum Juni 2017

– kalender- und saisonbereinigt – um 1,9 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich um 1,7 Prozent. Gegenüber den ersten sieben Monaten 2016 stieg das Ordervolumen um 6,5 Prozent, der Umsatz verbesserte sich um zwölf Prozent.

Im Vergleich zum Juni 2017 zog die Nachfrage nach Bauleistungen im Hochbau um 24,5 Prozent an. Im Tiefbau gingen die bereinigten Auftragseingänge dagegen um 18 Prozent zurück. Der kräftige Anstieg im Hochbau ist auf die Entwicklung im Wohnungsbau zurückzuführen (+37 Prozent). Der sonstige öffentliche Tiefbau verzeichnete ebenfalls einen deutlichen Auftragszuwachs (+16 Prozent). In den übrigen Baubereichen lagen die Auftragseingänge niedriger als im Vormonat. Die höchsten Rückgänge errechnen sich für den Straßenbau (-33 Prozent) sowie den gewerblichen Tiefbau (-12 Prozent). Gegenüber den ersten sieben Monaten 2016 wurden sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau Auftragszuwächse registriert (+9,7 bzw. +3,6 Prozent).

Im Vergleich zum Juni 2017 erhöhten sich die bereinigten Erlöse im Hochbau um 3,9 Prozent. Für den Tiefbau errechnet sich dagegen ein geringer Rückgang von 0,2 Prozent. Steigende Umsätze verzeichneten vor allem der öffentliche Hochbau sowie der gewerbliche Tiefbau (+15 bzw. +7,5 Prozent). Lediglich im sonstigen öffentlichen Tiefbau lagen die Erlöse unter dem Vormonatswert (-7,2 Prozent). Gegenüber den ersten sieben Monaten 2016 zogen die baugewerb-

lichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutlich an (+15 bzw. +10 Prozent).

Bruttoinlandsprodukt steigt im ersten Halbjahr um 2,6 Prozent

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2017 kräftig gestiegen. Preisbereinigt lag die Wirtschaftsleistung um 2,6 Prozent höher als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Damit hat sich das Wirtschaftswachstum im Vorjahresvergleich deutlich erhöht: Im Jahr 2016 hatte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 1,5 Prozent zugenommen. Im Bundesdurchschnitt ist die Summe der erbrachten wirtschaftlichen Leistung

im ersten Halbjahr um zwei Prozent gestiegen, in den alten Ländern ohne Berlin betrug das Plus 2,1 Prozent.

In jeweiligen Preisen stieg die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz um vier Prozent (Deutschland: +3,2 Prozent; alte Länder ohne Berlin: +3,3 Prozent). Diese Angaben basieren auf einer vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

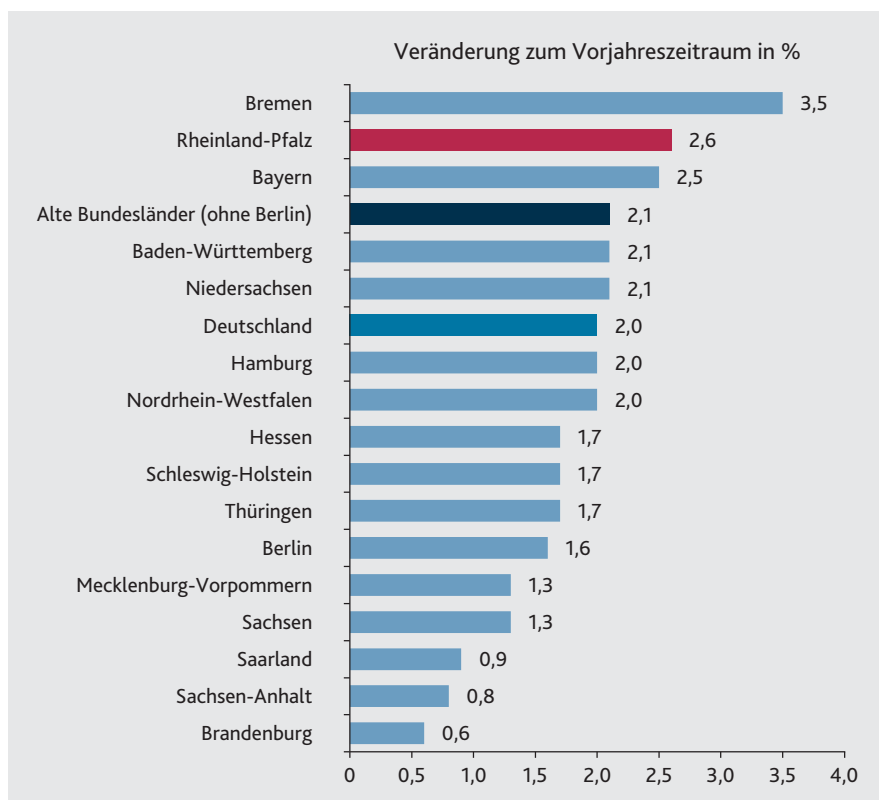
Kräftige Wachstumsimpulse kamen im ersten Halbjahr 2017 aus dem Verarbeitenden Gewerbe, auf das gut ein Viertel der gesamten Wertschöpfung entfällt. Der Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe mit 50 und mehr Beschäftigten stieg in Rhein-

land-Pfalz im Vergleich zu den ersten sechs Monaten 2016 um 7,7 Prozent (Deutschland: +5,3 Prozent). Dieser Zuwachs ist sowohl auf die Entwicklung des Inlandsgeschäfts als auch des Auslandsgeschäfts zurückzuführen. Die Inlandsumsätze legten in Rheinland-Pfalz um 7,3 Prozent zu (Deutschland: +4,4 Prozent). Die Auslandsumsätze erhöhten sich um acht Prozent (Deutschland: +6,2 Prozent).

Zwei der drei umsatzstärksten Branchen in Rheinland-Pfalz konnten merkbare Zuwächse gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 verbuchen. Das Umsatzwachstum in der Chemischen Industrie und im Maschinenbau lag mit jeweils +13 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt. In beiden Branchen stiegen sowohl die Inlands- als auch die Auslandsumsätze kräftig. Deutliche Umsatzsteigerungen verzeichneten auch die pharmazeutische Industrie, die Nahrungsmittelindustrie, die Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus, die Metallerzeugung und -bearbeitung sowie die Glas- und Keramikindustrie. In der zweitgrößten Branche, dem Fahrzeugbau, gingen die Umsätze dagegen um 5,7 Prozent zurück. Dabei fiel der Rückgang im Inlandsgeschäft größer aus als im Auslandsgeschäft.

Auch das Baugewerbe verzeichnete im ersten Halbjahr kräftige Umsatzzuwächse, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt lagen. Im Bauhauptgewerbe stiegen die Umsätze in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten um 17 Prozent (Deutschland: +10 Prozent). Dazu trugen vor allem

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2017 nach Bundesländern



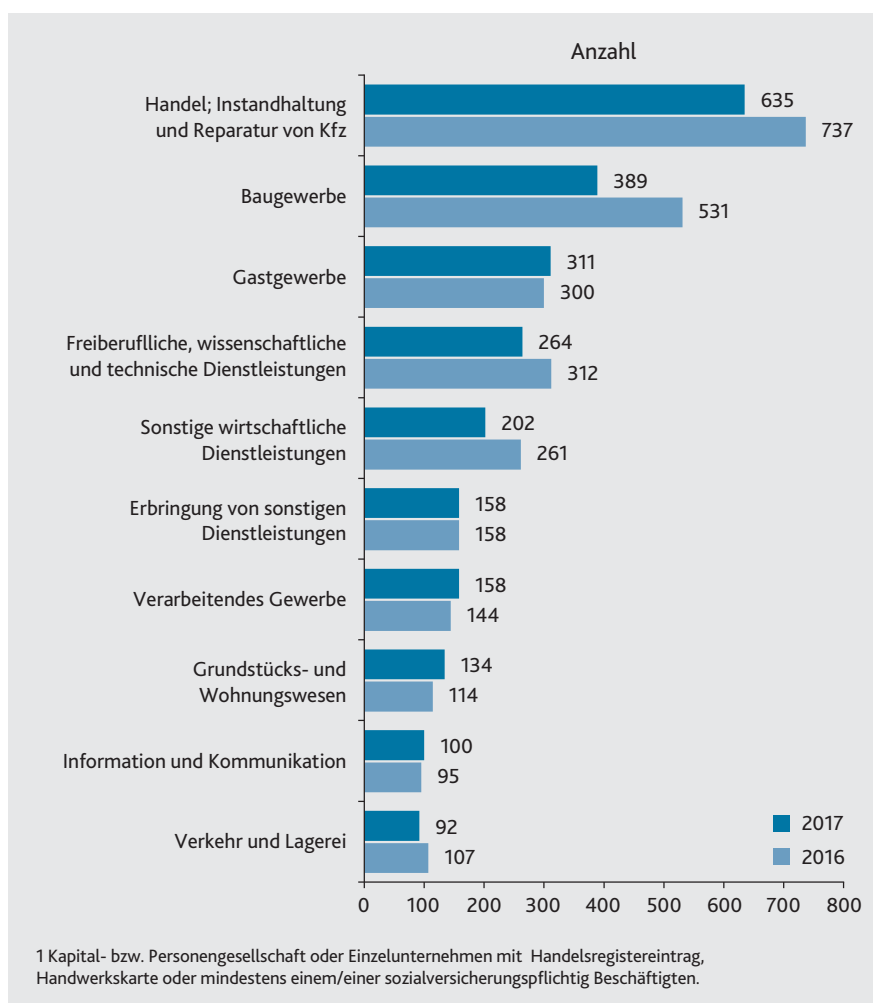
der Tiefbau und hier insbesondere der sonstige öffentliche Tiefbau sowie der Straßenbau bei. Auch im Hochbau nahmen die Umsätze kräftig zu, obwohl im öffentlichen Hochbau ein Rückgang zu verzeichnen war. Das Ausbaugewerbe erzielte ebenfalls ein deutliches Plus von 9,9 Prozent, während die Umsätze bundesweit um 4,8 Prozent stiegen. Das Baugewerbe trägt rund fünf Prozent zur rheinland-pfälzischen Wertschöpfung bei.

Aus dem Dienstleistungssektor, der knapp zwei Drittel der gesamten Bruttowertschöpfung ausmacht, kamen im ersten Halbjahr 2017 nur geringe Wachstumsimpulse, auch wenn fast alle Bereiche ein leichtes Wachstum verzeichneten. Der Handel entwickelte sich im Vergleich zu Deutschland unterdurchschnittlich. Im rheinland-pfälzischen Kfz-Handel legten die Umsätze gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 preisbereinigt um 3,3 Prozent zu (Deutschland: +4,8 Prozent). Der Einzelhandel steigerte seinen Umsatz um zwei Prozent (Deutschland: +3 Prozent). Im Großhandel war dagegen nur ein leichtes Umsatzplus zu verzeichnen (+0,3 Prozent; Deutschland: +2,3 Prozent).

Weniger Betriebsgründungen aber auch weniger Betriebsaufgaben

In Rheinland-Pfalz gab es im ersten Halbjahr 2017 weniger sogenannte Betriebsgründungen, d. h. Gründungen von Betrieben, bei denen eine größere wirtschaftliche Bedeutung vermutet wird. Die Zahl der Betriebsgründungen ging gegenüber dem

Betriebsgründungen¹ im 1. Halbjahr 2016 und 2017 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



gleichen Zeitraum des Vorjahres um elf Prozent auf 2 738 zurück.

Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt bzw. die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Die größere wirtschaftliche Bedeutung wird aufgrund der Rechtsform oder der voraussichtlichen Beschäftigtenzahl angenommen.

Die meisten Betriebsgründungen gab es in den Bereichen „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (23 Prozent), „Baugewerbe“ (14 Prozent) und „Gastgewerbe“ (elf Prozent).

Regional betrachtet war die Anzahl der Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner in der kreisfreien Stadt Kaiserslautern am höchsten. Dort ergab sich für diese Kenngröße ein Wert von 13,4. Zweistellige Werte wurden auch für die kreisfreien Städte Speyer (12,4), Zwei-

brücken (12,3) und Koblenz (10,6) festgestellt. Den höchsten Wert unter den Landkreisen erreichte der Landkreis Bad Dürkheim mit 7,5 Gründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die niedrigste Anzahl der Betriebsgründungen war im Landkreis Kusel mit 3,2 zu verzeichnen. Auch in den Landkreisen Südwestpfalz und Trier-Saarburg (jeweils 3,3) sowie in der kreisfreien Stadt Pirmasens (4,0) war das Gründungsgeschehen relativ gering.

Die Zahl der sonstigen Neugründungen lag im ersten Halbjahr 2017 mit 10 773 um 6,1 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Als sonstige Neugründungen gelten Gründungen von Kleinunternehmen, d. h. von Einzelunternehmen ohne Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte, die keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Darunter befanden sich 6 047 Gründungen im Nebenerwerb. Insgesamt

wurden 16 400 Gewerbe angemeldet; 7,5 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Aufgaben von Betrieben mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung ging um 15 Prozent auf 2 149 zurück. Die sonstigen Stilllegungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,6 Prozent auf 10 372. Insgesamt wurden 15 525 Gewerbe abgemeldet, das waren 5,9 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2016.

Weniger Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im ersten Halbjahr

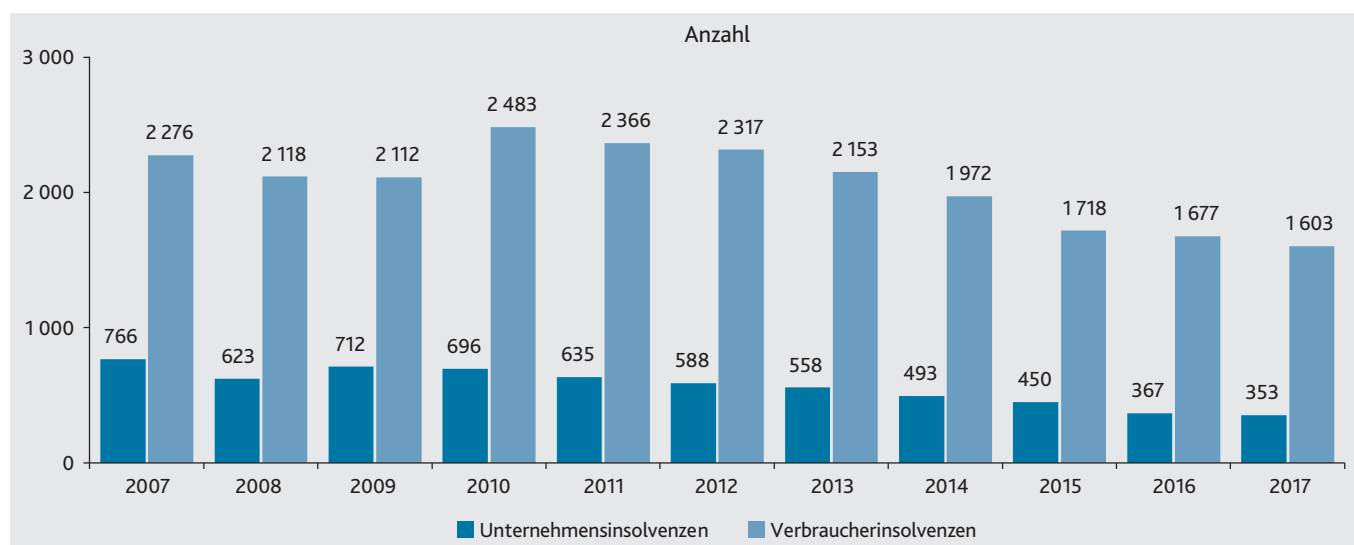
Im ersten Halbjahr 2017 mussten weniger rheinland-pfälzische Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,8 Prozent auf 353 zurück.

Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sank und lag mit 1 603 Fällen um 4,4 Prozent niedriger.

Die eröffneten Unternehmensinsolvenzen betrafen insgesamt 1 623 Beschäftigte. Dies waren 27 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2016. Die Summe der von den Gläubigern geltend gemachten Forderungen verringerte sich auf 141 Millionen Euro (-18 Prozent). Folglich war jedes insolvent gewordene Unternehmen mit durchschnittlich knapp 400 000 Euro verschuldet. Der entsprechende Wert von Januar bis Juni 2016 betrug rund 470 000 Euro.

Die meisten Insolvenzanträge betrafen wie schon im vergleichbaren Vorjahreszeitraum das Baugewerbe mit 63 Fällen, gefolgt vom Wirtschaftsabschnitt „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 58 Fällen. Den dritten und vierten Rang belegten das Gastgewerbe mit 42 Fällen und das Verarbeitende

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Halbjahr 2007–2017



Gewerbe sowie der Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit jeweils 38 Fällen.

Die höchste Insolvenzhäufigkeit war im Landkreis Ahrweiler zu verzeichnen. Sie betrug dort 4,9 eröffnete Insolvenzverfahren je 1 000 Unternehmen. Dahinter rangierten der Landkreis Altenkirchen und die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße mit 4,8 bzw. 4,2 Insolvenzen je 1 000 Unternehmen. Den niedrigsten Wert gab es im Donnersbergkreis mit 0,4 Insolvenzen je 1 000 Unternehmen.

Die eröffneten Verbraucherinsolvenzen beinhalteten voraussichtliche

Forderungen in Höhe von insgesamt 80 Millionen Euro. Die durchschnittliche Verschuldung eines insolvent gewordenen Verbrauchers betrug rund 50 000 Euro und ging damit gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (50 100 Euro) leicht zurück.

Die meisten Verbraucherinsolvenzen gab es im ersten Halbjahr 2017 in der kreisfreien Stadt Pirmasens und im Landkreis Kusel mit 12,7 bzw. 8,5 eröffneten Verfahren je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die niedrigsten Werte ergaben sich für den Eifelkreis Bitburg-Prüm und die kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz mit 1,2 bzw. zwei Verfahren je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

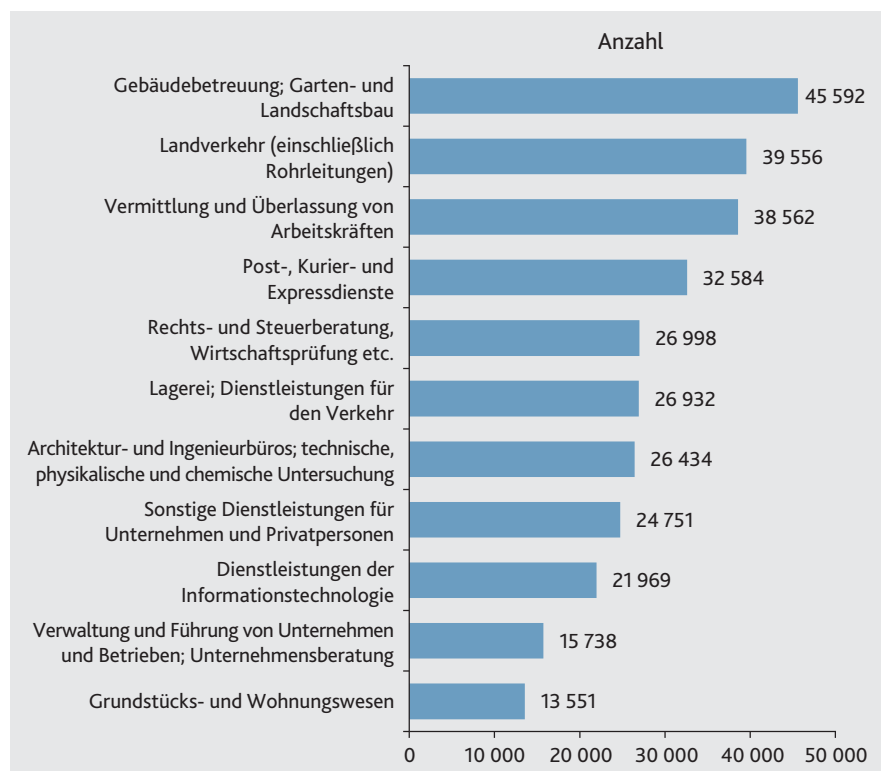
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister umsatzstärkster Bereich

Die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sind in Rheinland-Pfalz der umsatzstärkste Wirtschaftszweig unter den unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen. Der Bereich erwirtschaftete 2015 Umsätze in Höhe von 10,7 Milliarden Euro. Es folgte der Bereich „Verkehr und Lagerei“ mit Erlösen in Höhe von zehn Milliarden Euro. Der drittgrößte Bereich „Information und Kommunikation“ setzte 7,3 Milliarden Euro um.

Wird die Bedeutung eines Wirtschaftszweigs an der Zahl der dort tätigen Personen gemessen, ergibt sich ein anderes Bild: Unter den unternehmensnahen Dienstleistungen war der Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ 2015 mit 124 500 tätigen Personen der größte Arbeitgeber. Gemessen am Umsatz lag dieser Bereich mit 5,8 Milliarden Euro nur an vierter Stelle. Zu den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen zählen die Gebäudebetreuung und der Garten- und Landschaftsbau mit zusammen 45 600 Beschäftigten sowie andere personalintensive Bereiche wie die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften sowie Wach- und Sicherheitsdienste.

Der Bereich „Verkehr und Lagerei“ stand unter den unternehmensnahen Dienstleistern mit 100 100 tätigen Personen an zweiter Stelle. Dort ver-

Tätige Personen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2015



teilte sich das Personal relativ gleichmäßig auf die Bereiche Landverkehr, Lagerei sowie Post- und Kurierdienste.

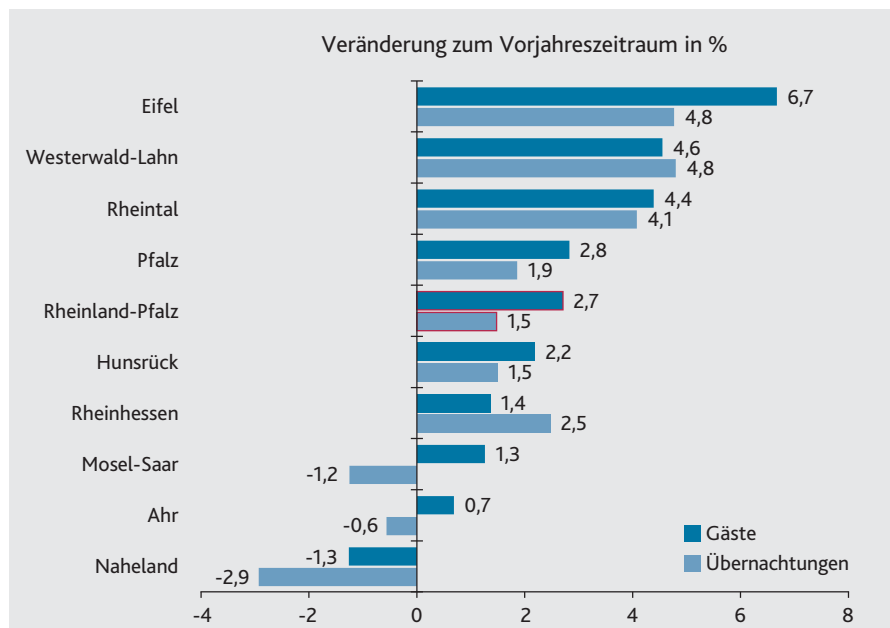
Die umsatzstarken freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleister erreichten hinsichtlich der Beschäftigung nur den dritten Rang. Sie boten 87 400 Personen einen Arbeitsplatz. Davon waren 27 000 im Bereich „Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung“ tätig; die zweitgrößte Gruppe bildeten die 26 400 Beschäftigten im Bereich „Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung“.

Bezieht man den Branchenumsatz auf die Beschäftigten, ist die Umsatzproduktivität im Grundstücks- und Wohnungswesen mit Abstand am höchsten (2015: 203 500 Euro je tätige Person). Es folgte der Dienstleistungsbereich „Information und Kommunikation“ mit 165 800 Euro je tätige Person. Die mit Abstand geringste Umsatzproduktivität weist der personalintensive Bereich der „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ auf (2015: 46 600 Euro).

Tourismus bis Juli mit Gäste- und Übernachtungsplus

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten im Zeitraum von Januar bis Juli 2017 einen Anstieg der Gästezahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Es übernachteten 5,3 Millionen Gäste im Land, das waren 2,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stiegen die

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Juli 2017 nach Tourismusregionen



Übernachtungen um 1,5 Prozent auf 13,56 Millionen.

In sechs der neun Tourismusregionen war das Übernachtungsaufkommen höher als im Vorjahreszeitraum, wobei die Gebiete Westerwald-Lahn und Eifel mit Zuwächsen von jeweils 4,8 Prozent an der Spitze lagen. In drei Regionen waren die Übernachtungszahlen niedriger als in den ersten sieben Monaten des Vorjahres. Den letzten Platz belegte das Naheland (-2,9 Prozent). Die Gästezahlen stiegen in acht der neun Regionen, wobei die Eifel mit einem Plus von 6,7 Prozent an erster Stelle stand.

Sechs der elf touristischen Betriebsarten verbuchten einen Übernachtungszuwachs. Die Camping- und Reisemobilplätze lagen mit einer Steigerung von 13 Prozent auf Rang eins. Spürbare Rückgänge verzeichneten

u. a. die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie die Privatquartiere und gewerblichen Kleinbetriebe mit weniger als zehn Fremdenbetten.

In den ersten sieben Monaten 2017 nutzten 4,17 Millionen Besucherinnen und Besucher aus dem Inland die Angebote der rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe; das waren drei Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl ihrer Übernachtungen stieg um 2,2 Prozent auf 10,47 Millionen. Aus dem Ausland kamen 1,13 Millionen Gäste (+1,6 Prozent). Sie buchten 3,08 Millionen Übernachtungen, was einen Rückgang um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet.

Handwerk mit Umsatzplus im zweiten Quartal

Das zulassungspflichtige Handwerk in Rheinland-Pfalz erzielte im zweiten

Quartal 2017 einen Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Angaben lagen die Erlöse in den Monaten April bis Juni um 1,3 Prozent über dem Niveau des zweiten Quartals 2016 (Deutschland: +1,7 Prozent).

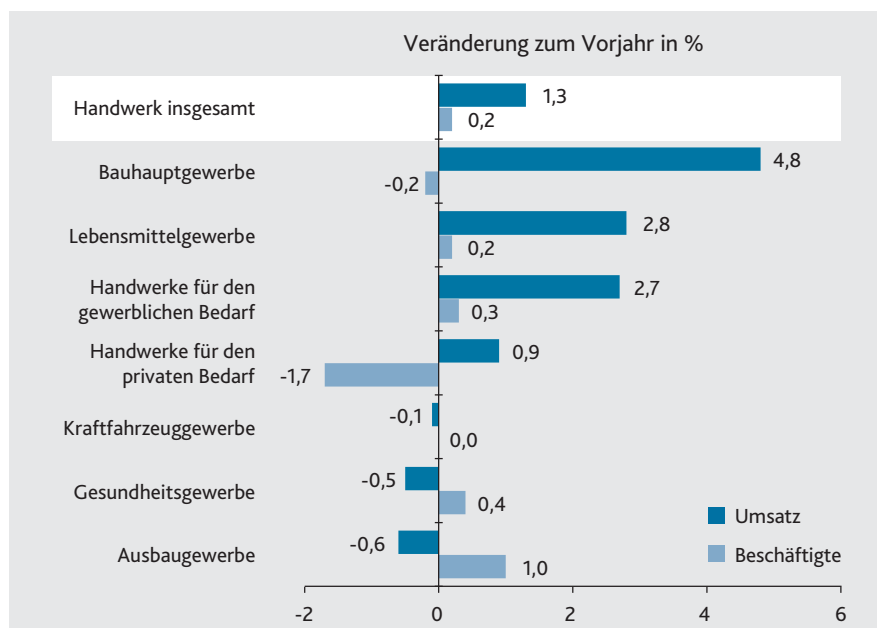
Erlössteigerungen gab es in vier der sieben Gewerbegruppen, wobei das Bauhauptgewerbe mit 4,8 Prozent Umsatzplus am stärksten zulegte. Dahinter folgten das Lebensmittelgewerbe sowie die Handwerke für den gewerblichen Bedarf mit +2,8 Prozent bzw. 2,7 Prozent. Im Ausbaugewerbe, im Gesundheitsgewerbe und im Kraftfahrzeuggewerbe lagen die Erlöse unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich gegenüber dem zweiten Quartal 2016 leicht um 0,2 Prozent (Deutschland: +0,8 Prozent). In vier der sieben Gewerbegruppen gab es Beschäftigungszuwächse. Den stärksten Anstieg verzeichnete das Ausbaugewerbe (+1 Prozent), den größten Rückgang mussten die Handwerke für den privaten Bedarf hinnehmen (-1,7 Prozent).

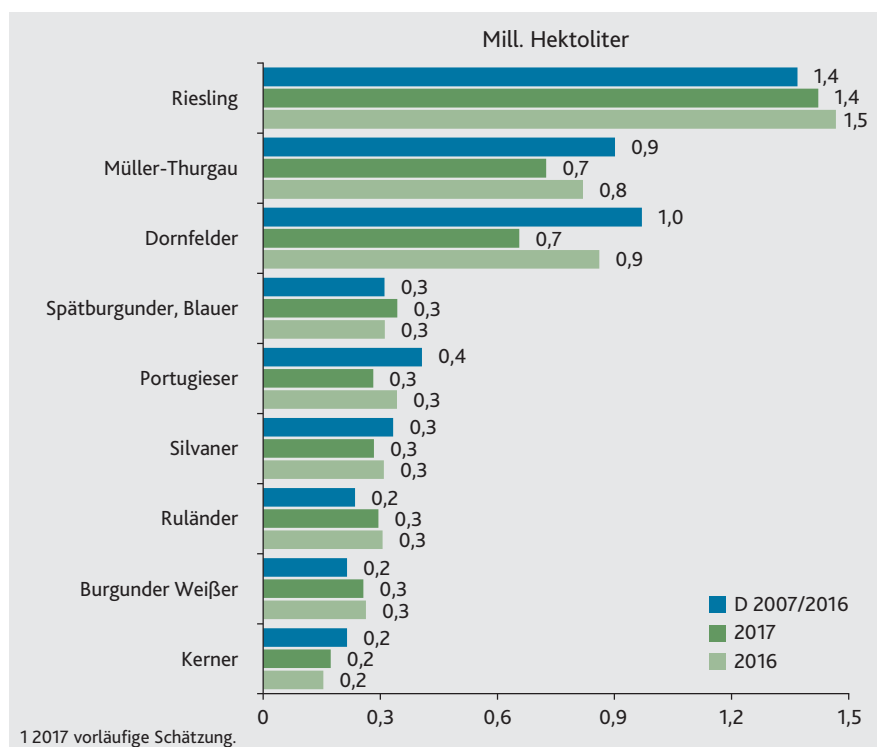
Spätfröste, Hagel und Starkregen lassen Weinmosternte schrumpfen

Auf gut 5,4 Millionen Hektoliter schätzten die Ernteberichterstatte-rinnen und Ernteberichterstatte Ende August die Erntemenge für Weinmost in Rheinland-Pfalz. Gegenüber dem langjährigen Mittelwert wäre das ein Zehntel weniger. Im Vergleich zum Vorjahr beträgt die Abnahme knapp acht Prozent. Ein wichtiger Grund für

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 2. Quartal 2017 nach Gewerbegruppen



Weinmosternte 2016 und 2017¹ nach ausgewählten Rebsorten



die kleine Weinmosternte sind die Spätfröste im April. Aber auch Hagel

und Starkregen führten zu Schäden in den Weinbergen.

Die Erntemenge der weißen Moste liegt nach den aktuellen Schätzungen mit 3,7 Millionen Hektoliter gut vier Prozent unter dem Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2016. Im Vergleich zum Vorjahr fällt der Rückgang mit sechs Prozent höher aus. Beim Rotmost wird eine Abnahme der Erntemenge um elf Prozent zum Vorjahr erwartet. Mit knapp 1,7 Millionen Hektolitern läge die Erntemenge 20 Prozent unter dem langjährigen Mittel.

Für Rheinhessen – das größte Weinanbaugebiet Deutschlands – wurde eine Erntemenge von 2,1 Millionen Hektoliter geschätzt, die damit den langjährigen Vergleichswert um 18 Prozent verfehlt. In der Pfalz wird mit 2,2 Millionen Hektolitern eine leicht unter dem Durchschnitt liegende Erntemenge erwartet. Sie läge damit über der in Rheinhessen. An der Mosel wird mit 0,7 Millionen Hektolitern eine Erntemenge erwartet, die etwa auf dem Vorjahresniveau liegt. Im Vergleich

zum langjährigen Wert fehlen rund neun Prozent.

Aufgrund des Termins, zu dem die Schätzungen erfolgen, sind die Ergebnisse noch mit Unsicherheiten behaftet und größere Veränderungen auf Grund des weiteren Witterungsverlaufs zu erwarten.

Schäden durch Frost: Apfelernte so niedrig wie noch nie

Die rheinland-pfälzischen Obstbaubetriebe können dieses Jahr nur eine Apfelernte von 9 500 Tonnen einbringen. Nach vorläufigen Berechnungen wird die bisher geringste Apfelernte aus dem Jahr 1981 (13 100 Tonnen) deutlich unterschritten. Die wichtigste Ursache sind die Spätfröste im April.

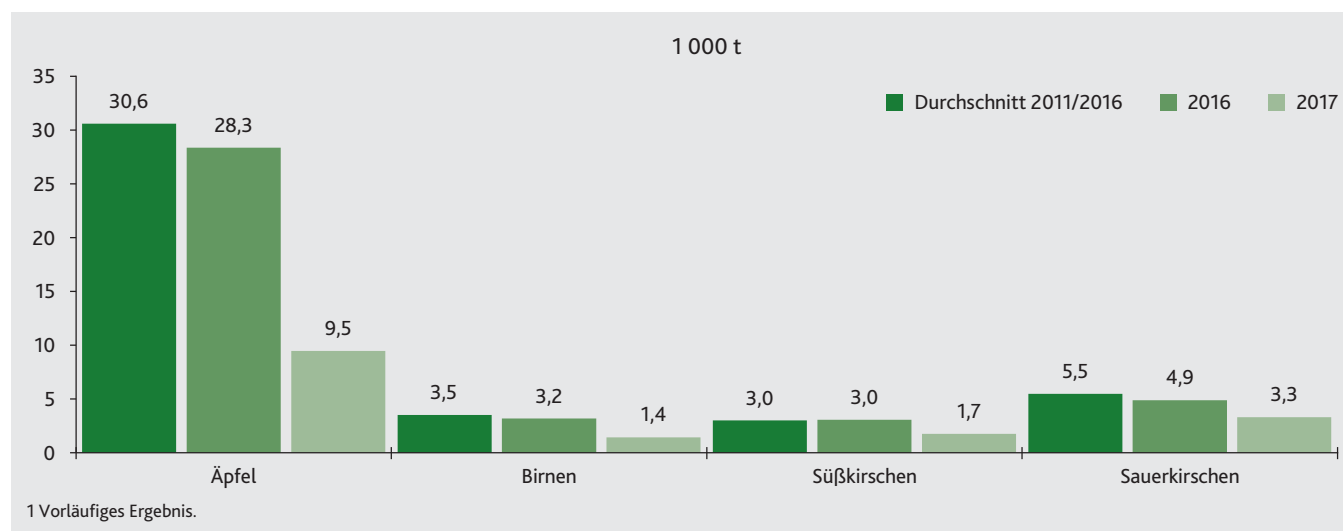
Die erwartete Erntemenge liegt bei weniger als ein Drittel des Durchschnitts in den Jahren 2011 bis 2016 (30 600 Tonnen). Der Ertrag wird auf rund 6,8 Tonnen geschätzt, im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre

waren es 21,9 Tonnen. Damit stehen rechnerisch jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner nur 2,3 Kilogramm Äpfel aus heimischer Erzeugung zur Verfügung. Zum Vergleich: Der Pro-Kopf-Verbrauch an Äpfeln lag 2015/2016 bei 19 Kilogramm. Äpfel werden auf 1 390 Hektar angebaut und sind damit die wichtigste Obstart im Land.

Nach den Feststellungen der Berichtserstatterinnen und Berichtserstatter brachten auch die anderen Obstarten deutlich geringere Erträge. Süßkirschen stehen mit 653 Hektar auf den zweiten Platz der Anbaustatistik. Der Ertrag liegt mit einem geschätzten Hektarertrag von 2,7 Tonnen um 56 Prozent unter dem langjährigen Schnitt von 6,1 Tonnen. Die geschätzte Erntemenge beträgt 1 700 Tonnen.

Sauerkirschen (562 Hektar) brachten mit 5,9 Tonnen je Hektar einen Ertrag, der den Mittelwert der Jahre 2011 bis 2016 (8,4 Tonnen/Hektar)

Erntemengen von Baumobst 2016 und 2017¹



um 30 Prozent verfehlt. Gegenüber dem vorigen Jahr ist ein geschätzter Ertragsrückgang von 26 Prozent zu verzeichnen. Die Erntemenge beläuft sich auf 3 300 Tonnen. Die Birnen anbauenden Betriebe (163 Hektar) werden mit 8,8 Tonnen je Hektar voraussichtlich nur die Hälfte des mehrjährigen Durchschnitts ernten. Die geschätzte Erntemenge beläuft sich auf 1 400 Tonnen.

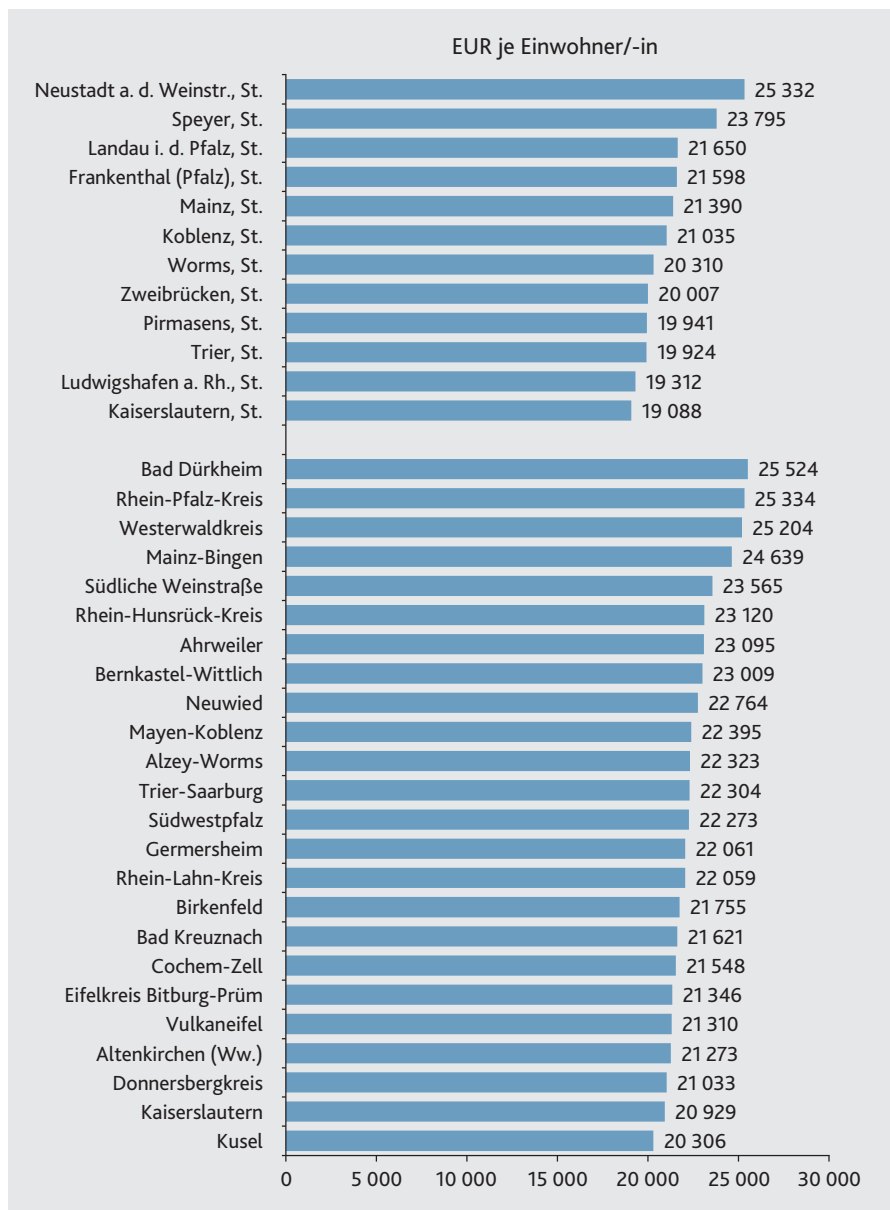
Verfügbares Einkommen im Jahr 2015 deutlich gestiegen

Im Jahr 2015 ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz in allen Verwaltungsbezirken kräftig gestiegen. Mit 89,9 Milliarden Euro lag der Wert um drei Milliarden Euro oder 3,5 Prozent über dem Niveau von 2014. Damit standen jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner im Landesdurchschnitt 22 292 Euro für Konsumzwecke oder zum Sparen zur Verfügung, nominal 595 Euro oder 2,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Unter den Ländern nimmt Rheinland-Pfalz hinter Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg sowie Hessen Rang fünf ein und liegt über dem Bundesdurchschnitt von 21 583 Euro.

In den Landkreisen war das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin bzw. Einwohner mit durchschnittlich 22 813 Euro höher als in den kreisfreien Städten mit 20 803 Euro. Im Vergleich der Landkreise erreichten die Einwohnerinnen und Einwohner in Bad Dürkheim mit 25 524 Euro das höchste

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2015 nach Verwaltungsbezirken



Pro-Kopf-Einkommen. Im Landkreis Kusel waren es dagegen durchschnittlich nur 20 306 Euro. Bei den kreisfreien Städten reichte die Spannweite von 25 332 Euro in Neustadt an der Weinstraße bis 19 088 Euro in Kaiserslautern. Zu beachten ist, dass das verfügbare Einkommen am Wohnort

der Einkommensbezieher/-innen und nicht am Arbeitsort nachgewiesen wird.

Zwischen 2000 und 2015 stieg das Pro-Kopf-Einkommen in den Landkreisen im Mittel stärker als in den kreisfreien Städten (+44 bzw. +32 Prozent). Dies ist sowohl auf die

unterschiedliche Entwicklung des verfügbaren Einkommens als auch der Einwohnerzahl zurückzuführen. Das verfügbare Einkommen nahm in den Landkreisen um 42 Prozent zu und in den kreisfreien Städten um 38 Prozent. Die kreisfreien Städte verzeichneten zudem zwischen 2000 und 2015 einen Bevölkerungszuwachs von 4,3 Prozent, insbesondere aufgrund der deutlichen Zunahme der Einwohnerzahlen in den Universitätsstädten Mainz, Landau und Trier. In den Landkreisen ging die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner dagegen um 1,3 Prozent zurück.

Den stärksten Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens gegenüber dem Jahr 2000 verzeichneten unter den Städten Speyer mit +48 Prozent, gefolgt von Frankenthal mit +40 Prozent. Dagegen nahm das Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Mainz nur um 25 Prozent zu. Ein Grund für diesen vergleichsweise schwachen Anstieg ist die Einführung der Zweitwohnsitzabgabe im Jahr 2005, die zu einem kräftigen Bevölkerungszuwachs führte. Vor allem Studenten, die in der Regel über kein größeres Einkommen verfügen, wandelten damals ihren Nebenwohnsitz in einen Hauptwohnsitz um.

Den höchsten Zuwachs beim Pro-Kopf-Einkommen unter den Landkreisen erzielten der Westerwaldkreis und der Rhein-Hunsrück-Kreis mit jeweils +54 Prozent, gefolgt von Trier-Saarburg mit +53 Prozent und dem Eifelkreis Bitburg-Prüm mit +52 Prozent. Die letztgenannten Kreise liegen – wie auch die Stadt Trier – im Einzugs-

bereich von Luxemburg. Da immer mehr Menschen aus den grenznahen Gebieten dorthin zur Arbeit pendeln, profitiert die Region von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung des Großherzogtums.

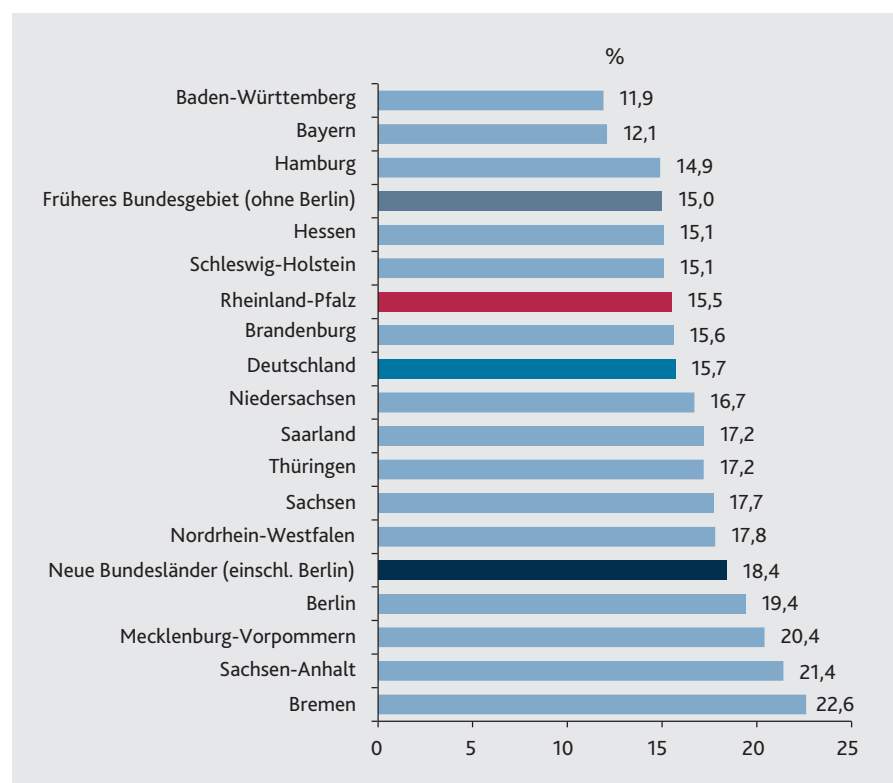
Armutsgefährdungsquote bei 15,5 Prozent

In Rheinland-Pfalz lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2016 bei 15,5 Prozent und damit unterhalb des Bundesdurchschnitts (15,7 Prozent). Lediglich fünf Bundesländer hatten niedrigere Armutsgefährdungsquoten als Rheinland-Pfalz. Trotz des insgesamt geringen Armutsrisikos der rheinland-pfälzischen Gesamtbevöl-

kerung sind einzelne Gruppen überdurchschnittlich armutsgefährdet.

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator für relative Einkommensarmut. Nach EU-Konvention ist sie der Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der betrachteten Bevölkerung beträgt. Der 60-Prozent-Wert ist die sogenannte Armutsgefährdungsschwelle. Diese lag im Jahr 2016 – unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens in Deutschland (Bundesmedian) – für einen Ein-Personen-Haushalt in Rheinland-Pfalz bei 996 Euro und für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2 091 Euro.

Armutsgefährdungsquoten gemessen am Bundesmedian 2016 nach Bundesländern



Besonders von Armut bedroht waren im Jahr 2016 alleinerziehende Erwachsene und deren Kinder unter 18 Jahren. Für diese Bevölkerungsgruppe lag die Armutsgefährdungsquote mit 46 Prozent weit über dem Niveau der rheinland-pfälzischen Bevölkerung insgesamt (15,5 Prozent). Die Armutsgefährdungsquote einer Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern lag dagegen bei 12,2 Prozent. Die Armutsgefährdung der Alleinerziehenden in Rheinland-Pfalz ist in den letzten 10 Jahren um 8,6 Prozentpunkte gestiegen (2006: 37,4 Prozent). Nur vier Bundesländer verzeichneten einen höheren Anstieg.

Neben Alleinerziehenden und deren Kindern waren auch Familien mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern vergleichsweise stark von Armut bedroht (29,2 Prozent).

Auch junge Personen verzeichneten eine relativ hohe Armutsgefährdungsquote. So hatten die 18- bis unter 25-Jährigen mit 22,2 Prozent eine höhere Armutsgefährdung als die über 65-Jährigen (16,4 Prozent). Allerdings waren auch ältere Frauen vergleichsweise stark gefährdet. Diese wiesen mit 19,2 Prozent ein höheres Armutsrisiko auf als gleichaltrige Männer (12,9 Prozent).

Weitere Bevölkerungsgruppen mit einem vergleichsweise hohen Armutsrisiko waren Erwerbslose (55,5 Prozent), Haushalte mit einem niedrigen Bildungsniveau des Haupteinkommensbeziehers (39,1 Prozent) sowie Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (38,8 Prozent).

Eine regionale Betrachtung zeigt, dass die Westpfalz im Jahr 2016 das höchste Armutsrisiko (17,7 Prozent gemessen am Bundesmedian) unter den rheinland-pfälzischen Regionen aufwies. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Armutsgefährdungsquote der Westpfalz auch am meisten gestiegen (+1,4 Prozentpunkte). Die geringste Armutsgefährdungsquote lag im Jahr 2016 in der Region Mittelrhein-Westerwald (14,5 Prozent).

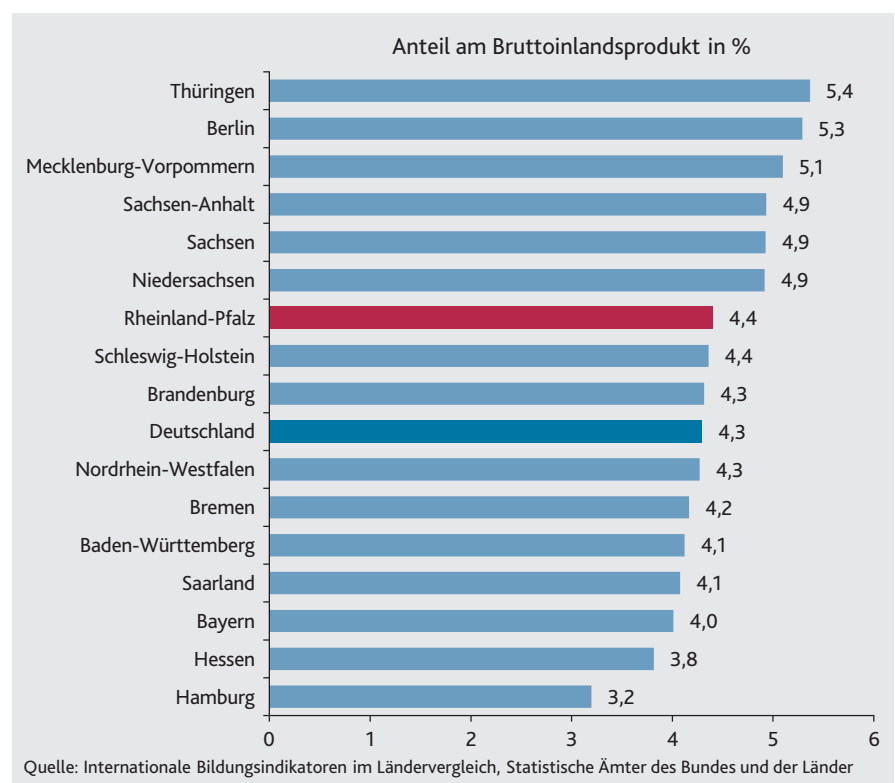
Ergebnisse der „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“

Im Jahr 2016 hatten rund 26 Prozent der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger einen akademischen

Abschluss, in Berlin waren es 39 und in Deutschland 28 Prozent. Dies ist eines der Ergebnisse der heute erscheinenden Veröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“. Der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Kennzahlenband ergänzt die OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick 2017“ und präsentiert die internationalen Bildungsindikatoren auf Ebene der Bundesländer.

Die Differenzen des Akademisierungsgrades zwischen den Bundesländern gehen im Wesentlichen auf landesspezifische Unterschiede der Siedlungsstruktur, der Historie der Institutionalisierung von Bildungsan-

Ausgaben für Bildungseinrichtungen von Primär- bis Tertiärbereich 2014 nach Bundesländern



geboten, des regionalen Arbeitskräftebedarfs und der wirtschaftlichen Entwicklungen zurück. So zeigt sich beispielsweise auch, dass zwar Berlin und Hamburg die höchsten Akademisierungsgrade haben, jedoch den niedrigsten Anteil an Akademikerinnen und Akademikern, die ihren Abschluss in einem naturwissenschaftlich-technischen Fach erworben haben (26 bzw. 24 Prozent). Unter den 25- bis 64-jährigen rheinland-pfälzischen Akademikerinnen und Akademikern besitzen mehr als 35 Prozent einen Hochschulabschluss in einem naturwissenschaftlich-technischen Studienfach.

Eine hohe Bildungsbeteiligung der Bevölkerung führt tendenziell zu einem hohen Ausbildungsstand, der für die künftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes von Bedeutung ist. Während 2015 die meisten Kinder und Jugendlichen im Alter von fünf bis 14 Jahren aufgrund der Schulpflicht in Deutschland eine Bildungseinrichtung besuchten, waren von den 15- bis 19-Jährigen nur noch 88 Prozent und von den 20- bis 24-Jährigen nur noch 49 Prozent im Bildungssystem. In Rheinland-Pfalz war der Anteil der jungen Menschen, die ein Bildungsangebot wahrnahmen, noch geringer (87 Prozent der 15- bis 19-Jährigen, 46 Prozent der 20- bis 24-Jährigen). Die Bildungsbeteiligung der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen zeigt insbesondere den Verbleib in der Sekundarstufe II oder den Besuch berufsbildender Angebote und die der 20- bis 24-Jährigen die Wahr-

nehmung von Bildungsangeboten im tertiären Bereich.

In Rheinland-Pfalz kamen 2015 im Primarbereich und in der Sekundarstufe I jeweils 14 Schülerinnen und Schüler auf eine Lehrkraft. Dabei wird angenommen, dass Schülerinnen und Schüler von einem niedrigen Schüler-Lehrkraft-Verhältnis profitieren. Verglichen mit anderen Bundesländern war das rheinland-pfälzische Betreuungsverhältnis in der Sekundarstufe I hinter Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen das drittschlechteste, in der Primarstufe hingegen das fünftbeste. Paradox ist, dass sich das Betreuungsverhältnis in Rheinland-Pfalz zwischen dem Primarbereich und der Sekundarstufe I nicht ändert, die Platzierung im Ländervergleich jedoch höchst unterschiedlich ausfällt.

Zunehmend setzen die Hochschulen die von Bund und Ländern vereinbarte Strategie zur Internationalisierung des tertiären Bildungsbereichs um. Im Jahr 2015 hatte an deutschen Hochschulen jede bzw. jeder 13. Studierende eine ausländische Staatsbürgerschaft (7,6 Prozent). In Rheinland-Pfalz lag der Anteil der ausländischen Studierenden mit 6,2 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. In Berlin war der Anteil der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit zwölf Prozent beinahe doppelt so hoch wie in Rheinland-Pfalz.

Mit 8 500 Euro jährlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen pro Schülerin, Schüler bzw. Studierenden lag Rheinland-Pfalz 2014 im Ländervergleich

auf dem drittletzten Platz. Berlin, Thüringen, Hamburg und Bayern gaben jeweils mehr als 10 000 Euro aus. Dabei sind strukturelle Unterschiede zu berücksichtigen, beispielsweise die unterschiedliche Zahl der medizinischen Fakultäten in den Ländern, die hohe Ausgaben erfordern und damit Einfluss auf die Pro-Kopf-Ausgaben im Bildungssektor haben. Insgesamt gab Rheinland-Pfalz 4,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildungseinrichtungen im Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich aus.

710 Quadratmeter Fläche für Siedlung und Verkehr pro Kopf

Jede Rheinland-Pfälerin bzw. jeder Rheinland-Pfälzer beansprucht rechnerisch rund 710 Quadratmeter für Siedlungs- und Verkehrszwecke. Der Umfang dieser vom Menschen stark beeinflussten Flächen zum Stichtag 31. Dezember 2016 betrug insgesamt rund 2 891 Quadratkilometer, das waren 14,6 Prozent der Landesfläche. Aufgrund einer geänderten Systematik für die Bodennutzungsarten liegen keine Vorjahreswerte zum Vergleich vor.

Den Flächen für Siedlung (1 682 Quadratkilometer) liegen mehrere Nutzungsarten zugrunde. Der größte Anteil entfällt mit 40 Prozent auf Wohnbauflächen, gefolgt von Flächen für Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen (22 Prozent). Rund 17 Prozent der Fläche dient industriellen und gewerblichen Zwecken. Die Flächen für Verkehr (1 209 Quadratkilometer) umfassen überwiegend Flächen für Straßen und Wege.

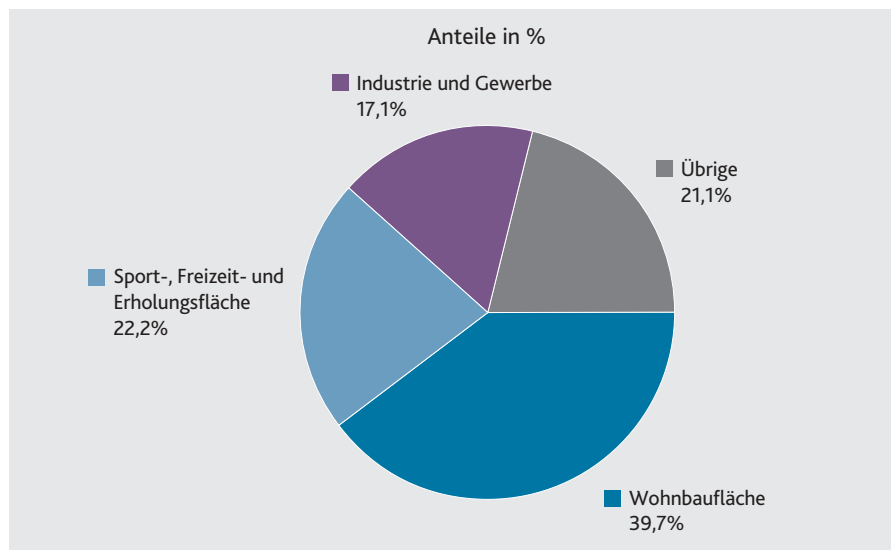
Die Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz beträgt rund 19 858 Quadratkilometer. Den größten Anteil nimmt die Fläche für Vegetation (84 Prozent) ein. Diese setzt sich im Wesentlichen aus Flächen für die Landwirtschaft (49 Prozent) und Wald (48 Prozent) zusammen.

Mehr Todesopfer im Straßenverkehr

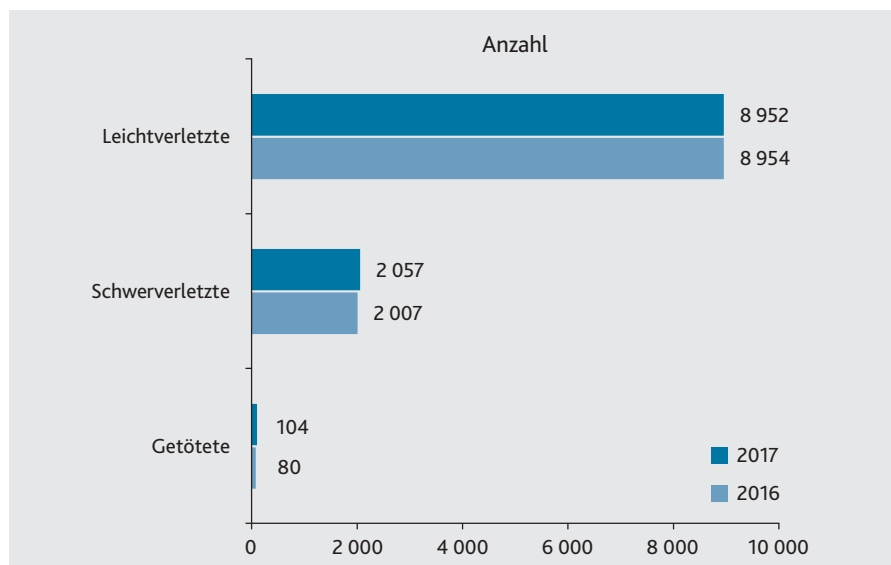
Von Januar bis Juli 2017 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen 104 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Das waren 24 Todesopfer mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Anzahl der Schwerverletzten stieg leicht um 2,5 Prozent auf 2 057. Die Zahl der Leichtverletzten war mit 8 952 fast genau so hoch wie im Vorjahreszeitraum. Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten sieben Monaten 83 051 Straßenverkehrsunfälle und damit 2,9 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Darunter waren 74 512 Unfälle, bei denen nur Sachschaden entstand. Dies bedeutet einen Anstieg um 3,1 Prozent.

Flächen für Siedlung am 31.12.2016 nach Nutzungsarten



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Juli 2016 und 2017



Ausweitung von Statistiken durch EU-Verordnungen erfüllt Landesausschuss mit Sorge

Der Statistische Landesausschuss Rheinland-Pfalz hat sich bei seiner 51. Sitzung in Bad Ems mit der weiteren Ausweitung von Statistiken durch EU-Verordnungen befasst. Die Belastung insbesondere der Wirtschaft durch Statistikpflichten solle nicht weiter steigen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die Ressourcen in den statistischen Ämtern angesichts der Schuldenbremse künftig begrenzt seien.

Das Beratergremium, das unter Vorsitz des neuen Präsidenten des Statistischen Landesamtes Marcel Hürter tagte, äußerte sich kritisch zu den Tendenzen der EU-Kommission, neue Statistiken einzuführen und bestehende zu erweitern. Die Stellungnahmen des Bundesrates und die Initiative der Innenministerkonferenz zur Begrenzung der Ausweitung von EU-Statistiken wurden begrüßt.

Kritisch sieht der Landesausschuss auch die Folgen des neu gefassten EU-Unternehmensbegriffs, der von 2018 an verbindlich wird. In den Ländern bestehe nach wie vor der Bedarf nach Ergebnissen auf der Ebene der Betriebe. Anderenfalls würden die Wirtschaftsleistungen der Betriebe, die zu einem Unternehmen mit Sitz in einem anderen Bundesland gehören, nicht mehr in die Berechnung wichtiger Kenngrößen – etwa der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – einfließen können. Auch Nutzer in Wirtschaft, Verbänden und Politik seien auf die Ergebnisse auf Betriebsebene angewiesen.

Der Landesausschuss befasste sich ferner mit Überlegungen zur künftigen Gewinnung von Bevölkerungszahlen. In

einer Machbarkeitsstudie wird derzeit in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe untersucht, ob und wie die bisherige Bevölkerungsfortschreibung durch eine Feststellung der Einwohnerzahlen auf Grundlage von Melderegistern ersetzt werden kann. Auch die Ablösung des im Turnus von zehn Jahren stattfindenden Zensus durch regelmäßige ergänzende Stichprobenerhebungen wird in diesem Zusammenhang eruiert. Die Überlegungen zielen auf die Zeit nach dem Zensus 2021, über dessen Vorbereitungsstand der Landesausschuss informiert wurde.

Weitere Themen der Tagung waren Neuerungen im Statistikprogramm wie etwa die Wohnungsnotfallstatistik, die Erkenntnisse zu Obdachlosen und Menschen in prekären Wohnsituationen bringen soll. Ferner erhielt das Gremium einen Überblick über laufende Analyseprojekte. So erscheint zum Tag der Deutschen Einheit eine Neuauflage des Bundesländervergleichs, im Rahmen der Woche der Demografie wird im November eine neue Pflegevorausberechnung vorgestellt.

Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen der Statistik. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, des Rechnungshofes, des Landesbeauftragten für den Datenschutz, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber-, Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr.

Bundestagswahl 2017

Erste Analyse des vorläufigen rheinland-pfälzischen Endergebnisses

Noch in der Wahlnacht hat das Statistische Landesamt in Bad Ems das Ergebnis der Bundestagswahl analysiert.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 in Rheinland-Pfalz entfallen auf die CDU 35,9 Prozent der gültigen Stimmen, auf die SPD 24,2 Prozent, auf die GRÜNEN 7,6 Prozent, auf die FDP 10,4 Prozent, auf die AfD 11,2 Prozent und auf die Partei DIE LINKE 6,8 Prozent; die sonstigen Parteien kommen zusammen auf 3,9 Prozent.

Nach der vorläufigen Sitzverteilung können insgesamt 37 Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz in den Deutschen Bundestag einziehen, davon 15 Bewerberinnen und Bewerber über ein Direktmandat und 22 über die Landeslisten. Das sind sechs rheinland-pfälzische Sitze mehr als bei der Bundestagswahl im Jahr 2013.

Die Wahlbeteiligung ist in Rheinland-Pfalz um 4,8 Prozentpunkte auf 77,6 Prozent gestiegen. Die rheinland-pfälzische Wahlbeteiligung ist traditionell höher als die bundesdurchschnittliche (76,2 Prozent); bei dieser Wahl liegt sie 1,4 Prozentpunkte über dem Bundeswert. Im Vergleich der Bundesländer nimmt Rheinland-Pfalz beim Wahlinteresse der Bürgerinnen und Bürger den dritten Rang ein.

Der Anteil der Briefwählerinnen und -wähler ist weiter gestiegen. Er liegt in Rheinland-Pfalz bei 35,8 Prozent und damit um 7,8 Prozentpunkte höher als 2013.

Unter anderem wurde auch das Abschneiden der Parteien nach regionalen und sozio-demografischen Merkmalen untersucht:

- Die CDU erzielt vor allem im nördlichen Rheinland-Pfalz überdurchschnittliche Ergebnisse. In katholisch geprägten Regionen erzielt die CDU einen Stimmenanteil, der um 6,1 Prozentpunkte über ihrem durchschnittlichen Stimmenanteil (36,9 Prozent) liegt. Im Vergleich zu 2013 verschlechtert sich das Ergebnis der Union in Regionen mit hohem Katholikenanteil (–7,8 Prozentpunkte).


- Regionale Schwerpunkte der SPD liegen im westlichen Teil der Region Rheinhessen-Nahe sowie in der nördlichen Westpfalz. Die Sozialdemokraten erreichen in Regionen mit hohem Protestantenanteil einen Stimmenanteil, der ihr Durchschnittsergebnis (24,4 Prozent) um 4,1 Prozentpunkte übertrifft. Dennoch büßt sie in den protestantisch geprägten Regionen im Vergleich zur letzten Bundestagswahl Stimmenanteile ein (–4 Prozentpunkte).
- Von den 49 Schwerpunktgebieten der AfD liegen alleine 40 in der Pfalz. Die Partei erzielt in Regionen mit hohem Katholikenanteil einen um 2,5 Prozentpunkte geringeren Stimmenanteil, als es ihr im Durchschnitt der betrachteten Regionen gelingt (11,4 Prozent). In katholisch geprägten Regionen liegt der Stimmenanteil der AfD über ihrem Ergebnis von 2013 (+4,6 Prozentpunkte).


Rheinland-Pfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

N° 42 2017

STATISTISCHE ANALYSEN





BUNDESTAGSWAHL 2017
 Teil 1: Analyse der Ergebnisse
 in der Wahlnacht

- Schwerpunkte der FDP befinden sich vor allem im Landkreis Ahrweiler und im Landkreis Bad Dürkheim. In Regionen mit hohem Selbstständigenanteil übertrifft der Stimmenanteil der FDP ihr Durchschnittsergebnis von 10,4 Prozent um 1,4 Prozentpunkte. Im Vergleich zu ihrem Ergebnis 2013 kann die FDP ihren Stimmenanteil in diesen Regionen ausbauen (+5,5 Prozentpunkte).
- Die GRÜNEN sind in den kreisfreien Städten (10,4 Prozent) deutlich stärker als in den Landkreisen (6,7 Prozent). Zu den Schwerpunktgebieten der GRÜNEN zählen traditionell neben der Landeshauptstadt Mainz und Umgebung auch die Universitätsstädte Landau, Koblenz und Trier. Der Stimmenanteil der GRÜNEN liegt in Regionen mit hohem Akademikeranteil um 2,2 Prozentpunkte über ihrem durchschnittlichen Ergebnis (6,9 Prozent).

Im Vergleich zur vergangenen Bundestagswahl erhöht sich der Stimmenanteil der GRÜNEN in Regionen mit hohem Bevölkerungsanteil mit Hochschulabschluss leicht (+0,3 Prozentpunkte).

- Die Partei DIE LINKE erzielt bei dieser Bundestagswahl ihre besten Ergebnisse in städtischen Gebieten. DIE LINKE bekommt in Regionen mit hoher SGB II-Quote einen Stimmenanteil, der um 0,9 Prozentpunkte über ihrem Durchschnittsergebnis (6,4 Prozent) liegt. In Regionen mit hoher SGB II-Quote verbessert DIE LINKE ihr Ergebnis von 2013 (+1,3 Prozentpunkte).

Die vollständige Analyse sowie eine Kurzzusammenfassung finden Sie in unserem Internetangebot unter www.statistik.rlp.de/stat_analysen/wahlen/bw/Wahlnachtanalyse-bw2017.pdf

Zweitstimmenanteile der Parteien in Rheinland-Pfalz bei der Bundestagswahl 2017

Partei	Stimmenanteil in %	Veränderung zu 2013 in Prozentpunkten
CDU	35,9	-7,4
SPD	24,2	-3,3
GRÜNE	7,6	0,0
FDP	10,4	4,9
DIE LINKE	6,8	1,4
AfD	11,2	6,4
PIRATEN	0,5	-1,7
FREIE WÄHLER	1,4	0,1
NPD	0,3	-0,8
ÖDP	0,3	0,0
MLPD	0,0	0,0
BGE*	0,2	
Die PARTEI*	1,0	
V-Partei ³ *	0,3	
* 2013 nicht angetreten		

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018



Machen auch Sie mit! Das statistische Landesamt sucht Haushalte für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018



Alle fünf Jahre findet eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) statt – im nächsten Jahr ist es wieder soweit. Gesucht werden Haushalte, die auf freiwilliger Basis in einem Quartal Auskunft über ihre Einnahmen und Ausgaben, über den Besitz bestimmter Güter wie Auto, Telefon und Computer sowie über ihre Wohnverhältnisse geben.

Die Ergebnisse der EVS helfen, ein realistisches Bild der Lebensverhältnisse in unserem Land zu zeichnen. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft benötigen die Ergebnisse ebenso wie auch – und das zeigen uns zahlreiche Anfragen – viele Bürgerinnen und Bürger.

Aber auch die mitwirkenden Haushalte selbst erhalten einen Einblick in ihr eigenes „Wirtschaften“. Wenn Sie also einen Überblick über Ihre Haushaltskasse erhalten möchten, bietet die EVS 2018 dafür die beste Gelegenheit.

Bei uns sind Ihre Daten sicher! Ihre Angaben werden selbstverständlich streng vertraulich behandelt. Die Ergebnisse werden so zusammengefasst, dass Ihre Einzelangaben

nicht erkennbar sind. Es werden auch keine Einzeldaten an andere staatliche Behörden weitergegeben. Datenschutz und Geheimhaltung sind unsere obersten Prinzipien.

Für diese Erhebung suchen wir noch Haushalte.

Was ist zu tun?

Wenn Sie Interesse an der Teilnahme an der EVS 2018 haben, können Sie sich über den Link

www.destatis.de/evs2018_melden

online anmelden. Hierbei bitte das Land „Rheinland-Pfalz“ auswählen und Ihre Daten in das Formular eingeben. Bei der letzten Frage des Onlinefragebogens bitte „Durch eine andere Informationsquelle“ auswählen und das Formular absenden. Sie können die Teilnahme-Unterlagen aber auch bei uns anfordern.

Sollten Sie für die Befragung ausgewählt werden, erhalten Sie ab Dezember die Erhebungsunterlagen per Post zugesandt; zunächst jeweils einen Erhebungsbogen für die „**Allgemeinen Angaben**“ zu Ihrem Haushalt sowie zu Ihrem „**Geld- und Sachvermögen**“. Außerdem werden wir Sie bitten, in 2018 in einem Quartal ein „**Haushaltsbuch**“ über die Einnahmen und Ausgaben Ihres Haushalts zu führen. Jeder fünfte Haushalt soll zudem für einen Monat die genauen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (NGT) notieren.

Als kleine Entschädigung erhalten Sie nach Rücksendung aller korrekt ausgefüllten Unterlagen eine **Prämie in Höhe von 100 Euro, bei NGT-Teilnahme 127 Euro**.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Herr Winfried Kahl

Telefon: 0800 387 2003 (kostenlos)

Telefax: 02603 71-194960

E-Mail: haushaltserhebungen@statistik.rlp.de

Bruttoinlandsprodukt wächst auch im zweiten Quartal kräftig

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft verzeichnete auch im zweiten Quartal 2017 einen kräftigen Wertschöpfungszuwachs. Nach vorläufigen, indikatorgestützten Berechnungen nahm das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2017 gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,9 Prozent zu. Damit zog die Konjunktur weiter an. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2016 nahm die Wirtschaftsleistung im Land um 2,4 Prozent zu.

Alle Wirtschaftsbereiche trugen zum Wachstum bei. Den kräftigsten Wertschöpfungszuwachs verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe. Preis-, kalender- und saisonbereinigt nahm die Bruttowertschöpfung in der Industrie gegenüber dem ersten Quartal 2017 um 1,4 Prozent zu. Ein Blick auf die kalender- und saisonbereinigten Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe zeigt, dass

die Vorleistungs- und die Konsumgüterproduzenten einen Wachstumsbeitrag leisteten. Zwei der drei größten Branchen – die Chemische Industrie und der Maschinenbau – verzeichneten deutliche Umsatzzuwächse.

Das Baugewerbe entwickelte sich ebenfalls sehr positiv. Die preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttowertschöpfung legte um 0,6 Prozent zu. Dazu leisteten sowohl das Bauhauptgewerbe als auch das Ausbaugewerbe einen Beitrag.

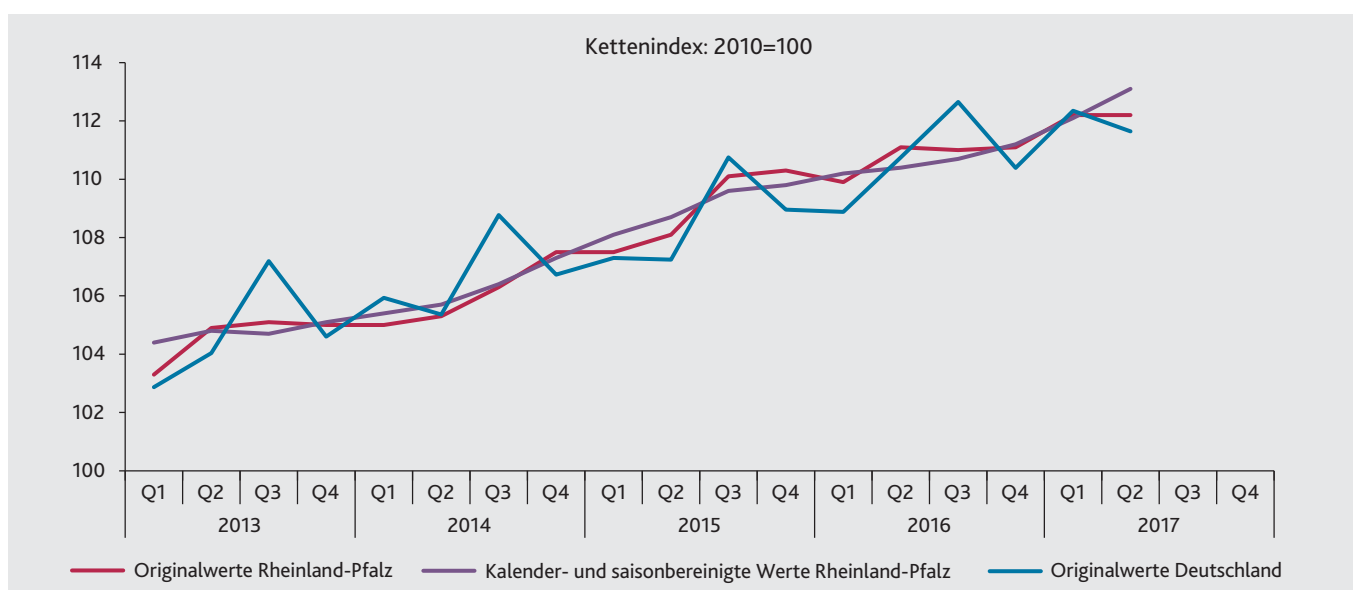
Geringfügig höher als im Baugewerbe fiel das Wachstum in den Dienstleistungsbereichen aus (+0,7 Prozent). Von den Dienstleistungsbranchen trugen vor allem die Bereiche „Sonstige wirtschaftliche Unternehmensdienstleister“, „Verkehr und Lagerei“ sowie der Einzelhandel zur positiven Entwicklung bei.

Konjunkturberichterstattung

Kern der Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ berechnet. Die Quartalsergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) auf die Quartale verteilt werden.

Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell“. Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/de/gesamtwirtschaft-umwelt/konjunktur-aktuell kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2013–2017 nach Quartalen



Daten zur Konjunktur

Indikator	Q4 2016	Q1 2017	Q2 2017	Q4 2016	Q1 2017	Q2 2017
	Veränderung zum Vorquartal in %			Veränderung zum Vorjahresquartal in %		
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,8	0,9	1,3	1,7	2,4
Erwerbstätige	0,3	0,3	...	0,7	0,8	...
Originalwerte						
Arbeitsmarkt ^{1,2}						
Arbeitslose	0,7	4,1	-7,8	0,1	-3,9	-2,9
Gemeldete Stellen	-3,6	9,3	5,1	11,0	12,0	12,6
Verbraucherpreisindex ²						
Insgesamt	1,1	-0,1	0,1	1,9	1,3	1,5
Kerninflation ³	0,7	-0,1	0,2	1,5	0,8	1,5
Betriebe und Unternehmen						
Betriebsgründungen	-9,8	22,7	-14,6	-9,3	-10,2	-11,6
Betriebsaufgaben	9,2	5,6	-29,6	-10,8	-6,7	-24,9
Unternehmensinsolvenzen	13,5	-22,9	10,1	5,8	-5,6	-2,1
Außenhandel ⁴						
Ausfuhr	-3,7	9,2	1,0	2,3	4,5	1,2
Einfuhr	5,5	7,8	5,2	1,6	12,5	18,3
Gästeübernachtungen ⁵	-34,3	-33,7	85,0	-1,2	-4,3	3,4
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Auftragseingänge (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	4,2	2,8	2,3	5,7	8,0	10,1
Inland	2,6	1,6	1,5	2,8	4,6	5,9
Ausland	5,2	3,5	2,8	7,6	10,3	12,9
Chemische Industrie	3,9	4,2	3,4	9,9	13,2	14,2
Fahrzeugbau	5,9	-1,3	-1,3	6,7	5,2	3,6
Maschinenbau	4,6	4,7	0,8	5,0	8,2	10,9
Bauhauptgewerbe ⁶	0,9	6,0	-8,1	13,3	12,8	0,3
Produktionsindex (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	0,4	0,3	0,6	-0,1	0,0	0,8
Chemische Industrie	-2,2	-3,8	-2,3	-2,7	-8,3	-10,9
Fahrzeugbau	-4,6	-3,9	-1,3	-1,8	-6,9	-9,4
Maschinenbau	1,0	4,2	4,8	3,3	7,6	12,8
Umsatz (nominal)						
Bauhauptgewerbe	1,8	5,7	7,1	4,8	9,5	15,1
Ausbaugewerbe	4,3	2,5	4,7	8,2	11,6	14,2
Umsatz (preisbereinigt) ⁴						
Großhandel	3,5	1,9	0,2	-2,2	1,1	4,1
Einzelhandel	0,6	1,3	2,2	2,6	3,7	5,2
Kfz-Handel	0,2	0,2	0,2	2,7	1,2	0,5

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 Veränderung am Quartalsende. – 3 Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie. – 4 Vorläufige Ergebnisse. – 5 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 6 Nominale Auftragseingänge.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↗), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen -2 und 0% (↘), mehr als -2% (↓) oder 0 (→).

Stand der Daten: 28. September 2017

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im September 2017

Der Verbraucherpreisindex lag im September um 1,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Energiepreise waren um 2,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Insbesondere Mineralölprodukte wurden deutlich teurer (+6,4 Prozent). Die Strompreise sowie die Umlage für Zentralheizung und Fernwärme blieben hingegen fast unverändert (jeweils +0,2 Prozent).

Die Nahrungsmittelpreise lagen im September mit einem Plus von 3,5 Prozent deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Dazu trugen aufgrund ihrer hohen Verbrauchsbedeutung insbesondere die Molkereiprodukte und Eier bei, deren Preise um 14 Prozent stiegen. Preissenkungen gab es hingegen beim Gemüse (-7,6 Prozent). Zum Beispiel waren Tomaten und Gurken

wesentlich günstiger als im September 2016 (-18 bzw. -26 Prozent).

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, war leicht rückläufig. Sie lag im September bei 1,3 Prozent nach 1,4 Prozent im August.

Gegenüber dem Vormonat blieb der Verbraucherpreisindex im September 2017 unverändert. Kräftige Preissteigerungen gab es saisonal bedingt bei Bekleidung und Schuhen (+4,9 Prozent). Deutliche Preisrückgänge waren in der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ zu verzeichnen (-2,8 Prozent). Der Grund dafür sind starke Preissenkungen bei Pauschalreisen (-12 Prozent), die mit dem Ende der Sommerferien und der damit nachlassenden Nachfrage zusammenhängen dürften.

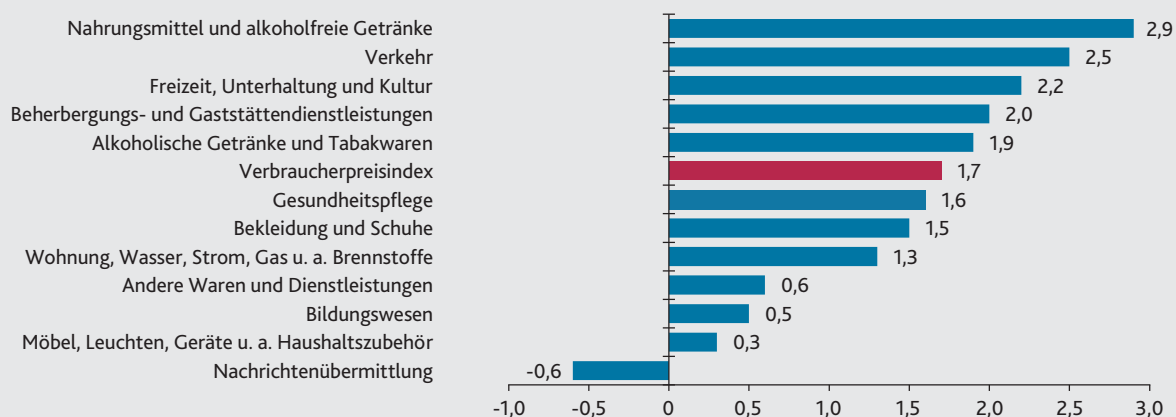
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

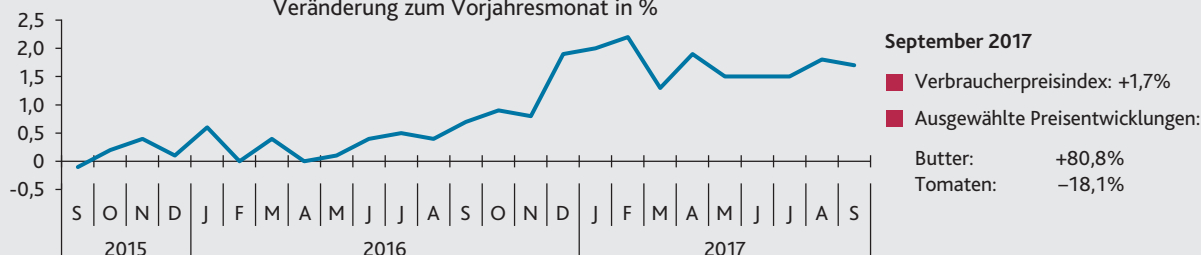
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2017

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen zu September 2016 in %



Veränderung zum Vorjahresmonat in %



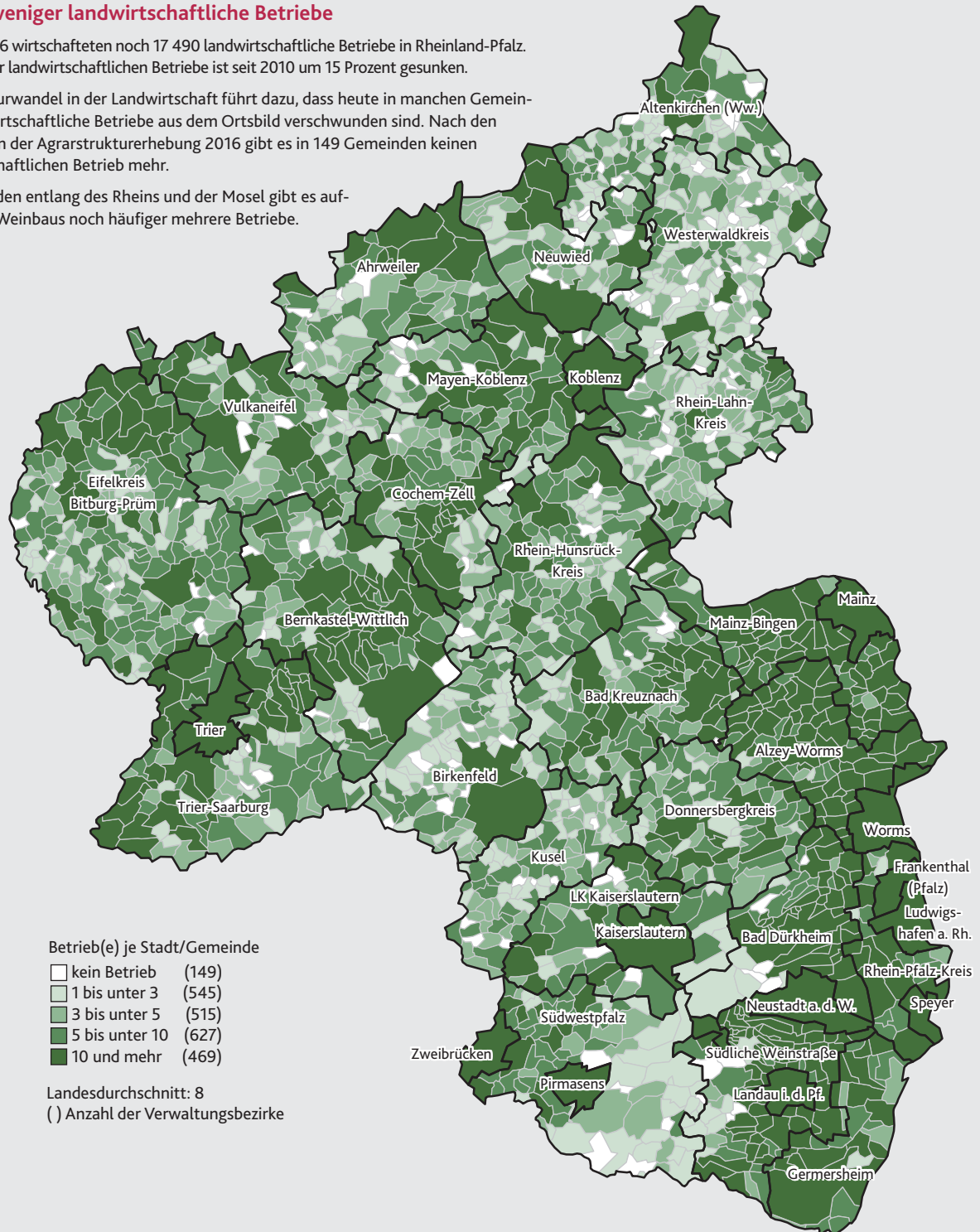
Landwirtschaftliche Betriebe 2016 nach Verwaltungsbezirken

Immer weniger landwirtschaftliche Betriebe

Im Jahr 2016 wirtschafteten noch 17 490 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist seit 2010 um 15 Prozent gesunken.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft führt dazu, dass heute in manchen Gemeinden landwirtschaftliche Betriebe aus dem Ortsbild verschwunden sind. Nach den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2016 gibt es in 149 Gemeinden keinen landwirtschaftlichen Betrieb mehr.

In Gemeinden entlang des Rheins und der Mosel gibt es aufgrund des Weinbaus noch häufiger mehrere Betriebe.



Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen

Teil I: Ausgewählte Aspekte aus den Bereichen „Bevölkerung“, „Wohlstand und Soziales“ sowie „Gesundheit und Pflege“

Von Simone Emmerichs, Dr. Merle Hattenhauer, Dr. Annette Illy, Thomas Kirschey

„Zusammen sind wir Deutschland“ – unter diesem Motto feierten die Länder der Bundesrepublik in diesem Jahr in Mainz das Fest zum Tag der Deutschen Einheit. Die „Einheit Deutschland“ besteht in unserem föderalen System aus 16 Bundesländern. Jedes Land hat seine Besonderheiten und seine Stärken – und jedes einzelne Land trägt in der solidarischen Gemeinschaft dazu bei, dass Deutschland mehr ist als die Summe seiner Teile. Mithilfe von statistischen Indikatoren können Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern aufgezeigt werden. Die ganze Vielfalt der Länder kann durch statistische Daten natürlich nicht abgebildet werden. Dennoch bieten sie eine Grundlage für einen fruchtbaren Vergleich der Länder untereinander und können eine wichtige Orientierung bei Entscheidungen in Politik und Wirtschaft sein.

Mit der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer dargestellt. In diesem Beitrag werden ausgewählte Ergebnisse aus den Themenbereichen „Bevölkerung“, „Wohlstand und Soziales“ sowie „Gesundheit und Pflege“ vorgestellt.

Infolge der Globalisierung stehen heute nicht nur Unternehmen, sondern auch Wirtschaftsräume in einem verstärkten internationalen Wettbewerb. Vergleichende Untersuchungen von Strukturen und Entwicklungen geben Aufschluss über die Position von Regionen und Ländern in der Konkurrenz der Standorte und können so als Grundlage für politische und unternehmerische Entscheidungen dienen.

Fünfte Ausgabe
des Länder-
vergleichs

Das Statistische Landesamt hat in diesem Jahr bereits zum fünften Mal die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ herausgegeben. Gegenüber der Ausgabe aus dem Jahr 2013 wurden alle Themengebiete überarbeitet und zusätzliche Merkmale aufgenommen.

Fast fünf Prozent der Bevölkerung von Deutschland leben in Rheinland-Pfalz

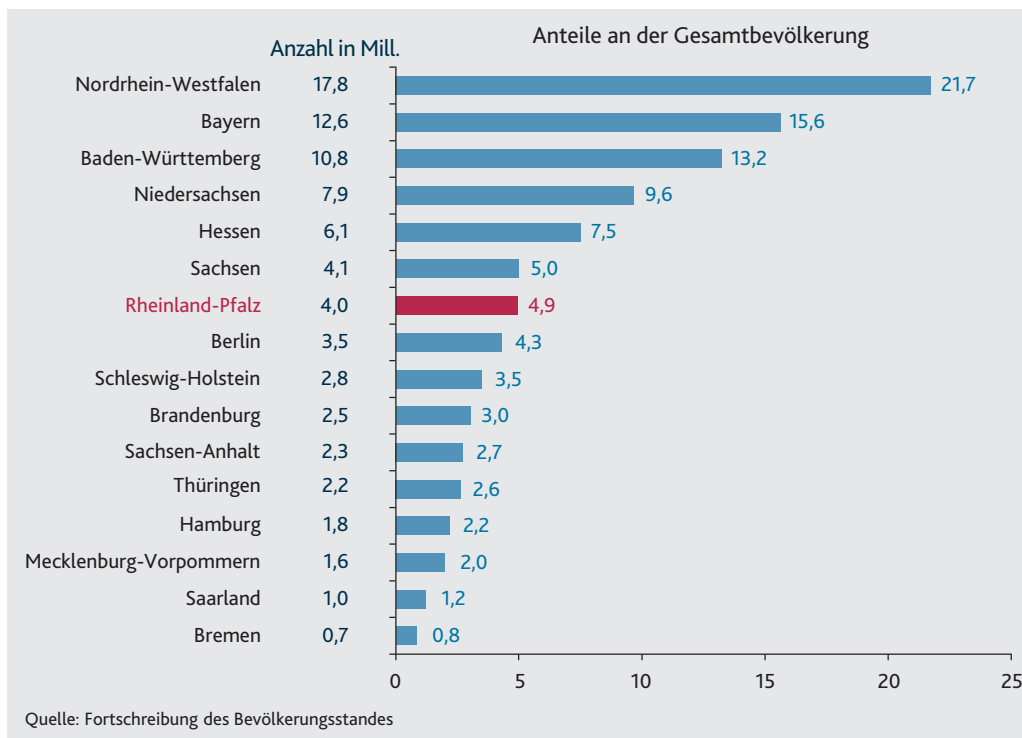
Ende 2015 wohnten in Rheinland-Pfalz 4,05 Millionen Menschen und damit fast fünf Prozent der 82,18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands. In einer Rangliste der Bevölkerungstärke steht das Land damit auf Platz sieben. Den größten Anteil an der Bevölkerung in Deutschland hat Nordrhein-Westfalen; mehr als jede bzw. jeder Fünfte lebt dort. Am geringsten ist der Anteil mit 0,8 Prozent im Stadtstaat Bremen.

Der bisherige höchste Bevölkerungsstand wurde in Rheinland-Pfalz 2004 mit 4,06 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern erreicht. Danach ging die Bevölkerung zurück.

Bisheriger
Höchststand
im Jahr 2004

G 1

Bevölkerung 2015



Von 2005 bis 2012 konnten die Geburten-defizite nicht mehr durch Zuwanderung ausgeglichen werden. Seit Mitte 2013 führt die sehr hohe Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden aus verschiedenen Krisengebieten der Erde sowie von Migrantinnen und Migranten, die eher aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa wandern, wieder dazu, dass das Geburtendefizit überkompensiert wird und die Einwohnerzahl steigt. Für 2016 ist mit 4,07 Millionen Menschen (vorläufige Schätzung) sogar die höchste Einwohnerzahl in der 70-jährigen Landesgeschichte zu erwarten.

Hohe Zuwanderung kann Geburten-defizit nicht ganz ausgleichen

In den Jahren von 2005 bis 2015 wurden in Rheinland-Pfalz 354 200 Kinder geboren und 481 900 Menschen starben. Bezogen auf

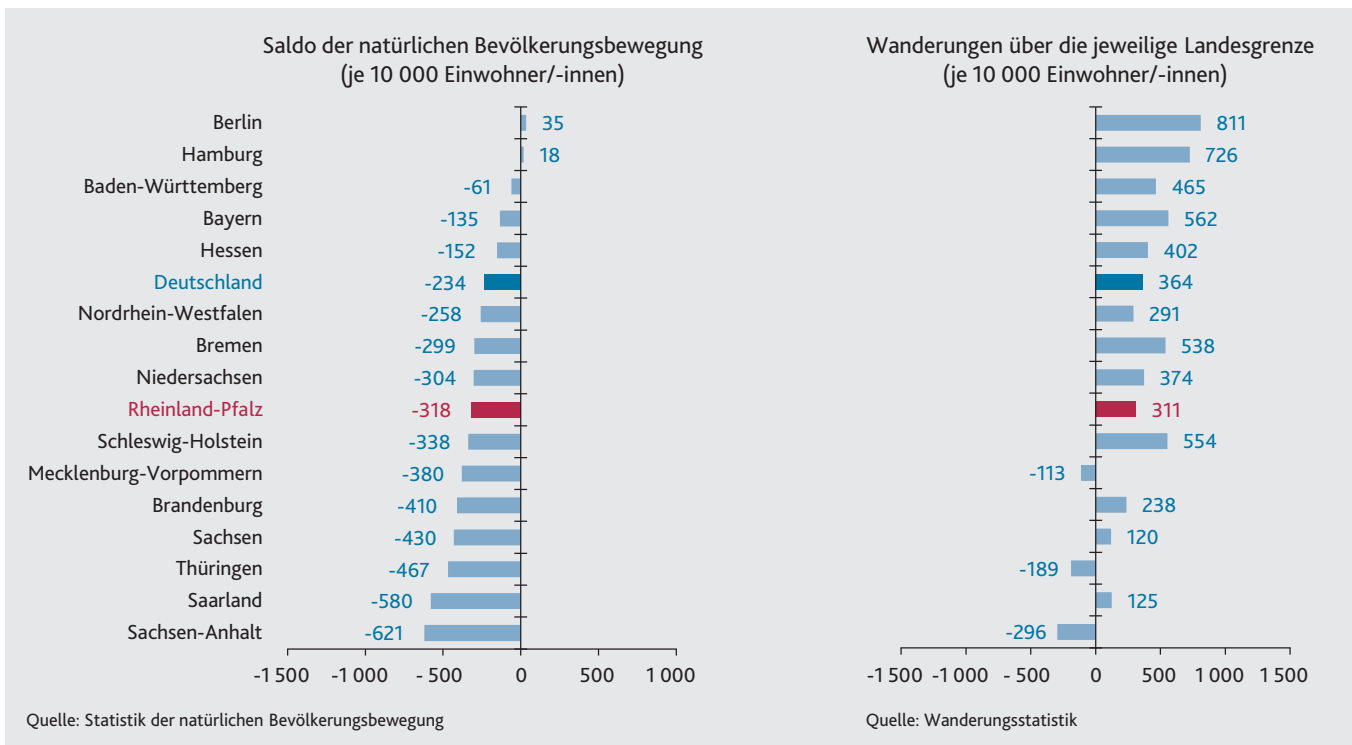
10 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergab sich für diesen Zeitraum ein Geburtendefizit von 318 Menschen. Das ist Rang neun im Ländervergleich. Im selben Zeitraum zogen 1,223 Millionen Menschen nach Rheinland-Pfalz zu und 1,098 Millionen verließen das Land. Der Wanderungssaldo belief sich auf 311 Personen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (ebenfalls Rang neun).

Die stärksten Wanderungsbewegungen gab es zwischen Rheinland-Pfalz und seinen Nachbarländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg. Allein aus Nordrhein-Westfalen kamen im Betrachtungszeitraum 187 800 Menschen, 191 300 Personen zogen dorthin fort. Kräftige Wanderungsverflechtungen gab es auch mit dem Ausland. Rund 483 600 Menschen zogen aus dem Ausland hierher und 341 400 Personen verließen das Land. Seit 2014 wurde das Wanderungsge-

Wanderungs-bewegungen zwischen angrenzenden Bundesländern am stärksten

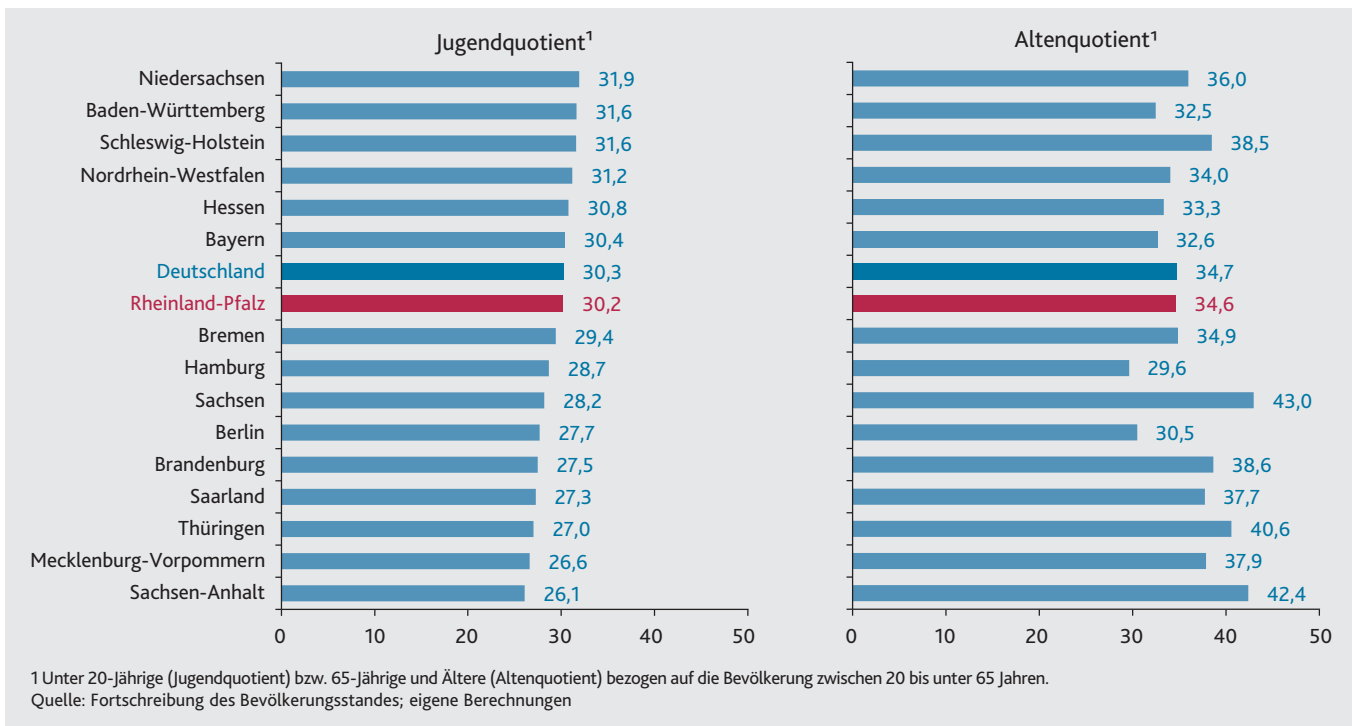
G 2

Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Saldo der Wanderungen 2005–2015



G 3

Jugend- und Altenquotient 2015



schehen mit dem Ausland vor allem durch die Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden sowie die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien geprägt.

Altenquotient steigt nachhaltig

Sinkender
Jugend-
quotient

Jugend- und Altenquotient vermitteln einen Eindruck von den Belastungen der erwerbsfähigen Bevölkerung durch Transfers aus dem volkswirtschaftlichen Einkommen an die jüngeren und älteren Menschen. Die Jüngeren sind in der Regel noch nicht erwerbstätig, die Älteren nicht mehr. Beide Kennzahlen liegen für Rheinland-Pfalz nahe am Bundesdurchschnitt. Auf 100 Menschen von 20 bis 65 Jahren kommen in Rheinland-Pfalz derzeit 30 unter 20-Jährige. Gegenüber 2005 ist der Jugendquotient um fünf Punkte gesunken und vom dritten auf

den siebten Rang gefallen. Dagegen ist der Altenquotient in den vergangenen Jahren gestiegen: Seit 2005 erhöhte er sich um fast zwei Punkte auf knapp 35 und damit von Platz zehn auf Platz sieben. Hier wird der demografische Wandel sichtbar, der durch den starken Geburtenrückgang Anfang der 70er-Jahre in Gang gesetzt wurde und sich nach den Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes auch in Zukunft fortsetzen wird. Nach der mittleren Variante könnte der Altenquotient bis 2060 hierzulande sogar auf 65 steigen, während der Jugendquotient in etwa konstant bliebe.

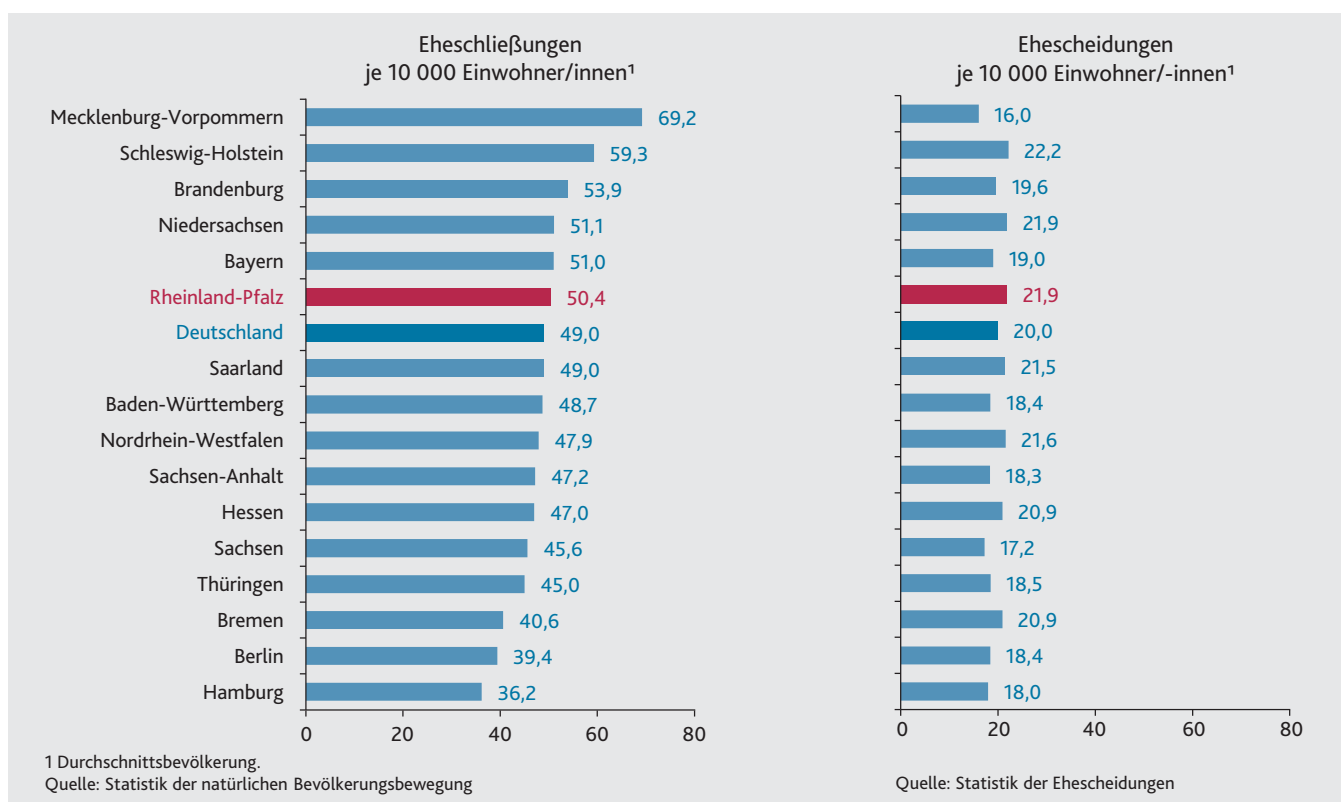
Steigender
Altenquotient

Viele Hochzeiten, aber auch viele Scheidungen

Im Jahr 2015 gab es bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner etwa 50 Ehe-

G 4

Eheschließungen und Ehescheidungen 2015



schließungen. Damit steht Rheinland-Pfalz auf dem sechsten Rang. Die höchsten Relationen ergaben sich für Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Die beiden Küstenländer sind jedoch auch für viele Menschen aus anderen Regionen attraktive Heiratsorte. Die hohe Zahl der Eheschließungen geht daher nicht allein auf die eigene Bevölkerung zurück. Die niedrigste Zahl an Eheschließungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner errechnete sich für die Stadtstaaten Hamburg (36), Berlin (39) und Bremen (41).

Zweithöchste Scheidungsrate

Aber hierzulande wird nicht nur häufig geheiratet, sondern die Ehen werden auch häufig geschieden. Unter allen Ländern weist Rheinland-Pfalz mit 22 Scheidungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner nach Schleswig-Holstein die höchste Scheidungsrate auf. Die niedrigste Scheidungsquote hatten Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit 16 bzw.

17 Ehescheidungen bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Einflüsse der unterschiedlichen Altersstrukturen in den Ländern werden jedoch hier nicht berücksichtigt.

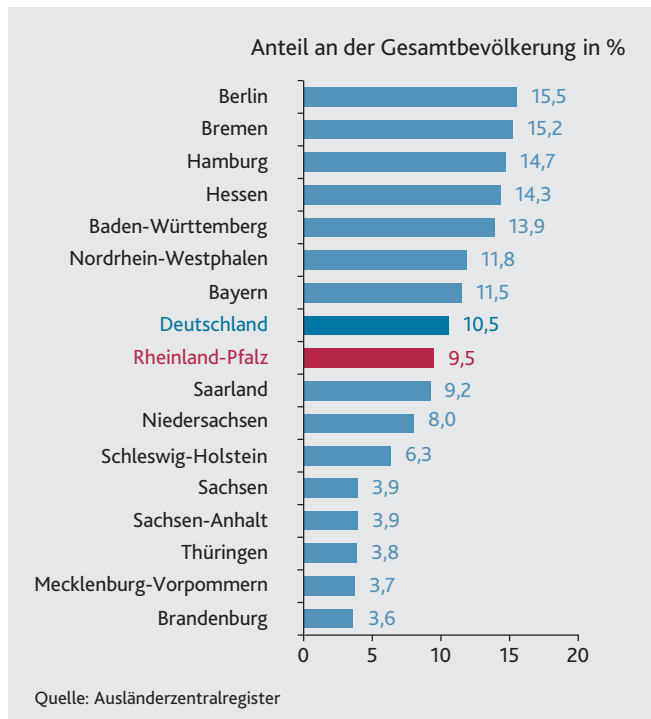
Fast die Hälfte der Ausländerinnen und Ausländer kommen aus EU-Mitgliedsstaaten

Ende 2015 lebten in Rheinland-Pfalz 383 000 Bürgerinnen und Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Das sind 9,5 Prozent der Gesamtbevölkerung; deutschlandweit waren es 10,5 Prozent. Eine Ursache für den unterdurchschnittlichen Ausländeranteil mag die eher ländliche Siedlungsstruktur und die geringe Zahl an Großstädten in Rheinland-Pfalz sein, da tendenziell ein positiver Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Ausländeranteil besteht. Die höchsten Ausländeranteile errechnen sich daher für die Stadtstaaten Berlin (15,5 Prozent), Bremen (15,2 Prozent) und Hamburg (14,7 Prozent). Die mit Abstand meisten im Ausländerzentralregister geführten Ausländerinnen und Ausländer, die in Rheinland-Pfalz leben, stammen aus der Türkei (59 300). Werden nur die EU-Staaten betrachtet, so leben hierzulande besonders viele Menschen aus Polen (40 300) und Italien (29 500). Insgesamt kommen aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union 190 200 Bürgerinnen und Bürger (48 Prozent). Aus dem Vereinigten Königreich, wo der EU-Austrittsprozess im März 2017 rechtlich wirksam in die Wege geleitet wurde, stammen 4 400 Menschen.

Höchste Anteile in Stadtstaaten

G 5

Ausländische Bevölkerung 2015



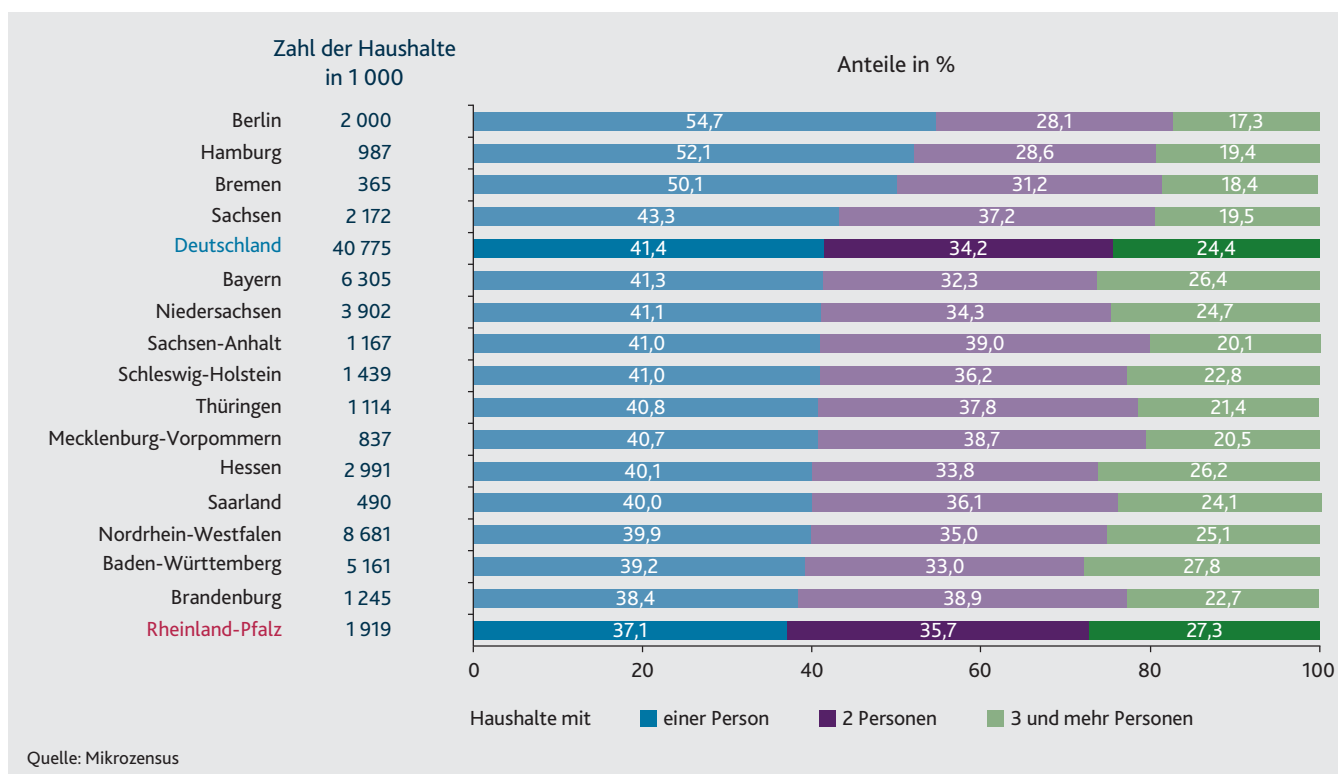
In jedem dritten Haushalt lebt eine Person allein

Die Zahl der Haushalte in Rheinland-Pfalz ist im Vergleich zu 2005 um rund 2,5 Prozent auf 1,9 Millionen gewachsen, obwohl die

Immer mehr kleinere Haushalte

G 6

Haushaltsgröße 2015



Bevölkerung nach einem zwischenzeitlichen Rückgang 2015 wieder ähnlich hoch ist wie 2005. Grund dafür ist, dass es immer mehr Ein- und Zweipersonenhaushalte und immer weniger große Haushalte gibt. In 37 Prozent der Haushalte lebte 2015 eine Person allein, in 36 Prozent wohnten zwei Personen zusammen. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen lag bei 27 Prozent. Damit gibt es in keinem Land weniger kleine Haushalte und nur in Baden-Württemberg häufiger große Haushalte als in Rheinland-Pfalz.

Durchschnittlich 2,1 Personen je Haushalt

Im Schnitt wohnen hierzulande 2,1 Personen in einem Haushalt. Das ist zusammen mit Baden-Württemberg die höchste durchschnittliche Haushaltsgröße. In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg ist die durchschnittliche Haushaltsgröße beson-

ders niedrig: In mehr als der Hälfte der Haushalte dort lebt eine Person allein.

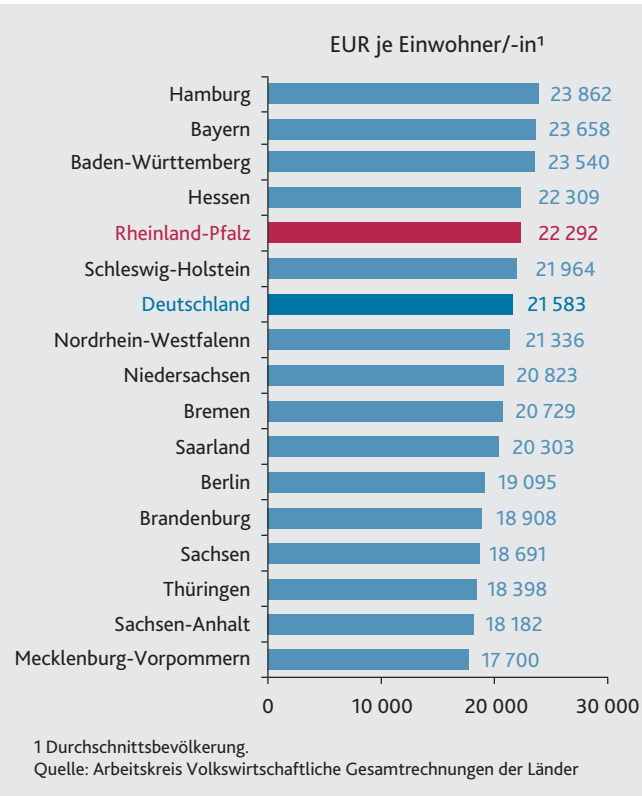
Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 22 300 Euro

Im Jahr 2015 betrug das verfügbare Einkommen je Rheinland-Pfälzerin bzw. Rheinland-Pfälzer 22 292 Euro. Dieser Betrag stand den Menschen – nach Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen und unter Berücksichtigung der empfangenen laufenden Transfers wie Renten, Pensionen und Sozialleistungen – für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Im Ländervergleich ist das Rang fünf. Das höchste Pro-Kopf-Einkommen wurde in Hamburg erreicht (23 862 Euro). Das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen erzielten die Menschen in Mecklen-

22 300 Euro für Konsum und Sparen

G 7

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2015



burg-Vorpommern (17 700 Euro). Seit dem Jahr 2005 ist das Pro-Kopf-Einkommen in Rheinland-Pfalz um gut 4 100 Euro bzw. 23 Prozent gestiegen.

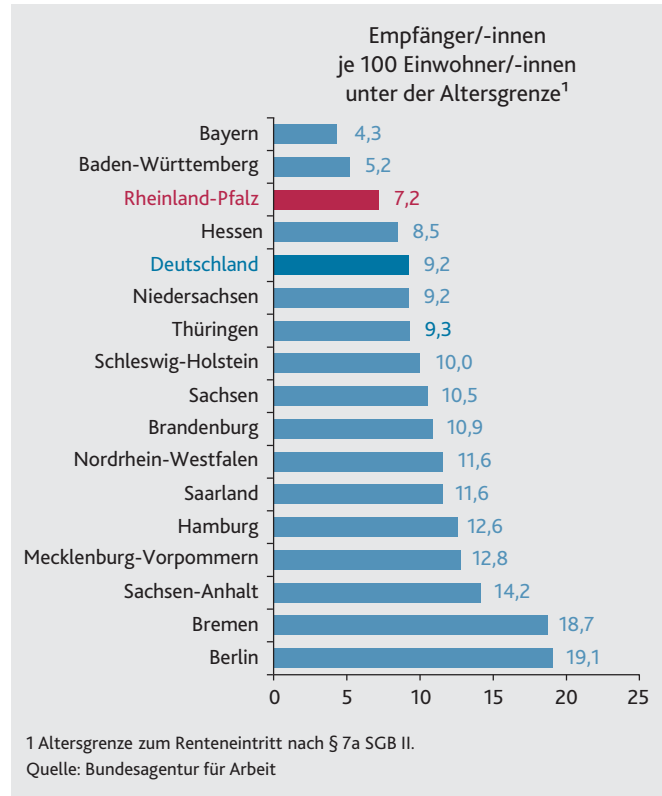
Dies ist allerdings die Veränderung des nominalen – also nicht preisbereinigten – Pro-Kopf-Wertes. Die reale Kaufkraft hat jedoch weniger stark zugenommen, da der Verbraucherpreisindex im gleichen Zeitraum um rund 14 Prozent zulegen.

Jeder zehnte Euro wird gespart

Die Sparquote ergibt sich aus der Relation der Ersparnis zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, jeweils einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Mit einer Sparquote von 10,2 Prozent im Jahr 2015 erreicht Rheinland-Pfalz den vierten Rang im Vergleich der Bundesländer. Die fleißigsten Sparerinnen

G 8

Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) im Dezember 2016



und Sparer leben in Baden-Württemberg (11,6 Prozent), gefolgt von den Hessen und Bayern mit rund elf Prozent. Mit sechs Prozent sparen die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern am wenigsten. Werden die absoluten Sparbeträge betrachtet, fällt Rheinland-Pfalz mit einem Pro-Kopf-Wert von 2 336 Euro auf den fünften Rang zurück. Aufgrund des höheren verfügbaren Einkommens sparen die Menschen in Hamburg (2 397 Euro) absolut mehr, obwohl sie eine niedrigere Sparquote aufweisen. Baden-Württemberg liegt mit 2 804 Euro auch absolut an der Spitze. Weniger als die Hälfte dieses Sparbetrags wird von den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zurückgelegt (1 083 Euro). Damit nehmen sie den letzten Platz im Ländervergleich ein.

Höchste Sparquote in Baden-Württemberg

Drittniedrigste SGB II-Quote

In Rheinland-Pfalz erhielten Ende 2016 von 100 Menschen unter der Regelaltersgrenze 7,2 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II. Nur in Bayern und Baden-Württemberg war die Quote mit 4,3 bzw. 5,2 Prozent niedriger. Die höchste SGB II-Quote weist Berlin auf; dort war fast jeder Fünfte unter der Regelaltersgrenze auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) angewiesen.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende löste 2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe ab und ist im SGB II geregelt. Sie wird erwerbsfähigen Personen im Alter von 15 Jahren bis zur Regelaltersgrenze sowie deren Angehörigen gewährt, die über kein ausreichendes Einkommen zur Absicherung ihrer materiellen Grundbedürfnisse verfügen. Von den rund 231 750 Leistungsberechtigten in Rheinland-Pfalz bezogen 165 250 als Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II. Bei den übrigen Personen handelte es sich um nicht erwerbsfähige Familienangehörige sowie sonstige Leistungsberechtigte.

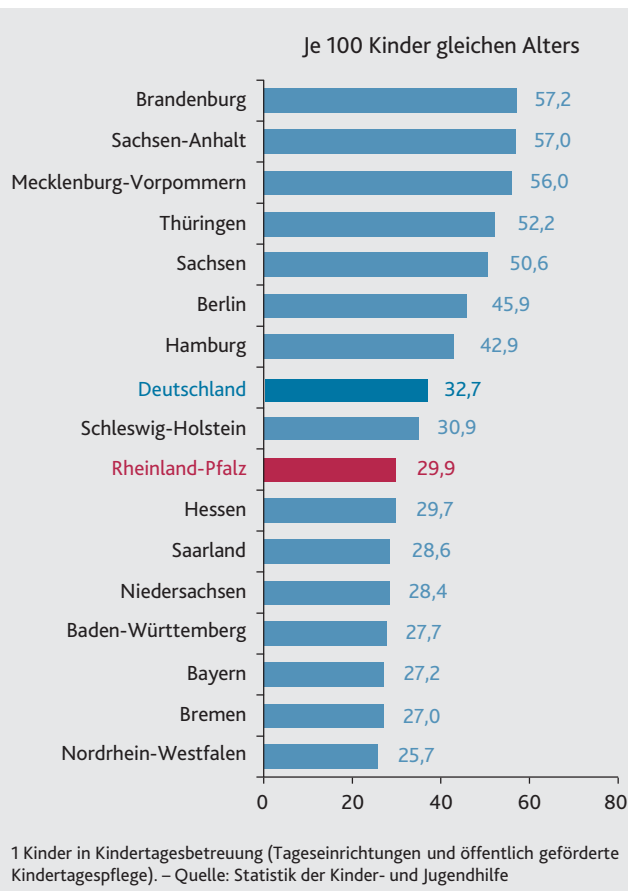
Kindertagesbetreuung: Beitragsfrei ab Zwei

Kindertagesstätten spielen für die Bildung und die Erziehung von Kindern eine große Rolle und fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dabei sind die Kosten, die für die Eltern anfallen, je nach Land, Kommune oder Träger unterschiedlich hoch. In Rheinland-Pfalz ist die Kinderbetreuung bereits für Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr beitragsfrei.

Zum Stichtag 1. März 2016 befanden sich in Rheinland-Pfalz knapp 30 Prozent der unter 3-Jährigen in Tagesbetreuung. Unter den westdeutschen Flächenländern ist das die

G 9

Betreuungsquote¹ unter 3-Jähriger im März 2016



zweithöchste Betreuungsquote, im Vergleich aller Länder Platz neun. Besonders hoch ist die Betreuungsquote der Jüngsten in den neuen Ländern. An der Spitze steht Brandenburg mit mehr als 57 betreuten Kindern je 100 unter 3-Jährige. Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren wurde in den vergangenen Jahren in allen Ländern ausgebaut. Ab dem 1. August 2013 besteht bundesweit ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung.

Kinder im klassischen Kindergartenalter werden in Rheinland-Pfalz besonders häufig außerhalb des Elternhauses betreut. Von 100 Kindern dieser Altersgruppe besuchten im März 2016 fast 97 Kinder eine Kinder-

Spitzenposition bei der Versorgung der 3- bis 6-jährigen Kinder

tageseinrichtung oder wurden von einer Tagespflegeperson betreut. Damit belegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer Platz eins. Mit einer Betreuungsquote von knapp 88 Prozent steht Bremen am Ende der Rangliste. Der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter hat in fast allen Ländern in den letzten Jahren weiter zugenommen.

Deutliche Unterschiede bei der Höhe des Elterngeldanspruchs

Väter nutzen
inzwischen
häufiger
Elternzeit

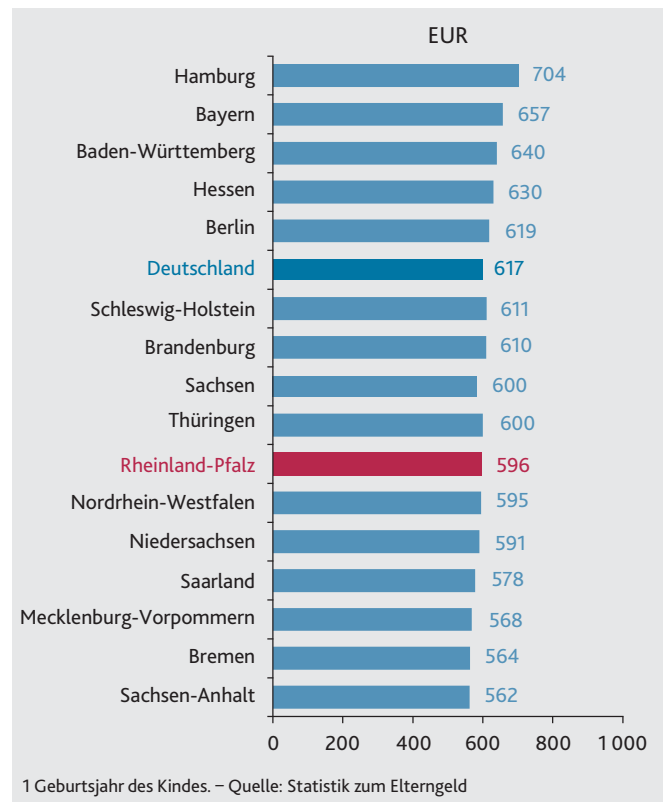
In Rheinland-Pfalz wurden für im Jahr 2014 geborene Kinder rund 41 720 Elterngeldbezüge registriert. Der Anteil der Frauen an den Elterngeldbezieherinnen und -bezieher lag bei 76,5 Prozent. Mit 23,5 Prozent belegen die rheinland-pfälzischen Männer im Ländervergleich den zehnten Platz. Gegenüber 2009 ist der Anteil der Väter, die Elternzeit nutzen, in allen Bundesländern gestiegen (Rheinland-Pfalz: +6,6 Prozentpunkte). Besonders hoch war die Väterbeteiligung in Sachsen mit rund 31 Prozent. Das Elterngeld ist eine staatliche Sozialleistung für junge Familien und löste vor einigen Jahren das Erziehungsgeld ab. Die Bezugsdauer beträgt zwölf Monate für ein Elternteil bzw. 14 Monate bei Alleinerziehenden oder bei geteilter Inanspruchnahme von beiden Eltern. Die Mehrheit der Väter entscheidet sich nach wie vor für die Mindestbezugsdauer von zwei Monaten, während der Großteil der Mütter die maximale Bezugsdauer von zwölf Monaten wählt. Das 2015 neu eingeführte Elterngeld Plus konnte für Kinder des Geburtsjahrgangs 2014 noch nicht in Anspruch genommen werden.

Elterngeld der
Väter deutlich
höher

Rheinland-pfälzische Mütter erhielten knapp 600 Euro Elterngeld für Kinder, die 2014 geboren wurden. Im Ländervergleich bedeutet das Rang zehn. Die höchsten Beträge gab es für Mütter in Hamburg

G 10

Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes 2014¹

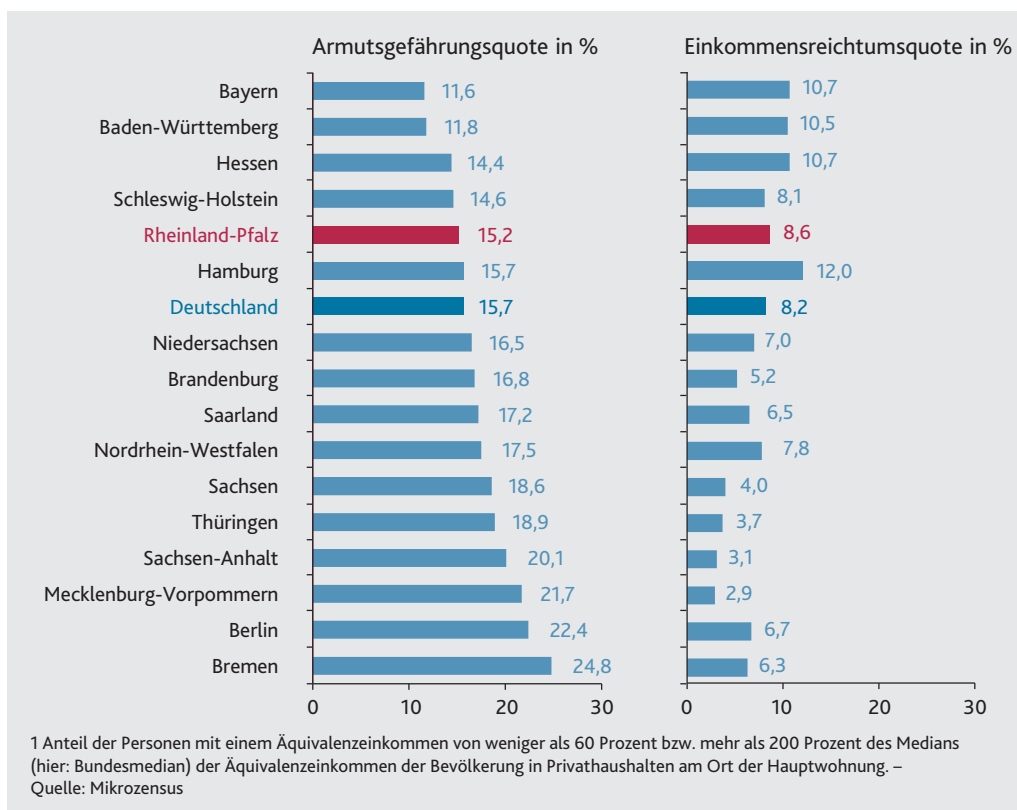


(700 Euro), die niedrigsten für Mütter in Sachsen-Anhalt und Bremen mit jeweils rund 560 Euro. Deutlich höher waren die ausbezahlten Beträge für Väter. In Rheinland-Pfalz bekamen die Männer mit durchschnittlich 1 180 Euro im Mittel fast doppelt so viel Elterngeld wie die Frauen. Den höchsten Betrag erhielten Väter in Baden-Württemberg mit 1 270 Euro. Väter in Thüringen lagen mit 960 Euro am Ende der Rangliste. Die Höhe des Elterngeldes hängt ab vom durchschnittlich verfügbaren Erwerbseinkommen im Jahr vor der Geburt. Personen, die zuvor nicht erwerbstätig waren, erhalten den Mindestsatz von 300 Euro. Der maximale Betrag liegt bei 1 800 Euro pro Monat. Gründe für die deutlichen Unterschiede in der Höhe des Elterngeldanspruchs von Müttern und Vätern sind zum einen die im Vor-

Vorheriges
Erwerbseinkommen
aus-schlaggebend

G 11

Armutsgefährdungsquote und Einkommensreichumsquote 2015



feld des Elterngeldbezugs höheren Nettoeinkommen der Männer, zum anderen sind sie auch häufiger erwerbstätig als Frauen.

Fast jede siebte Einwohnerin bzw. jeder siebte Einwohner in Rheinland-Pfalz von Armut bedroht

Niedrigste
Quote in
Bayern

Im Jahr 2015 waren 15,2 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung von Armut bedroht. Dieser Wert liegt nahe dem Bundesdurchschnitt von 15,7 Prozent und bedeutet Rang fünf im Ländervergleich. Die niedrigste Armutsgefährdungsquote weist Bayern mit knapp zwölf Prozent auf. Mehr als doppelt so hoch ist dagegen die Quote in Bremen mit rund 25 Prozent gefolgt von Berlin mit über 22 Prozent. Die Armutsgefährdungsquote ist gemäß EU-Konvention der Anteil der

Bevölkerung, dessen Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Der 60-Prozent-Wert wird auch als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet (Bundesmedian) liegt die Schwelle für einen Einpersonenhaushalt bei 942 Euro. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren errechnet sich eine Armutsgefährdungsschwelle von 1 978 Euro. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich durch das gemeinsame Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen (z. B. geringerer Mietanteil, niedrigere Heizkosten pro Person).

Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich, dass junge Menschen, die sich oft noch in der Ausbildung befinden dürften, in erhöh-

Überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten bei jüngeren und Älteren

tem Maß von Armut bedroht sind. Für die unter 18-Jährigen ergibt sich für das Jahr 2015 in Rheinland-Pfalz eine Quote von rund 19 Prozent. Deutlich weniger waren die Jugendlichen in Bayern mit zwölf Prozent betroffen. In Bremen dagegen fiel jede bzw. jeder Dritte in dieser Altersgruppe unter die Armutsgefährdungsschwelle.

Auch die Älteren ab 65 Jahren wiesen 2015 in Rheinland-Pfalz mit 17 Prozent eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Das ist der zweithöchste Wert im Ländervergleich. Besonders die Frauen in dieser Altersgruppe waren von Armut bedroht (20 Prozent), während die Quote der gleichaltrigen Männer deutlich niedriger lag (13 Prozent). Hier dürften unterbrochene Erwerbsbiografien der Frauen – z. B. durch Kindererziehungszeiten oder Pflege von Angehörigen – eine Rolle spielen.

Überdurchschnittlich viele Menschen mit hohem Einkommen

Das Gegenstück zur Armutsgefährdungsquote ist die Einkommensreichumsquote. Sie stellt den Anteil der Bevölkerung dar, dessen Einkommen mehr als 200 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung in Privathaushalten beträgt.

Im Jahr 2015 lag der Anteil der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit einem Einkommen über der 200-Prozent-Marke bei 8,6 Prozent. Im Vergleich der Bundesländer bedeutet dies Platz fünf. Die höchste Einkommensreichumsquote wird in Hamburg mit zwölf Prozent erreicht. Am niedrigsten war die Quote in den neuen Ländern. In Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt hatten nur 2,9 bzw. 3,1 Prozent der Bevölkerung Einkommen in der entsprechenden Größenordnung.

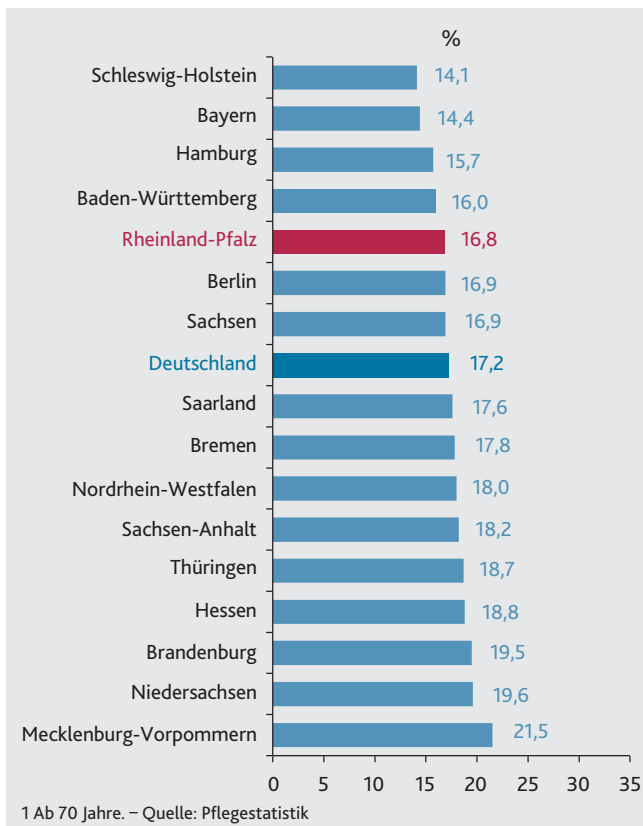
Unterdurchschnittliche Pflegequote

Im Dezember 2015 waren 132 283 Menschen in Rheinland-Pfalz pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Zu den Pflegebedürftigen zählen Personen, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) erhalten. 80 Prozent der Pflegebedürftigen waren 70 Jahre oder älter. Die Pflegequote der über 70-Jährigen setzt die Zahl der pflegebedürftigen Menschen im Alter ab 70 Jahren ins Verhältnis zur Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Alter. Die Pflegequote ist eine Kennzahl, die den Bevölkerungsteil misst, der pflegebedürftig ist und Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erhält. Im bundesweiten Durchschnitt waren 17,2 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner im Alter ab 70 Jahren pflegebedürftig. Rheinland-Pfalz hatte mit einer Quote von 16,8 Prozent den fünften Rang unter den Bundesländern inne. In Schleswig-Holstein war die Zahl der Pflegebedürftigen bezogen auf die Einwohnerzahl mit 14 am geringsten. Die höchste Pflegequote verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern mit fast 22 Prozent.

Die Pflegebedürftigen, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) erhalten, werden je nach Inanspruchnahme der pflegerischen Leistungen den drei Versorgungsarten reine Pflegegeldempfänger, ambulante bzw. stationäre Pflege zugeordnet. In Rheinland-Pfalz erhielten 2015 fast 52 Prozent der Pflegebedürftigen ausschließlich finanzielle Unterstützung in Form von Pflegegeld. Nur in Hessen war der Anteil der reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger höher (54 Prozent). Rund 22 Prozent der Pflegebedürftigen befanden sich in ambulanter Pflege. Insgesamt wurden somit in Rheinland-Pfalz fast

Großteil der Pflegebedürftigen wird zu Hause versorgt

G 12

Pflegequote¹ 2015

Jede/-r vierte
Pflege-
bedürftige wird
vollstationär
versorgt

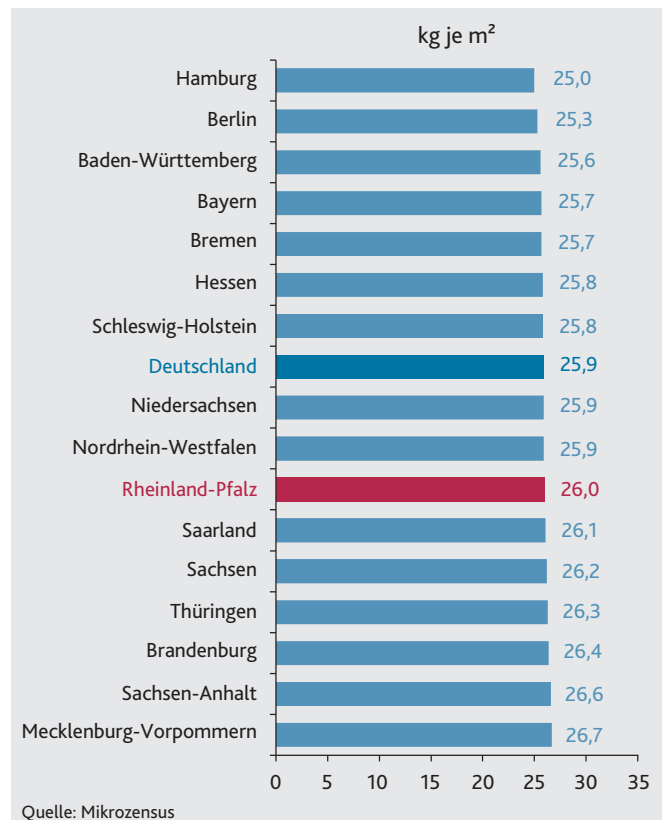
74 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt, gut 26 Prozent wurden vollstationär betreut. Bundesweit wurden 27 Prozent der Pflegebedürftigen in Heimen versorgt. Deutlich überschritten wird dieser Durchschnittswert in Schleswig-Holstein (38 Prozent). In Brandenburg werden mit 22 Prozent die wenigsten pflegebedürftigen Menschen vollstationär betreut.

Mehr als jeder zweite Erwachsene hat Übergewicht

Übergewicht wird nach dem sogenannten Body-Mass-Index (BMI) bestimmt. Der Index wird errechnet, indem das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) geteilt wird. Eigenschaften

G 13

Durchschnittlicher Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren 2013



wie Geschlecht, Alter oder Körperbau (z. B. Muskelmasse) bleiben bei der Berechnung allerdings unberücksichtigt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, Werte über 30 gelten als starkes Übergewicht.

Im Jahr 2013 lag der durchschnittliche Body-Mass-Index in Rheinland-Pfalz bei 26. Insgesamt 54 Prozent der Erwachsenen – 62 Prozent der Männer und 45 Prozent der Frauen – waren übergewichtig. Im Bundesdurchschnitt war der Body-Mass-Index mit 25,9 ähnlich hoch. In Deutschland waren 2013 rund 53 Prozent der Erwachsenen übergewichtig – 62 Prozent der Männer und 44 Prozent der Frauen. Übergewicht ist

Anteil der
Übergewichti-
gen steigt mit
zunehmendem
Alter

T 1

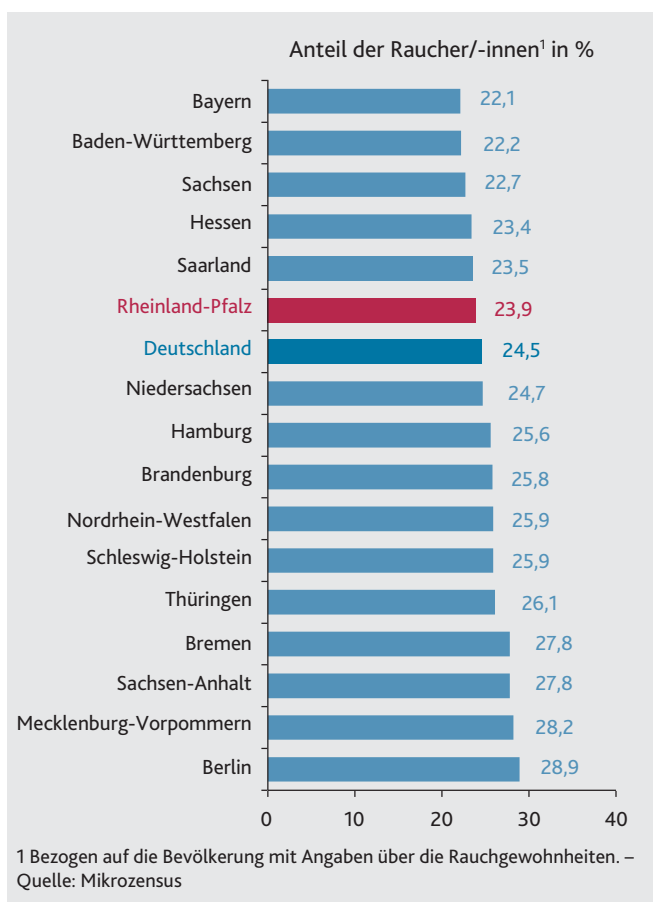
Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
Bevölkerung								
Bevölkerung	2015	Anzahl	7	4 052 803	NW	17 865 516	HB	671 489
Anteil an der Gesamtbevölkerung	2015	%	7	4,9	NW	21,7	HB	0,8
Veränderung	2015/2005	%	8	-0,1	BE	3,7	ST	-9,1
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	2005–2015	je 10 000 Einwohner/-innen	9	-318	BE	35	ST	-621
Saldo der Wanderungen über die jeweilige Landesgrenze	2005–2015	je 10 000 Einwohner/-innen	9	311	BE	811	ST	-296
Jugendquotient	2015	Quotient	7	30,2	NI	31,9	ST	26,1
Altenquotient*	2015	Quotient	7	34,6	HH	29,6	SN	43,0
Eheschließungen	2015	je 10 000 Einwohner/-innen	6	50,4	MV	69,2	HH	36,2
Ehescheidungen	2015	je 10 000 Einwohner/-innen	2	21,9	SH	22,2	MV	16,0
Anteil der ausländischen Bevölkerung	2015	%	8	9,5	BE	15,5	BB	3,6
Haushalte	2015	1 000	8	1 919	NW	8 681	HB	365
Anteil der Ein-Personen-Haushalte	2015	%	16	37,1	BE	54,7	RP	37,1
Anteil der Zwei-Personen-Haushalte	2015	%	8	35,7	ST	39,0	BE	28,1
Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen	2015	%	2	27,3	BW	27,8	BE	17,3
Wohlstand und Soziales								
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2015	EUR je Einwohner/-in	5	22 292	HH	23 862	MV	17 700
Sparquote der privaten Haushalte	2015	%	4	10,2	BW	11,6	MV	6,0
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)*	2016	je 100 unter Altersgrenze	3	7,2	BY	4,3	BE	19,1
Betreuungsquote unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung	2016	je 100 Kinder	9	29,9	BB	57,2	NW	25,7
Betreuungsquote 3- bis 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung	2016	je 100 Kinder	1	96,6	RP	96,6	HB	87,8
Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes	2014	je 10 000 Einwohner/-innen	11	104,2	HH	143,7	SL	89,0
Anteil der Frauen	2014	%	7	76,5	SL	80,4	SN	68,8
Anteil der Männer	2014	%	10	23,5	SN	31,2	SL	19,6
Durchschnittliche Höhe des Elterngeldes von Frauen	2014	EUR	10	596	HH	704	ST	562
Durchschnittliche Höhe des Elterngeldes von Männern	2014	EUR	5	1 177	BW	1 274	TH	963
Armutsgefährdungsquote*	2015	%	5	15,2	BY	11,6	HB	24,8
unter 18-Jährige*	2015	%	5	19,4	BY	12,3	HB	34,2
65-Jährige und Ältere*	2015	%	15	16,9	BE	11,9	SL	19,7
Einkommensreichumsquote	2015	%	5	8,6	HH	12,0	MV	2,9
Gesundheit und Pflege								
Pflegequote (ab 70 Jahren)*	2015	%	5	16,8	SH	14,1	MV	21,5
Anteil der reinen Pflegegeldempfänger/-innen	2015	%	2	51,8	HE	53,7	SH	40,4
Anteil der ambulanten Pflege	2015	%	14	21,8	HH	30,0	BW	20,1
Anteil der stationären Pflege	2015	%	9	26,4	SH	37,7	BB	21,8
Body-Mass-Index (ab 18 Jahre)*	2013	kg je m²	10	26,0	HH	25,0	MV	26,7
Anteil der Raucher/-innen (ab 15 Jahre)*	2013	%	6	23,9	BY	22,1	BE	28,9

* Niedrigster Wert = Rang 1.

G 14

Rauchgewohnheiten der Bevölkerung ab 15 Jahren 2013



bereits bei jungen Erwachsenen weit verbreitet, wobei der Anteil der Übergewichtigen mit zunehmendem Alter steigt.

Drei Viertel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer rauchen nicht

Frauen öfter
Nichtraucher

In Rheinland-Pfalz waren 2013 gut drei Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner über 15 Jahren Nichtraucher. Etwa 55 Prozent hatten noch nie und 21 Prozent früher geraucht. Bei den Frauen liegt der Anteil der Nichtraucher mit 80 Prozent etwas höher als bei den

Männern mit 72 Prozent. Von den Rauchern gab der überwiegende Teil (84 Prozent) an, regelmäßig zu rauchen. Von den aktiven Raucherinnen und Rauchern quantifizierte der Großteil (80 Prozent) den täglichen Konsum mit fünf bis 20 Zigaretten. Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil der Raucherinnen und Raucher bei 24,5 Prozent. Der geringste Raucher-Anteil wurde mit 22 Prozent in Bayern registriert. In der Bundeshauptstadt Berlin ist der Anteil der Raucher mit 29 Prozent am größten. Im Vergleich zum Jahr 2005 ist der Anteil der Raucherinnen und Raucher in allen Bundesländern gesunken.

Ausblick

Diese und weitere interessante Themen finden Sie in der Statistischen Analyse „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“. In den nächsten Ausgaben des Statistischen Monatshefts werden weitere ausgewählte Ergebnisse aus dem Ländervergleich vorgestellt.

Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), ist Mitarbeiterin im Referat „Veröffentlichungen“. Dr. Merle Hattenhauer war Referentin im Referat „Auswertungen, Analysen der Abteilung „Bevölkerung, Gesellschaft, Recht, Verwaltung“. Dr. Annette Illy ist Referentin im Referat „VGR, ETR, Arbeitsmarkt“. Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist als Referent im Referat „Analysen, Auftragsarbeiten, FDZ“ tätig.

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen

Das Statistische Landesamt hat soeben die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ zum vierten Mal veröffentlicht. In dieser Statistischen Analyse wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen zu den Themenbereichen Bevölkerung, Wohlstand und Soziales, Gesundheit und Pflege, Wahlen, Bildung, Verkehr, Wohnen, Umwelt, Wirtschaft, Entwicklungspotenziale, Arbeitsmarkt und Öffentliche Finanzen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer aufgezeigt.

In der vorangestellten **Zusammenfassung** sind für jedes Merkmal die Platzierung für Rheinland-Pfalz sowie die Länder mit dem höchsten bzw. niedrigsten Merkmalswert aufgelistet. Dies ermöglicht nicht nur einen schnellen Überblick über die Platzierungen von Rheinland-Pfalz, sondern – durch die Angabe der Spannweite – auch eine Einordnung dieser Rangziffern.

Anhand von **Grafiken** werden die Ergebnisse dargestellt und kommentiert. Sie lassen die unterschiedlichen Stärken und Schwächen der Bundesländer erkennen und sind Teil des Controllings in einem föderativen Gemeinwesen, das durch Zusammenarbeit und Solidarität, aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet ist. Der umfangreiche **Tabellenanhang** enthält die Werte aller Merkmale und zeigt zudem zeitliche Entwicklungen auf, wobei jeweils die aktuellsten verfügbaren Erhebungen herangezogen wurden.

Die Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – ein Ländervergleich in Zahlen“ (Bestellnummer: Z2088201301) kann zum Preis von 15,00 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden; Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Die PDF-Datei steht unter www.statistik.rlp.de/analysen/rlp-laendervergleich_2017.pdf zum kostenfreien Download zur Verfügung.



Der öffentliche Bereich als Arbeitgeber

Ergebnisse der amtlichen Statistik



Von Dr. Christoph Wonke

Regelmäßig erfasst die amtliche Statistik Zahlen zum Personal des öffentlichen Bereichs. Im Jahr 2016 waren 116 900 Personen beim Land und 100 700 Personen bei den Kommunen beschäftigt. Rund ein Drittel davon befand sich in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen beträgt rund 3 100 Euro.

Die Erhebung des Personalstands

Die öffentliche Hand erfüllt ihre staatlichen und kommunalen Aufgaben mit eigenen Beschäftigten. Diese können einerseits in den sogenannten Kernhaushalten eingesetzt werden. Dabei handelt es sich um klassische Behörden wie beispielsweise Ministerien, Ämter und Gemeindeverwaltungen. Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass für sie öffentliche Haushaltspläne vorliegen, die (parlamentarisch) beschlossen wurden.

Andererseits erbringt die öffentliche Hand ihre Aufgaben auch mit Hilfe von Einheiten, die zwar außerhalb des Kernhaushaltes liegen, jedoch durch die öffentliche Hand kontrolliert werden (i. d. R. aufgrund von entsprechenden Stimmrechts- oder Nennkapitalanteilen). Sie werden als „Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU)“ der öffentlichen Hand bezeichnet.

Hierbei unterscheidet die amtliche Statistik danach, ob eine öffentliche Einheit (FEU) im „engeren Sinn“ oder nur „im weiteren

Sinn“ der öffentlichen Hand zuzurechnen ist. Zuordnungskriterien hierfür sind die Richtlinien des „Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“.

Die Einheiten, die im „engeren Sinn“ der öffentlichen Hand zuzurechnen sind, werden als Extrahaushalte bezeichnet. Im Wesentlichen weisen sie zwei Merkmale auf: Zum einen sind sie öffentlich kontrolliert (Stimm- oder Nennkapitalanteil größer als 50 Prozent). Zum anderen sind sie finanziell von der öffentlichen Hand abhängig. Diese Abhängigkeit tritt ein, wenn die Einheit zu mehr als 50 Prozent öffentlich finanziert wird (z. B. durch Zuschüsse) oder wenn sie ihren Umsatz größtenteils mit der öffentlichen Hand als Abnehmer erwirtschaften (Faustregel: mehr als 80 Prozent).

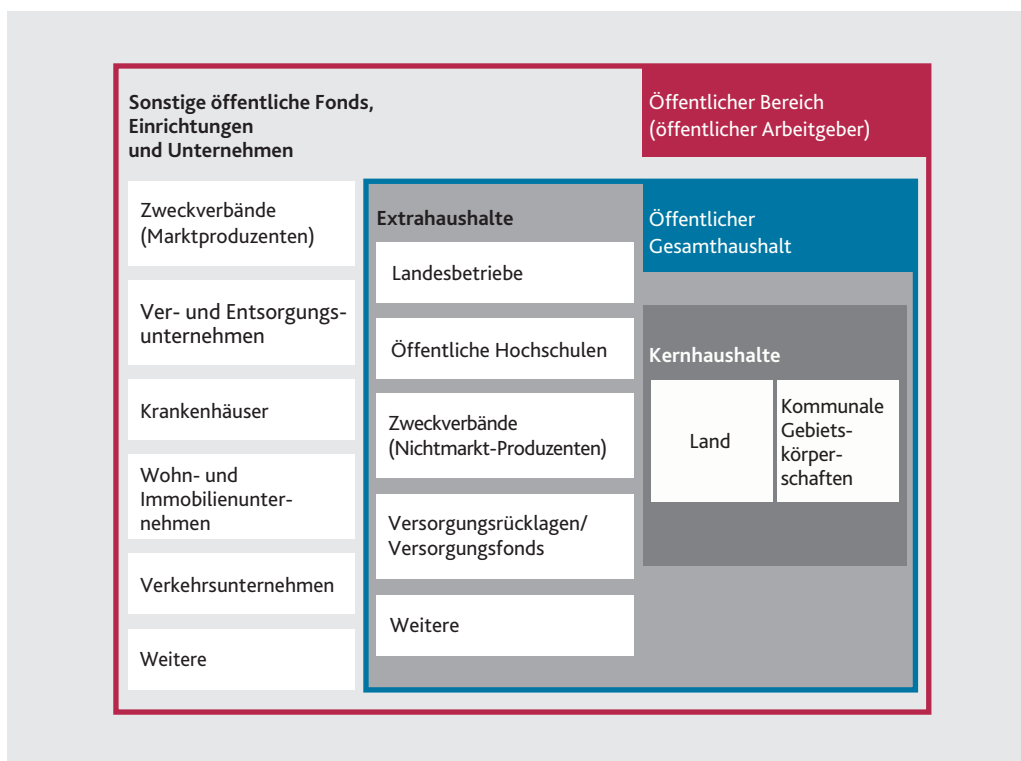
Anderes gilt hingegen für die lediglich im „weiteren Sinn“ der öffentlichen Hand zuzuordnenden Einheiten. Die amtliche Statistik bezeichnet diese als „Sonstige Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“. Im Gegensatz zu

Neben Kernhaushalten gibt es auch Extrahaushalte ...

... sowie sonstige Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

Ü 1

Schalenmodell des öffentlichen Bereichs



den Extrahaushalten werden diese nicht überwiegend von der öffentlichen Hand finanziert; sie erwirtschaftet ihre Umsätze größtenteils mit nicht-staatlichen Marktteilnehmern (Faustregel: mindestens 20 Prozent Markt). Letztlich sind diese Einheiten zwar auch öffentlich kontrolliert, sie finanzieren sich jedoch mehrheitlich nicht durch den Staat (sondern eigenständig z. B. durch Verkaufspreise) und erstellen ihre Leistungen und Produkte nicht überwiegend für den Staat. Sie agieren also als „normale“ Marktproduzenten.

In der amtlichen Finanz- und Personalstatistik wird die Summe der Kernhaushalte und der Extrahaushalte als „öffentlicher Gesamthaushalt“ bezeichnet.

Werden neben den Kernhaushalten und den Extrahaushalten auch noch die „sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“

einbezogen, so spricht die amtliche Statistik vom „öffentlichen Bereich“ bzw. von den „öffentlichen Arbeitgebern“ (nachfolgend: nur „öffentlicher Bereich“).

Die amtliche Statistik erfasst in einer jährlichen Erhebung jeweils mit Stichtag 30. Juni verschiedene Merkmale zu den Beschäftigten des öffentlichen Bereiches. Die Erhebung wird in unterschiedlichen Detailtiefen durchgeführt. Für Einheiten in privater Rechtsform werden weniger Merkmale erhoben als für die restlichen Einheiten. Die wichtigsten davon sind:

(1) Einheiten in privater Rechtsform

- Anzahl der Beschäftigten
- Frauenanteile
- Vollzeitbeschäftigte/Teilzeitbeschäftigte
- Wirtschafts- bzw. Aufgabenbereich
- Arbeitsort

Jährliche Erhebung zum 30. Juni

(2) restliche Einheiten

- Wie (1), zusätzlich ...
- Art der Beschäftigung
(z. B. Angestellte, Beamte, Richter)
- Alter der Beschäftigten
- Laufbahngruppen/Einstufungen
- Steuerpflichtige Bruttobezüge der Beschäftigten
- Wohnort der Beschäftigten

Die wichtigsten Eckzahlen veröffentlicht das Statistische Landesamt jährlich in einem Bericht.

Ergebnisse 2016: Öffentlicher Gesamthaushalt

Das Land und die Kommunen beschäftigten 2016 im öffentlichen Gesamthaushalt (Kernhaushalte und Extrahaushalte) insgesamt 170 800 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr war damit ein Anstieg von 0,7 Prozent verbunden.

Unterscheidet man nach Beschäftigten des Landes und Beschäftigten der Kommune, so ergibt sich folgendes Ergebnis: Das Land war Arbeitgeber von 104 700 Personen (–0,1 Prozent), die Kommunen hingegen von 66 200 Personen (+2,1 Prozent).

Ergebnisse 2016: Öffentlicher Bereich

Die umfassendste Abgrenzung entsteht, wenn man nicht nur den öffentlichen Gesamthaushalt, sondern den öffentlichen Bereich betrachtet. Damit werden nicht nur alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfasst, die in Einheiten der Kernhaushalte oder der Extrahaushalte der öffentlichen Hand beschäftigt sind (öffentlicher Gesamthaushalt). Zusätzlich werden auch alle Beschäftigten in den sonstigen Fonds,

Einrichtungen und Unternehmen der öffentlichen Hand berücksichtigt.

Im öffentlichen Bereich (Kernhaushalte, Extrahaushalte und sonstige Fonds, Einrichtungen und Unternehmen) waren in Rheinland-Pfalz 2016 insgesamt rund 217 700 Personen beschäftigt. Damit stieg die Zahl im Vorjahresvergleich um 1,2 Prozent.

Der öffentliche Bereich lässt sich in die Ebene der Kommunen und die des Landes unterteilen. Von den insgesamt 217 700 Beschäftigten entfielen 100 700 auf die Kommunen und 116 900 auf das Land.

Die Zahl der Beschäftigten der Kommunen stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Prozent, die des Landes blieb nahezu gleich (+0,1 Prozent). Der Zuwachs bei den Kommunen ist zu rund einem Viertel auf den Ausbau der Kindertagesstätten zurück zu führen.

Zusätzlich zu diesen 217 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfasst die amtliche Statistik beim Land 4 900 und bei den Kommunen 9 800 geringfügig Beschäftigte (Arbeitsentgelt maximal 450 Euro). Weitere 4 500 Beschäftigte waren beim Land und 2 200 bei den Kommunen ohne Bezüge beurlaubt (z. B. wegen Elternzeit). Die amtliche Statistik erhebt zudem Daten zu den Beschäftigten der Sozialversicherungen (2016: rund 6 500 Personen).

Nicht
ausgewertete
Gruppen

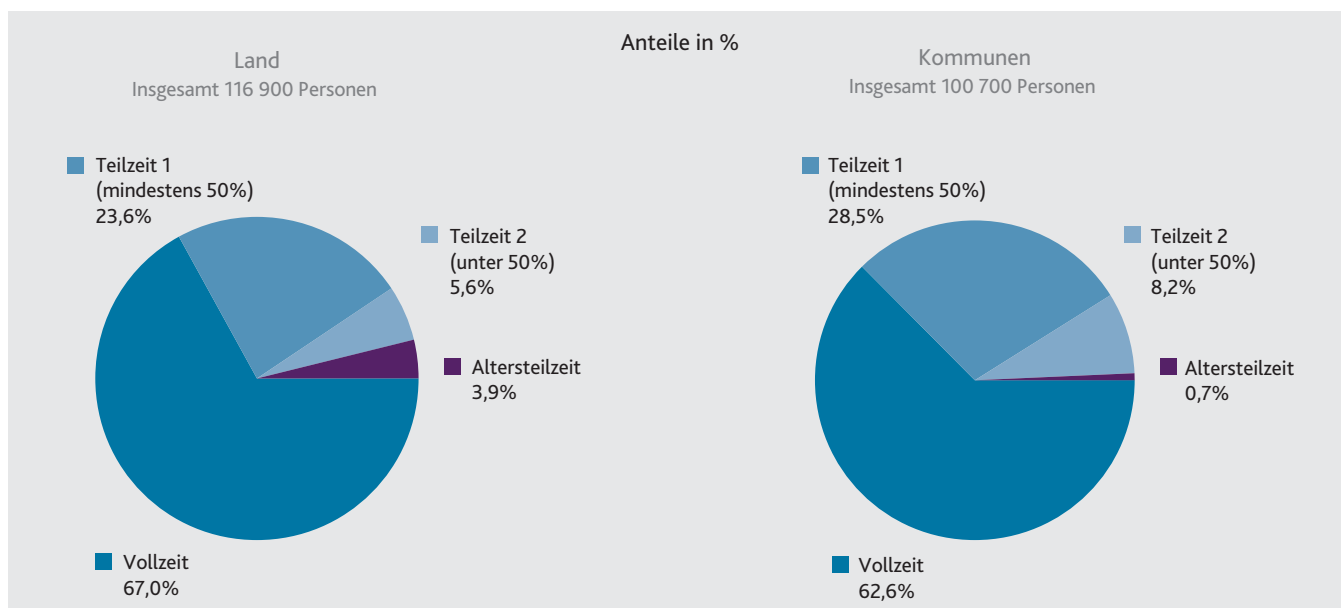
Diese drei Gruppen (geringfügig Beschäftigte, ohne Bezüge Beurlaubte, Beschäftigte der Sozialversicherungen) bleiben in diesem Beitrag jedoch unberücksichtigt.

Arbeitszeitmodelle: Zwei von drei Beschäftigten arbeiten Vollzeit

Im Land und in den Kommunen kamen verschiedene Arbeitszeitmodelle zum Einsatz.

G 1

Beschäftigte des Landes und der Kommunen im öffentlichen Bereich 2016 nach Arbeitsumfang



Während 65 Prozent der Beschäftigten einer Vollzeitbeschäftigung nachgingen, arbeiteten 26 Prozent in Teilzeit mit einem Beschäftigungsumfang von mindestens 50 Prozent. Weitere 6,8 Prozent hatten einen Teilzeitvertrag, der weniger als 50 Prozent der regulären Arbeitszeit entsprach.

Ein Drittel Teilzeitbeschäftigte

Beschäftigte, die kurz vor ihrem Ruhestand stehen, können nach Maßgabe der gesetzlichen und bzw. oder betrieblichen Rahmenbedingungen Altersteilzeitmodelle nutzen. Das Modell kann sich beispielsweise über die letzten vier Jahre vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze erstrecken und vorsehen, dass die Beschäftigten zunächst zwei Jahre lang Vollzeit arbeiten, jedoch nur ein vermindertes Einkommen erhalten (z. B. 60 Prozent einer Vollzeitstelle). In den folgenden zwei Jahren sind sie in der sogenannten Freistellungsphase. D. h., in dieser Zeit sind sie von der Arbeit freigestellt, erhalten jedoch weiterhin ein (vermindertes) Gehalt (z. B. ebenfalls 60 Prozent einer Vollzeitstelle). In Rheinland-Pfalz befanden sich zum Stich-

tag 30. Juni 2016 insgesamt 2,4 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Bereiches in einem Altersteilzeitmodell.

Auffallend ist hier der deutliche Unterschied zwischen den Kommunal- und Landesbeschäftigten. Beim Land waren 3,9 Prozent der Beschäftigten in Altersteilzeit, bei den Kommunen hingegen nur 0,7 Prozent.

Art der Arbeitsverträge

Die Arbeitsverträge sind unterschiedlich. Gut 86 Prozent der 217 700 Beschäftigten befanden sich 2016 in einem auf Dauer angelegten Arbeitsverhältnis mit der öffentlichen Hand. Bei 8,9 Prozent war die Arbeitsbeziehung zeitlich befristet, weitere 4,8 Prozent der Beschäftigten befanden sich in einer Ausbildung. Je nach Ausbildungserfolg können diese anschließend einerseits in einem dauerhaften oder befristeten Arbeitsverhältnis münden oder andererseits ohne Weiterbeschäftigung auslaufen.

Gut
86 Prozent mit
unbefristetem
Arbeitsvertrag

Die Unterschiede zwischen den Landes- und den Kommunalbediensteten waren gering: Zeitverträge machten im Land neun Prozent und bei den Kommunen 8,8 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse aus. Die Ausbildungsquote lag beim Land bei 5,5 Prozent und bei den Kommunen bei 3,9 Prozent. Der Anteil der auf Dauer angelegten Arbeitsverhältnisse betrug bei den Landesbeschäftigten 86 Prozent, bei den Kommunalbeschäftigten 87 Prozent.

Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis

Deutlich mehr
Beamtinnen
und Beamte
beim Land

Die Beschäftigten können prinzipiell als Beamtinnen bzw. Beamte in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis oder als Angestellte in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis mit der öffentlichen Hand stehen. Richterinnen und Richter befinden sich in einem nochmals anderen Dienstverhältnis – dem sogenannten Richterverhältnis. Es ist dem Dienstverhältnis der Beamtinnen und Beamten ähnlich, unterscheidet sich jedoch in einigen Teilen deutlich (z. B. keine Weisungsgebundenheit).

Zwei von drei
Beschäftigten
sind Ange-
stellte

Im Jahr 2016 befanden sich in Rheinland-Pfalz 64 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Bereichs in einem Angestelltenverhältnis. Gut 35 Prozent waren hingegen Beamtinnen und Beamte. Die Richterinnen und Richter machten lediglich einen Anteil von 0,4 Prozent aus.

Die Verteilung unterscheidet sich zwischen dem Land und den Kommunen deutlich: Unter den Landesbediensteten beträgt der Anteil der Beamtinnen und Beamten insgesamt 58 Prozent, bei den Kommunen hingegen lediglich 9,2 Prozent.

Im Land existieren zwei Berufsgruppen mit besonders vielen Beamten und Beamtinnen:

Von den rund 12 600 Beschäftigten der Polizei des Landes (einschließlich Polizei-Ausbildung und Polizei-Verwaltung) sind 86 Prozent in einem Beamtenverhältnis. Ein ähnlich hoher Anteil ist bei den rund 45 000 Lehrerinnen und Lehrern des Landes (einschließlich Lehrerbildung und Schulverwaltung) zu beobachten. Er beträgt hier 81 Prozent.

Damit vereinen diese beiden Berufsgruppen bereits 69 Prozent aller Landesbeamten auf sich. Ohne diese beiden Berufsgruppen liegt der Beamtenanteil unter den restlichen Landesbeschäftigten bei lediglich rund 35 Prozent.

Altersstruktur der Beschäftigten

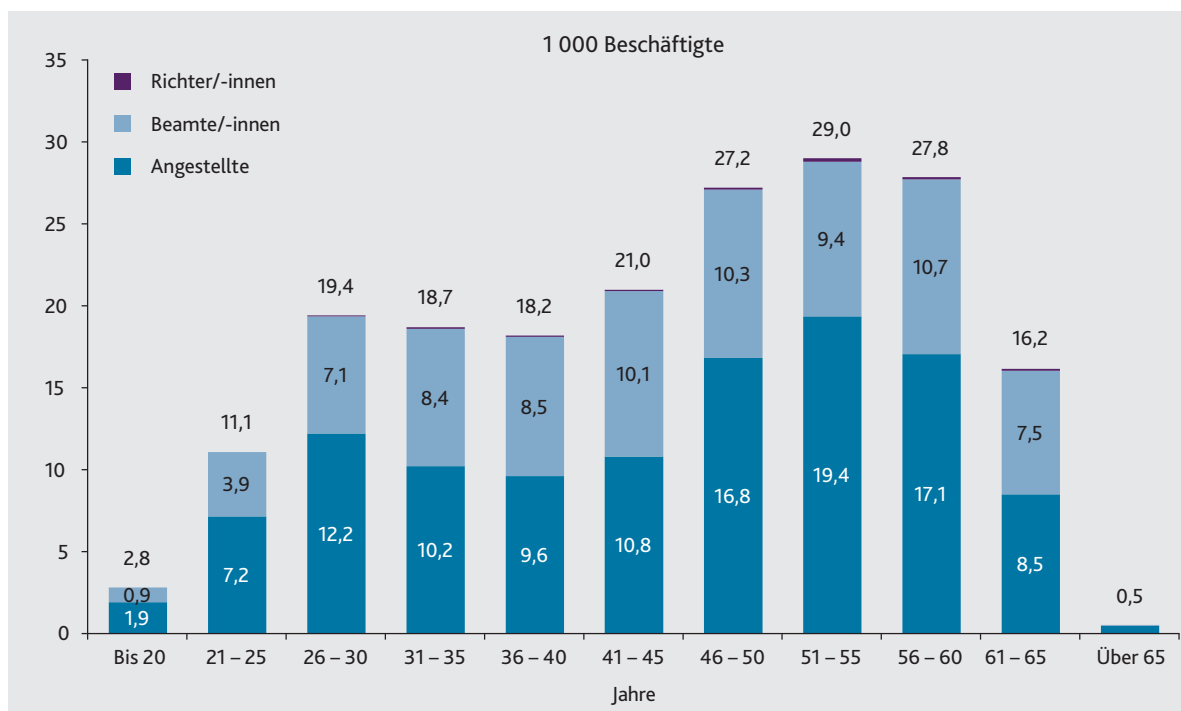
Rund 88 Prozent der Beschäftigten der öffentlichen Hand arbeiten in Einheiten, die nicht in privater Rechtsform geführt werden. D. h., sie sind beispielsweise in Behörden, Verwaltungen oder öffentlich-rechtlich organisierten Unternehmen tätig. Diese Teilmenge wird in der amtlichen Statistik als „öffentlicher Dienst“ bezeichnet. Für den öffentlichen Dienst erfasst die amtliche Statistik noch detailliertere Daten als für den öffentlichen Bereich. Zu diesen Daten gehört beispielsweise das Alter der Beschäftigten.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten des Landes und der Kommunen betrug 44,7 Jahre. Die jüngeren Jahrgänge waren deutlich seltener vertreten als die älteren. Während beispielsweise nur 19 400 Beschäftigte zwischen 26 und 30 Jahre alt waren, kam die Altersgruppe der 56- bis 60-Jährigen auf 27 800 Personen. Damit gab es 44 Prozent mehr Beschäftigte in der älteren Kohorte als in der entsprechenden 30 Jahre jüngeren Vergleichsgruppe im öffentlichen Dienst.

Durchschnitts-
alter liegt bei
45 Jahren

G 2

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 2016 nach Alter und Dienstverhältnis



Vergleicht man die Besetzung der 20 Altersjahre unterhalb des Durchschnittsalters der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit den 20 Altersjahren oberhalb, so zeigt sich der Alterseffekt deutlich: Die Anzahl der Beschäftigten mit einem Alter von 46 bis 65 Jahre übersteigt die Anzahl der 26- bis 45-Jährigen um rund 30 Prozent. Rein rechnerisch kamen auf jeden „jüngeren“ Beschäftigten somit insgesamt 1,3 „ältere“ Beschäftigte.

bis 20 Jahre sowie in der Altersgruppe der 51- bis 55-Jährigen zu beobachten. Unter den 15- bis 20-Jährigen liegt der Anteil der verbeamteten Beschäftigten lediglich bei rund 32 Prozent. Diese Alterskohorte ist jedoch sehr klein (1,5 Prozent der Beschäftigten). Zudem befinden sich die meisten Beschäftigten dieser Alterskohorte noch in der Ausbildung (78 Prozent). Der zweitniedrigste Beamtenanteil wurde bei den 51- bis 55-Jährigen festgestellt. Er beträgt hier lediglich 33 Prozent.

Altersstruktur
und Dienst-
verhältnis sind
heterogen

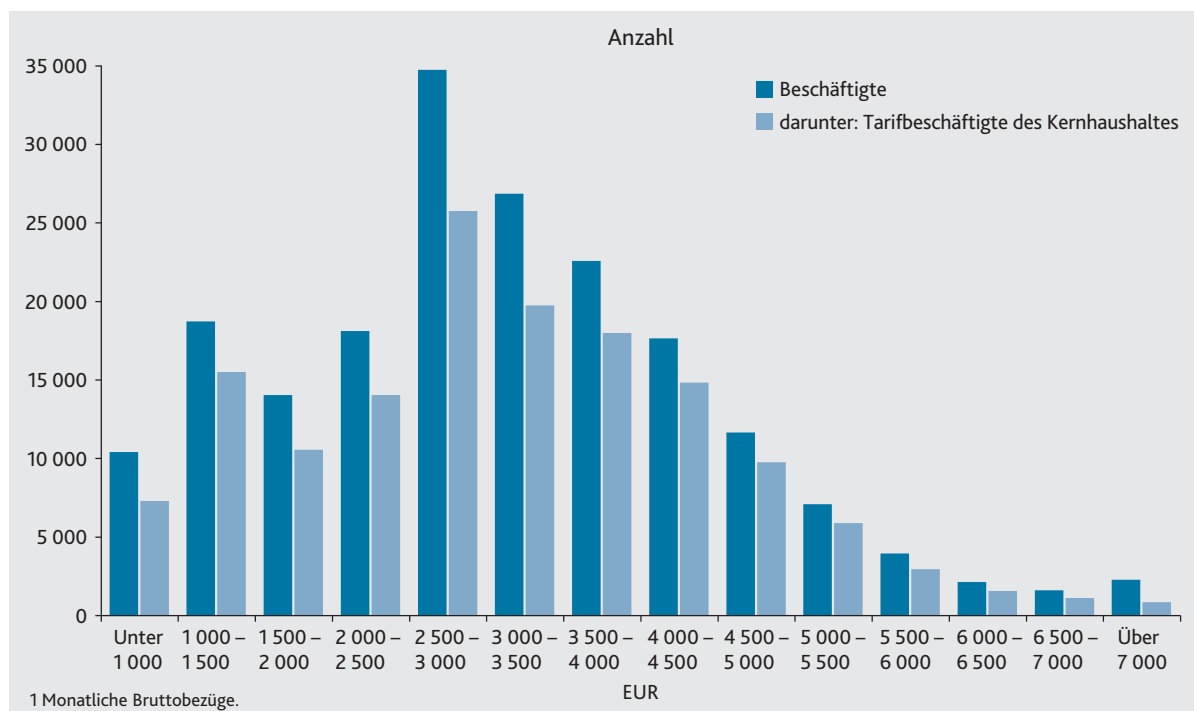
Der Anteil der Angestellten bzw. der Beamtinnen und Beamten in den verschiedenen Altersgruppen fällt teilweise sehr unterschiedlich aus. Der höchste Anteilswert für die verbeamteten Beschäftigten ergibt sich für die Gruppe der 41- bis 45-Jährigen. Hier sind fast genauso viele Beamtinnen bzw. Beamte wie Angestellte vertreten (48 Prozent Beamtinnen bzw. Beamte). Das andere Extrem ist in der Kohorte mit dem Alter 15

Bruttoeinkommen der Beschäftigten

Die Beschäftigten erhalten für ihre Tätigkeiten Bezüge vom Arbeitgeber. Das steuerpflichtige Bruttoeinkommen der Beschäftigten des Landes und der Kommunen beträgt im Durchschnitt rund 3 120 Euro pro Person (Median 3 000 Euro). In diesem Durchschnittseinkommen sind neben den Einkom-

Durchschnitts-
verdienst
bei rund
3 100 Euro

G 3

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 2016 nach Einkommensgruppen¹

men der Beschäftigten in den Behörden und Verwaltungen auch die Gehälter enthalten, die beispielsweise an Beschäftigte von Krankenhäusern der öffentlichen Hand gezahlt werden. Das außertarifliche Gehalt eines Chefarztes ist in das Durchschnittsergebnis beispielsweise genauso eingeflossen, wie das des angestellten Krankenhaushäufers. Beschränkt man die Auswertung auf die klassischen Verwaltungen und Behörden (Kernhaushalt), so ergibt sich ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von rund 3 100 Euro (Median 3 020 Euro).

2 300 Fällen vor. Dabei ist zu beachten, dass hierin wieder alle öffentlichen Einheiten berücksichtigt sind und beispielsweise auch das Gehalt eines außertariflich bezahlten Chefarztes eines öffentlichen Krankenhauses eingeflossen ist. Beschränkt man sich auf die tariflich Beschäftigten in den klassischen Behörden und Verwaltungen (Kernhaushalt), so verändert sich das Bild: Sie enthalten nur rund 850 Spitzenverdiener mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von mehr als 7 000 Euro.

Unter-
schiedliche
Einkommens-
verteilung

Rund 34 700 Beschäftigte bezogen ein Bruttoeinkommen zwischen 2 500 und 3 000 Euro. Diese Einkommensgruppe war am häufigsten. Am seltensten waren die höheren Einkommen. Rund 1 600 Personen erhielten ein Einkommen zwischen 6 500 und 7 000 Euro. Spitzenverdiener mit noch höheren Bruttoeinkommen kamen in rund

Gleichstellung von Männern und Frauen

Die amtliche Statistik erfasst auch das Geschlecht der Beschäftigten.

Unter den rund 217 700 Beschäftigten der Kommunen und des Landes befanden sich 125 300 Frauen. Das entspricht einem rechnerischen Frauenanteil von rund 58 Prozent.

Frauenanteil beträgt 58 Prozent (alte Berechnungsmethode)

Teilzeit über-
wiegend durch
Frauen

Dieser zunächst hoch erscheinende Frauenanteil ist jedoch zu relativieren. Einerseits bestehen große Unterschiede hinsichtlich des Beschäftigungsumfangs. Die Frauenquote beträgt unter den Vollzeitbeschäftigten nämlich lediglich 42 Prozent. Bei den Teilzeitbeschäftigten mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit liegt der Frauenanteil hingegen bereits bei 88 Prozent. Teilzeitbeschäftigten, die weniger als die Hälfte der Wochenarbeitszeit umfassen, werden zu 84 Prozent durch Frauen wahrgenommen. Der Frauenanteil im Rahmen der Altersteilzeit beträgt 68 Prozent. Demnach erklärt sich der oben genannte hohe Frauenanteil von rund 58 Prozent insbesondere durch den hohen Anteil von Frauen an Teilzeit- und Altersteilzeitbeschäftigten.

Im Rahmen der aktuellen Reform der Verwaltungsvorschrift zum Landesgleichstellungsgesetz wird daher die Zielgröße angepasst: Zukünftig soll nicht mehr die Zahl von Personen, sondern die sogenannten Vollzeitäquivalente betrachtet werden.

Frauenanteil
nach Vollzei-
täquivalenten
(neue Berech-
nungsmethode)
liegt bei
53 Prozent

Vollzeitäquivalente berechnen sich durch Summierung des Beschäftigungsumfangs der Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten. D. h., beispielsweise drei Teilzeitbeschäftigten mit einem Arbeitsanteil von 50, 30 und 20 Prozent ergeben zusammen ein Vollzeitäquivalent ($50/100 + 30/100 + 20/100$). Genauso ergibt eine Vollzeitstelle ebenfalls ein Vollzeitäquivalent ($100/100$). Berechnet man die Vollzeitäquivalente der Frauen und setzt diese zu den gesamten Vollzeitäquivalenten in Bezug, erhält man den Frauenanteil gemäß dem neuen Ansatz.

Der derart berechnete Frauenanteil beträgt für die Landesbeschäftigten des öffentlichen Bereiches 52 Prozent und für die Kommunalbeschäftigten 55 Prozent. Insgesamt ergibt

sich für Land und Kommunen zusammen eine Quote von 53 Prozent.

Doch auch dieses Bild ist weiter zu differenzieren. Die Beschäftigten des Landes und der Kommunen werden je nach Ausbildungsstand und Schwierigkeit der Tätigkeiten verschiedenen Besoldungs- bzw. Eingruppierungsstufen zugeordnet.

Die Auswertung der Frauenanteile nach Vollzeitäquivalenten zeigt ein sehr heterogenes Bild in der A-Besoldung bzw. in der Vergütung nach den Tarifverträgen. Während der Frauenanteil beispielsweise in der Eingruppierung A8 bzw. E8 bei 73 Prozent liegt, ergibt sich in der A15 bzw. E15 lediglich noch eine Quote von 34 Prozent. Im Durchschnitt ergibt sich in der Besoldungsgruppe A bzw. der Entgelte nach den Tarifverträgen ein Frauenanteil von 53 Prozent.

Für herausragende Tätigkeiten in bestimmten Bereichen sieht das Landesbesoldungsgesetz die speziellen Besoldungsordnungsgruppen B, R und W vor. Während sich die B-Besoldung insbesondere auf die Verwaltung bezieht (u. a. Präsidentinnen bzw. Präsidenten von Verwaltungsbehörden; Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister ab 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner), erstreckt sich die R-Besoldung schwerpunktmäßig auf die Justiz (u. a. Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte). Herausgehobene Positionen im Bereich der Wissenschaft, Lehre und Forschung (u. a. Universitätsprofessorinnen und -professoren) werden in der W-Besoldung (früher C-Besoldung) abgebildet.

Auch in diesen speziellen Besoldungsordnungsgruppen ergeben sich höchst unterschiedliche Frauenanteile. In der B-Besoldung beträgt der Anteil der Frauen an den Vollzeitäquivalenten insgesamt lediglich

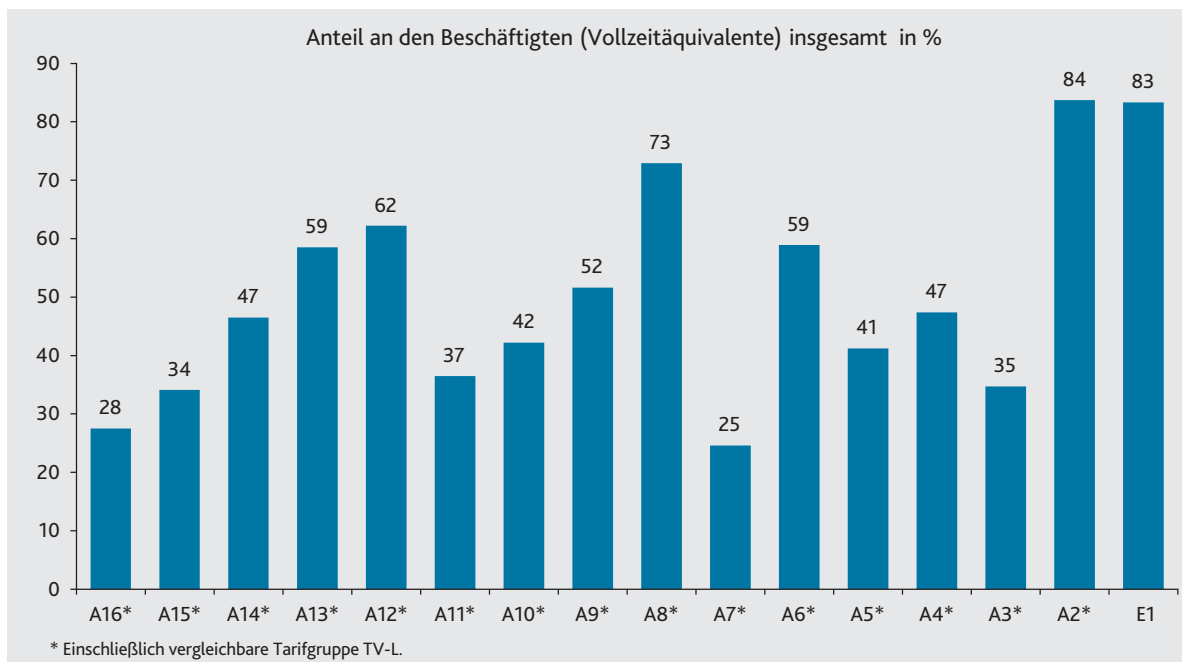
Tendenziell
geringere
Frauenanteile
in höheren
Besoldungs-
gruppen

Frauenanteil in
A-Besoldung
bzw. TV-L bei
53 Prozent

Frauenanteile
in B-, R- und
W-Besoldung
unter dem
Durchschnitt

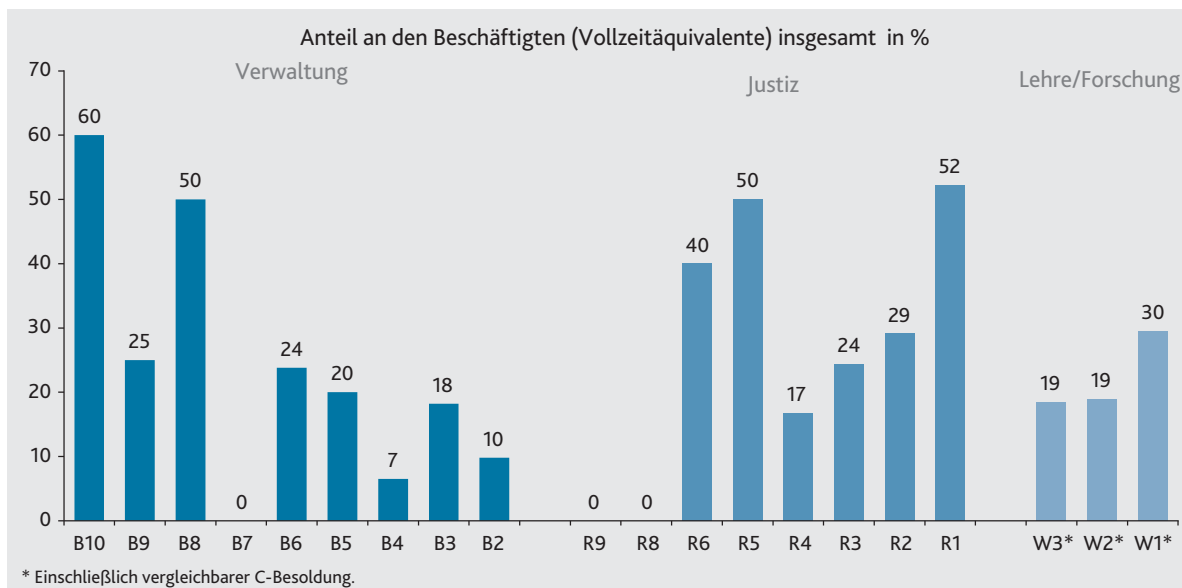
G 4

Frauenanteil im öffentlichen Dienst 2016 nach Einstufung bzw. Besoldungsgruppen



G 5

Frauenanteil im öffentlichen Dienst 2016 nach Einstufung bzw. Besoldungsgruppen B, R und W



18 Prozent. Die Verteilung ist sehr verschieden. Während in der Stufe B4 nur 6,5 Prozent Frauen vertreten sind, kommt die Quote in der höchsten Besoldungsstufe B10 (u. a. Ministerinnen und Minister) auf 60 Prozent.

Auch innerhalb der R-Besoldung der Justiz sind große Unterschiede zu beobachten. Der durchschnittliche Frauenanteil beträgt hier zwar 44 Prozent. Die Besoldungsstufe R1 (u. a. Richterin bzw. Richter am Verwaltungs-

Frauenanteil
in R-Besoldung
44 Prozent

gericht) weist sogar einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil von 52 Prozent auf. Doch bereits in der nächsthöheren Besoldungsstufe R2 (u. a. RichterIn bzw. Richter am Oberverwaltungsgericht) beträgt der Anteil nur noch 29 Prozent.

Im Bereich der W-Besoldung von Wissenschaft, Forschung und Lehre (bzw. vergleichbare C-Besoldung) liegt der Frauenanteil gemessen an Vollzeitäquivalenten im Durchschnitt bei 20 Prozent. Während der Anteil in der Stufe W1 (bzw. C2) noch 30 Prozent beträgt, fällt er in den höheren Besoldungsstufen W2 (bzw. C3) und W3 (bzw. C4) auf jeweils rund 19 Prozent.

Frauenministerium und Statistisches Landesamt erstellen Landesgleichstellungsbericht

Das für die Gleichstellung zuständige Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz veröffentlicht mit Unterstützung des Statistischen Landesamtes einmal pro Wahlperiode einen aus-

führlichen Landesgleichstellungsbericht. Die Zusammenarbeit der beiden Behörden wird derzeit noch weiter intensiviert; zusätzliche Veröffentlichungen sind in Planung.

Entwicklung von 2006 bis 2016

In den vorangegangenen zehn Jahren stieg die Zahl der Beschäftigten kontinuierlich. Während 2006 noch rund 199 200 Personen bei Land und Kommune beschäftigt waren, sind es 2016 rund 9,3 Prozent mehr (Anstieg auf 217 700).

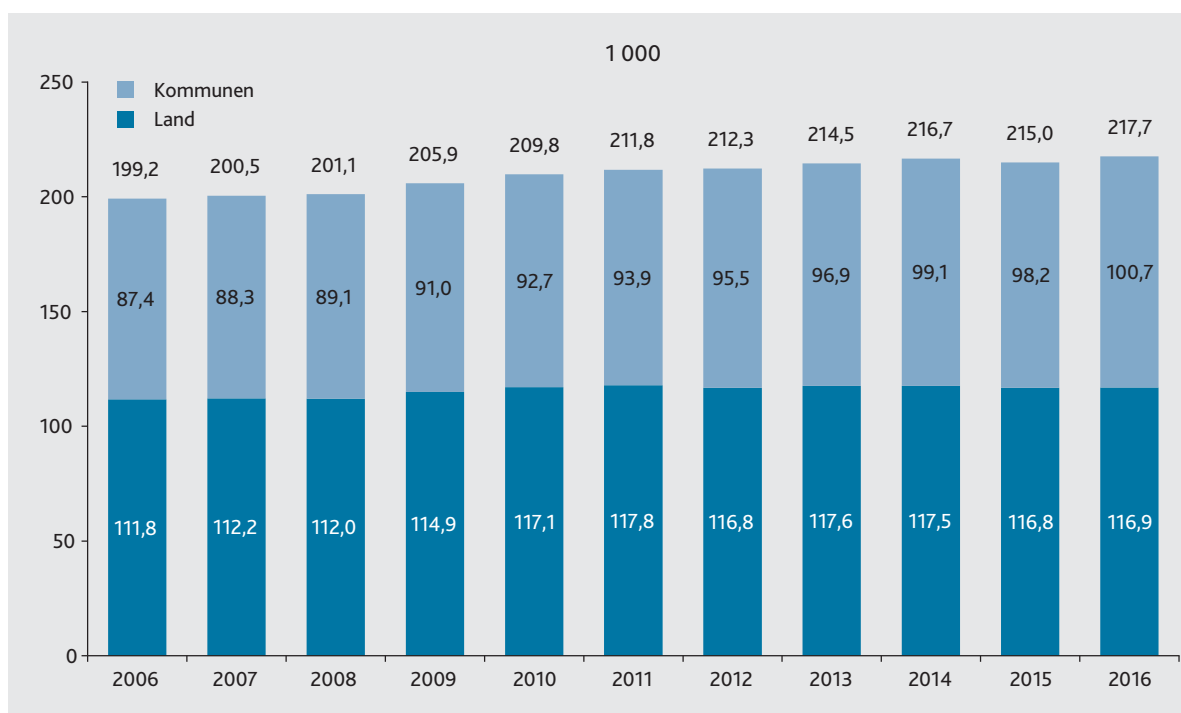
Kontinuierliches Beschäftigungswachstum

Beim Land und bei den Kommunen entwickelte sich der Zuwachs jedoch unterschiedlich. In den Kommunen stieg die Zahl im 10-Jahresvergleich um 14 Prozent.

Mehr als die Hälfte des Anstiegs in den Kommunen ist jedoch auf den Ausbau der kommunalen Kindertagesstätten zurückzu-

G 6

Beschäftigte des öffentlichen Bereiches 2006–2016



Kommunaler
Kita-Ausbau
führt zur
Erhöhung der
Beschäftigten-
zahlen

führen. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wuchs dort von 8 200 (Jahr 2006) auf 15 500 (Jahr 2016). Demnach war hier ein Anstieg von rund 89 Prozent zu beobachten.

Der Personalzuwachs war beim Land wesentlich geringer als bei den Kommunen. Das Land beschäftigte 2016 insgesamt 4,6 Prozent mehr Personen als im Jahr 2006.

Der Zuwachs beim Land entstand u. a. durch deutliche Anstiege im Schulbereich (+8,2 Prozent) sowie bei der Polizei (+5,7 Prozent). Andere Bereiche haben hin-

gegen Personal abgebaut. Beispielsweise sank die Zahl der Landesbeschäftigten in der Katasterverwaltung in den vorherigen zehn Jahren um 36 Prozent. Auch in der amtlichen Statistik des Landes kam es zu einer Reduzierung: Die Zahl der Beschäftigten des Statistischen Landesamtes ging im selben Zeitraum von 411 auf 330 Beschäftigte zurück (–20 Prozent).

Dr. Christoph Wonke leitet das Referat „Finanzen“.

Entwicklungen und Strukturen im Anbau von Freilandgemüse in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Birgit Hübbers

In keinem anderen Bundesland hat die Erzeugung von Gemüse einen so bedeutenden Anteil am Produktionswert der Landwirtschaft wie in Rheinland-Pfalz. Das Hauptanbaugebiet ist die Pfälzer Rheinebene. Diese vergleichsweise niederschlagsarme Region bietet bei hoher Sonneneinstrahlung und geeigneten Böden in Verbindung mit der Einrichtung eines weitläufigen Beregnungsnetzes beste Produktionsvoraussetzungen. Alle vier Jahre findet die jährliche Gemüseerhebung als Vollerhebung statt und ermöglicht strukturelle Auswertungen.

Hoher Wertschöpfungsanteil

Auf die Erzeugung von Gemüse entfielen 2015 rund 18 Prozent des Produktionswertes der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft.¹ Ähnlich hoch war der Anteil der gesamten tierischen Erzeugung (19 Prozent). In allen anderen Bundesländern entfallen auf die Gemüseerzeugung weniger als zehn Prozent des landwirtschaftlichen Produktionswertes. Der Bedeutungszuwachs in zehn Jahren war in Rheinland-Pfalz beträchtlich: 2005 entfielen auf die Gemüseerzeugung erst zwölf Prozent des Produktionswertes.

Höchste
Wertschöpfung
unter den
Bundesländern

Gut drei Viertel der Wertschöpfung der Gemüseerzeugung verteilen sich auf fünf Bundesländer (Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz). Im Jahr 2005 rangierte Rheinland-Pfalz noch an dritter Stelle; 2015 und in den vier Jahren davor erreichte das Land den höchsten Anteil an der Wertschöpfung der deutschen Gemüseproduktion.

¹ Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes: Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung; Berechnungsstand: Februar 2017.

Ausgeprägte regionale Konzentration und Spezialisierung in Deutschland

Gemüse wird nur in geringem Umfang in Gewächshäusern bzw. unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen produziert. Der Anbau im Freiland hat flächenmäßig einen Anteil von mehr als 99 Prozent sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Deutschland. Den niedrigsten Anteil hat er in Hamburg mit 94 Prozent.

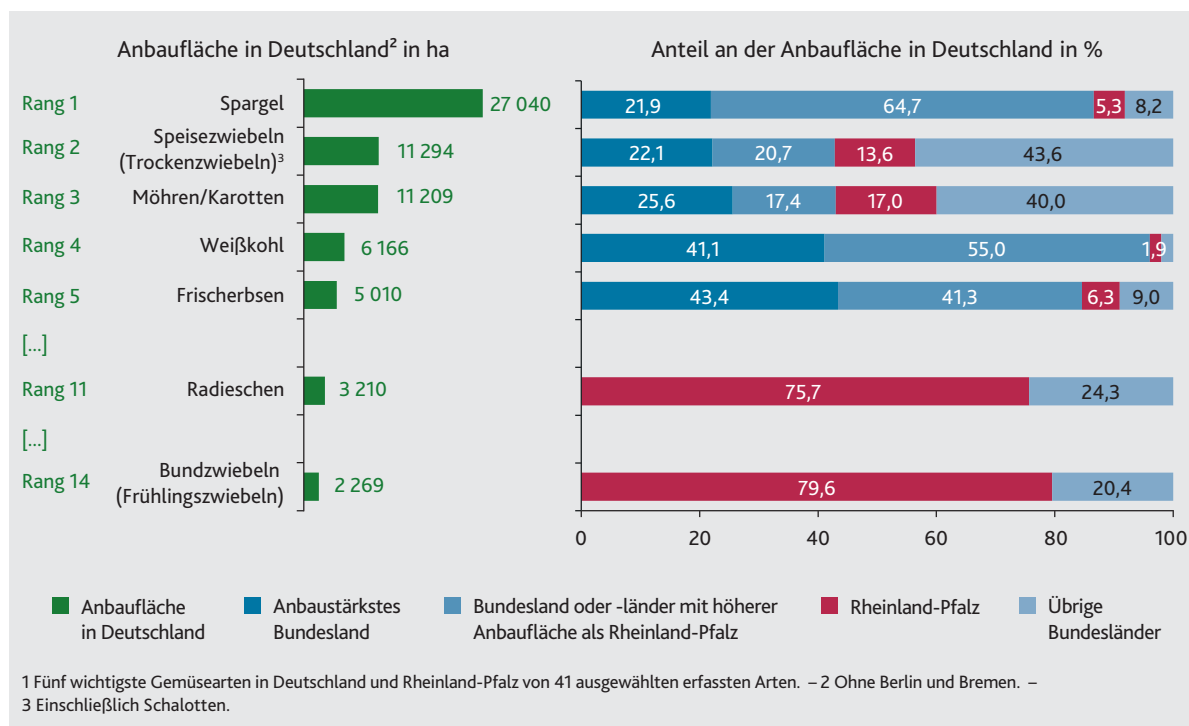
Die regionale Konzentration des Gemüseanbaus ist aufgrund der Standortansprüche an Boden und Klima ausgeprägt. In Deutschland gibt es in den bedeutenden Erzeugerländern besondere Anbaugebiete. In Rheinland-Pfalz konzentriert sich der Gemüseanbau auf die Pfalz. Sie gilt als das größte, geschlossene Anbaugebiet für Freilandgemüse in Deutschland.

Der hohe Anteil des rheinland-pfälzischen Gemüseanbaus am Produktionswert des deutschen Gemüseanbaus wird auf vergleichsweise wenig Fläche erreicht. Trotz des höchsten Wertschöpfungsanteils rangiert Rheinland-Pfalz mit den für Gemüse genutz-

Hoher Wertschöpfungsanteil auf vergleichsweise wenig Fläche

G 1

Anbauflächen im Freiland für die wichtigsten Gemüsearten in Deutschland und in Rheinland-Pfalz 2016¹ nach Bedeutung des Anbaus in den Bundesländern



ten 14 600 Hektar Ackerflächen² unter den Bundesländern nur an vierter Stelle vor Baden-Württemberg mit 10 600 Hektar. An der Spitze steht Nordrhein-Westfalen mit 21 100 Hektar.

Neben der regionalen Konzentration der Flächen auf einzelne Bundesländer ist eine regionale Spezialisierung auf Gemüsearten zu beobachten. Sie ist teils traditionell bedingt, kann durch besonders geeignete Standortvoraussetzungen für eine Gemüseart entstanden sein oder durch vorteilhafte betriebliche Rahmenbedingungen und Vermarktungswege.

Von den fünf Gemüsearten mit den größten Anbauflächen ist in Deutschland Spargel die

häufigste Gemüseart – deutlich vor Speisezwiebeln, Möhren, Weißkohl und Frischerbsen. In Rheinland-Pfalz werden vor allem Radieschen angebaut, gefolgt von Möhren, Bundzwiebeln, Speisezwiebeln und Spargel.

Deutschlands bedeutendste Gemüseart ist Spargel

Hauptproduktionsland für Spargel ist Niedersachsen mit 22 Prozent des Anbaus. Für die Spargelproduktion in Deutschland ist die rheinland-pfälzische Erzeugung von nachgeordneter Bedeutung. Der Anbau in Rheinland-Pfalz steht im Vergleich der Bundesländer erst an siebter Stelle (5,3 Prozent).

Speisezwiebeln, Möhren und Frischerbsen werden nur in jeweils zwei Bundesländern mehr angebaut als in Rheinland-Pfalz. Bei Speisezwiebeln führen mit den Anbauflächen in der genannten Reihenfolge Niedersachsen und Bayern, bei Möhren Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Auf die jeweiligen Länder zusammen entfallen bei

2 Gemeint sind hier die Grundflächen im Freiland, auf denen gegebenenfalls mehrmals nacheinander im Laufe eines Jahres Gemüse gepflanzt oder gesät werden kann, sodass die Anbaufläche größer ist.

Erfassung und zeitlicher Vergleich

Im vierjährigen Turnus wird die Erhebung des Gemüseanbaus als Vollerhebung und in den Zwischenjahren als Stichprobenerhebung u. a. zur Ernteschätzung durchgeführt. In den Stadtstaaten Berlin und Bremen findet die Erhebung nicht statt.

Für die Erhebung gelten seit 2012 höhere untere Erfassungsgrenzen als in den Jahren 2000, 2004 und 2008 mit allgemeiner Erhebung. Die Erfassungsgrenze für die landwirtschaftlichen Betriebe wurde von zwei Hektar auf fünf Hektar angehoben. Kleinere Betriebe fallen in den Erhebungsbereich, wenn einzelne Mindestvorgaben für den Anbau verschiedener Sonderkulturen erreicht werden oder in bestimmtem Umfang Vieh gehalten wird. Für den Verkaufsanbau von Gemüse, Erdbeeren oder deren Jungpflanzen gilt seit 2012 eine Grenze von mindestens 0,5 Hektar für den Anbau im Freiland oder von mindestens 0,1 Hektar für Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen; zuvor lagen diese Grenzen bei 0,3 bzw. 0,03 Hektar. Vor 1999 wurde sogar jeglicher Anbau von Gemüse zum Verkauf erfasst.

Anders als 2012 und 2016 umfasste die Erhebung früher auch noch Kräuter wie Petersilie und Schnittlauch. Die Vergleichbarkeit der Erhebungen ab 2012 mit den Ergebnissen der Vorjahre ist daher nicht in vollem Umfang gegeben.

jeder Gemüseart 43 Prozent der Fläche. Mit 14 bzw. 17 Prozent folgt Rheinland-Pfalz.

Weißkohl wird vor allem in Schleswig-Holstein angebaut (41 Prozent); Rheinland-Pfalz belegt mit einem Anteil von 1,9 Prozent nur den siebten Platz. Frischerbsen werden ganz überwiegend in Sachsen und Nordrhein-Westfalen erzeugt (zusammen 85 Prozent der Anbaufläche; Rheinland-Pfalz: 6,3 Prozent).

Hohe regionale
Konzentration
bei einzelnen
Gemüsearten

Eine ausgeprägte Konzentration gilt für die Erzeugung von Radieschen und Bundzwiebeln auf rheinland-pfälzische Betriebe mit 76 bzw. 80 Prozent der Anbauflächen in Deutschland. Von diesen beiden für das Land bedeutenden Gemüsearten werden in Deutschland 3 210 Hektar Radieschen und 2 269 Hektar Bundzwiebeln angebaut. Unter den mehr als 40 explizit erfassten Gemüsearten rangieren Radieschen in Deutschland erst an elfter und Bundzwiebeln an vierzehnter Stelle.

Bundesweit ist ein ähnlich hoher Erzeugungsanteil bei einer Gemüseart nur in wenigen

Ländern der Fall. Zu nennen ist Bayern als führendes Land für den Anbau von Einlegegurken, deren Erzeugung in Rheinland-Pfalz unbedeutend ist. Mit 1 431 Hektar umfasst die Fläche in Bayern 60 Prozent des deutschen Anbaus. Landläufig bekannt ist die Spreewaldgurke aus Brandenburg. Der Anbau dort trägt aber nur 21 Prozent zur Fläche in Deutschland bei.

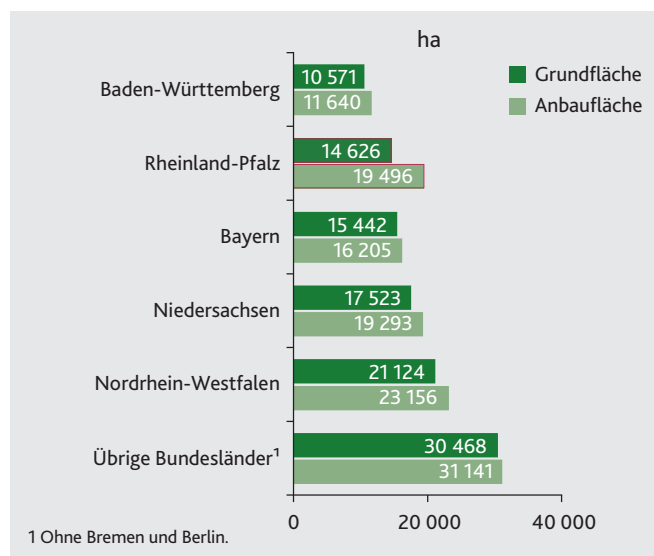
Auch bei Gemüsearten mit deutschlandweit weniger als 500 Hektar gibt es vereinzelt eine regionale Spezialisierung. Bei dicken Bohnen entfallen 89 Prozent der Flächen auf Erzeuger in Nordrhein-Westfalen und bei Stauden- und Stangensellerie 65 Prozent auf Betriebe in Rheinland-Pfalz.

Hohe Anbauintensität und betriebliche Konzentration in Rheinland-Pfalz

Die Anbauintensität – berechnet als das Verhältnis der Anbauflächen zu den Grundflächen – ist in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer am höchsten. Im Jahr

G 2

Grund- und Anbaufläche für Freilandgemüse 2016 nach Bundesländern



2016 belief sich die Anbaufläche durch die Mehrfachnutzung einer Grundfläche ungefähr auf das 1,3-Fache der Grundfläche. Dieser Faktor beträgt in den anderen Bundesländern höchstens 1,1. Gemessen an der Anbaufläche rangiert Rheinland-Pfalz deshalb hinter Nordrhein-Westfalen an zwei-

ter Stelle (gemessen an der Grundfläche an vierter Stelle).

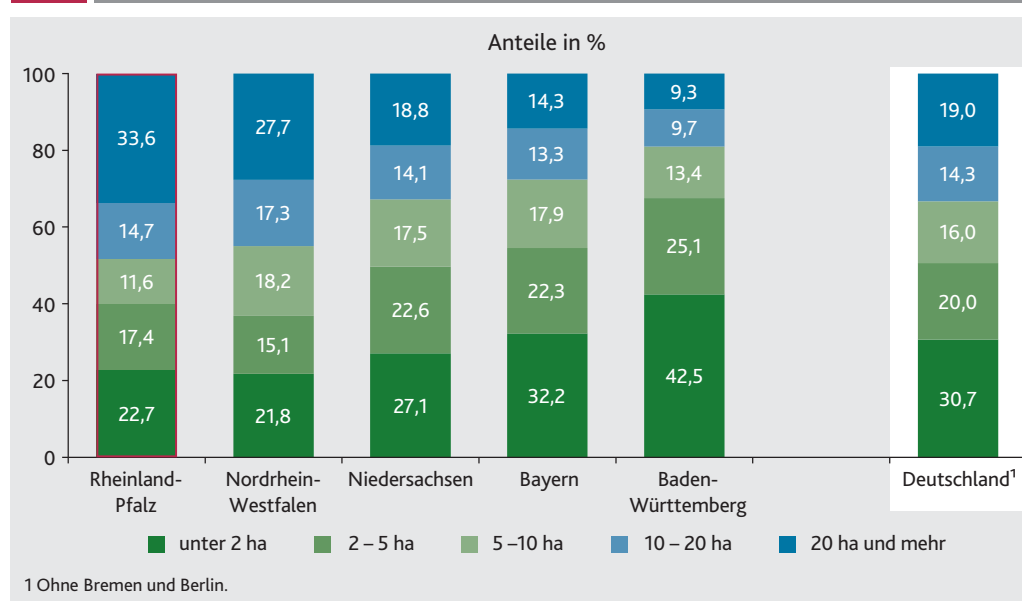
Auch hinsichtlich der Betriebsgrößenstruktur gibt es Unterschiede. Mit einer durchschnittlichen Grundfläche im Freiland von 33 Hektar sind die Betriebe in Rheinland-Pfalz im Mittel deutlich größer als in den vier anderen bedeutenden Gemüseanbauländern. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen folgen mit 18 Hektar je Betrieb. Der Anteil der Betriebe mit 20 und mehr Hektar Grundfläche ist in Rheinland-Pfalz am höchsten.³ Gut ein Drittel der rheinland-pfälzischen Gemüseproduzenten wirtschaften in dieser Größenordnung. Von den 151 großen Betrieben erzeugen alle Freilandgemüse, 13 der Betriebe haben zusätzlich Gewächshäuser. Auf die Erzeuger mit 20 Hektar und mehr Grundfläche entfallen

Betriebe vergleichsweise groß

³ Die Zuordnung der Betriebe zu Größenklassen richtet sich nach der gesamten Grundfläche des Betriebes für den Gemüseanbau. Sie umfasst neben der Grundfläche im Freiland auch die Grundfläche in Gewächshäusern bzw. hohen begehbaren Schutzfolien. Innerhalb dieser Gliederung wird u. a. die Zahl der Betriebe mit Freilandflächen ausgewiesen.

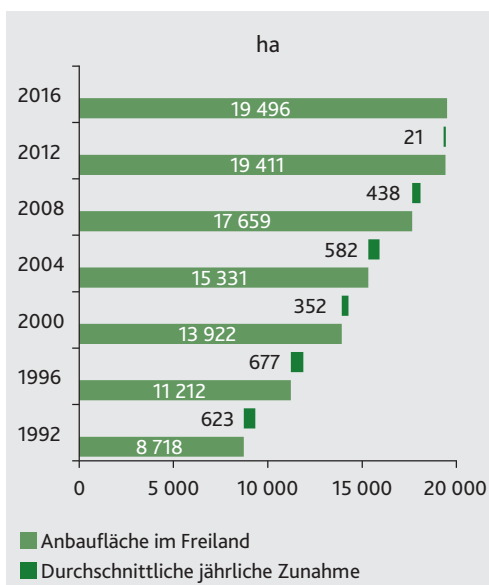
G 3

Betriebe mit Gemüseanbau 2016 nach Größenklassen der Grundflächen für Gemüse und Bundesländern



G 4

Anbaufläche für Gemüse im Freiland 1992–2016

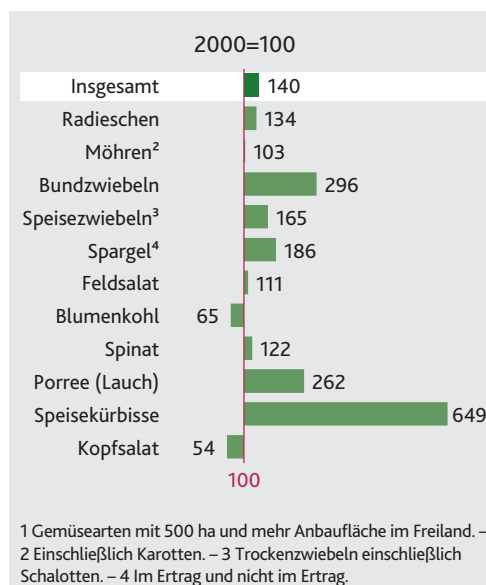


89 Prozent der Freilandflächen und 70 Prozent der Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen bzw. in Gewächshäusern.

Erhöhte
Flächen-
konzentration
auf große
Betriebe

Seit der Vollerhebung 2012 ist die Verdichtung der Grundflächen für den Freilandanbau auf große Betriebe weiter fortgeschritten. Insgesamt ist die Zahl der Betriebe mit Grundflächen im Freiland um 9,5 Prozent gesunken und die bewirtschaftete Grundfläche um zwölf Prozent gestiegen. In den grafisch dargestellten Klassenabgrenzungen ist in Rheinland-Pfalz in allen Größenklassen die Zahl der Betriebe zurückgegangen. Mit Abstand am deutlichsten hat sie sich bei Betrieben mit fünf bis unter zehn Hektar verringert (–29 Prozent). Auf diese Gruppe entfielen 2016 nur noch 12 Prozent der Betriebe. Damit verbunden war eine Verringerung der Fläche in dieser Gruppe um 25 Prozent. Sofern Betriebe nicht aufgegeben haben, haben sie sich höchstwahrscheinlich vergrößert. Die Klassengrenze von 20 und mehr Hektar ist die höchste Abgrenzung der bundesweiten Standardaufbereitungen im Rahmen der

G 5

Gemüseanbau im Freiland 2016 nach ausgewählten Arten¹

Gemüseerhebung. Ab dieser Größe hat in Rheinland-Pfalz die Zahl der Betriebe nur leicht abgenommen (–2,6 Prozent), die Fläche ist aber deutlich gewachsen (+16 Prozent).

Dynamische Anbauentwicklung in der Vergangenheit

Die Ergebnisse der vierjährigen Vollerhebungen zeigen für die Anbauflächen von Gemüse von 1992 bis 2000 ein besonders dynamisches Wachstum mit jährlichen Zunahmen um mehr als 600 Hektar. Bis 2012 schwächte sich das immer noch beachtliche Wachstum etwas ab. Zwischen 2012 und 2016 gab es keine wesentliche Zunahme mehr. Im Betrachtungszeitraum wurden die unteren Erfassungsgrenzen mehrfach geändert (siehe Textkasten). Von 2000 bis 2008 waren sie gleich, ab 2012 wurden die Erfassungsgrenzen angehoben. Die Ergebnisse sind im Hinblick auf die Dynamik der langfristigen Entwicklung im Gemüsebau dennoch hinreichend aussagekräftig.

Von den fünf anbaustärksten Gemüsearten (Radieschen, Möhren, Bundzwiebeln, Speise-

T 1

Konzentration der Anbauflächen im Freilandanbau von Gemüse 2016 nach ausgewählten Gemüsearten¹

Gemüseart	Betriebe insgesamt			Darunter die 25% Betriebe mit dem größten Anbauumfang insgesamt bzw. der jeweiligen Gemüseart		
	Betriebe	Anbau	Anbau je Betrieb	Betriebe	Anteil am Anbau	Anbau je Betrieb
	Anzahl	ha		Anzahl	%	ha
Insgesamt	446	19 496	43,7	111	85,5	150,2
darunter						
Radieschen	40	2 429	60,7	10	93,6	227,4
Möhren/Karotten	111	1 909	17,2	28	84,3	57,5
Bundzwiebeln	34	1 805	53,1	8	88,3	199,3
Speisezwiebeln	129	1 535	11,9	32	72,8	35,0
Spargel	142	1 425	10,0	35	78,5	32,0
Feldsalat	62	1 036	16,7	15	96,3	66,5
Blumenkohl	75	837	11,2	19	75,3	33,2
Spinat	62	764	12,3	15	67,9	34,6
Rucolasalat	26	666	25,6	6	64,7	71,8
Porree	48	661	13,8	12	97,0	53,4
Speisekürbisse	116	597	5,1	29	83,9	17,3

¹ Gemüsearten mit einem Anbauumfang von 500 ha und mehr.

Stärkste
Anbauaus-
dehnung bei
Bundzwiebeln

zwiebeln, Spargel)⁴ hatten Bundzwiebeln die stärkste Anbauausdehnung. Ihre Fläche hat sich seit 2000 fast verdreifacht. Seinerzeit nahmen sie in Rheinland-Pfalz den neunten Platz unter den Gemüsearten ein; 2016 rangierten sie auf Platz drei. Bundzwiebeln – auch als Frühlingszwiebeln bekannt – werden erst seit dem Jahr 2000 getrennt von Trockenzwiebeln erhoben. Seither sind die Anbauflächen für alle heute bedeutenden Gemüsearten explizit bekannt.

Spargelanbau
stetig
erweitert

Der Anbau von Radieschen hatte bereits 2004 den Möhrenanbau vom ersten Platz verdrängt. Die Flächen für Spargel wurden im Betrachtungszeitraum stetig erweitert und Spargel wurde zur fünftwichtigsten Gemüseart. Er rangierte 2000 erst auf dem siebten Platz nach Feldsalat und Kopfsalat. Feldsalat – jetzt auf Rang sechs – wird seit 2008 tendenziell weniger, aber nach wie vor

⁴ Möhren einschließlich Karotten; als Speisezwiebeln gelten Trockenzwiebeln und Schalotten, Spargel im Ertrag und nicht im Ertrag.

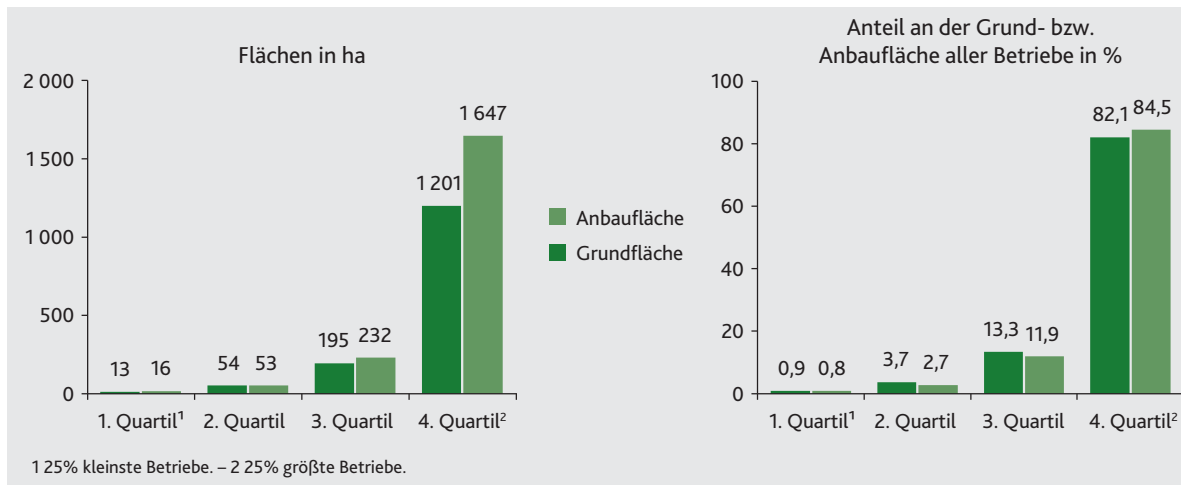
auf über 1 000 Hektar angebaut. Der Anbau von Kopfsalat wurde dagegen seit 2000 auf unter 500 Hektar und damit auf nur noch 54 Prozent des Anbaus im Jahr 2000 verkleinert. Neue Salatsorten haben Marktanteile zulasten von Kopfsalat eingenommen. Dazu zählt in Rheinland-Pfalz auch Rucola, dessen Anbau seit 2000 von 67 Hektar auf 666 Hektar zugenommen hat.

Neben den fünf anbaustärksten Gemüsearten und dem bereits erwähnten Feldsalat und Rucolasalat belegen vier weitere Arten in Rheinland-Pfalz mehr als 500 Hektar, und zwar Blumenkohl, Spinat, Porree und Speisekürbisse. Der Anbau von Spinat wurde auf 122 Prozent des Umfangs von 2000 erweitert. Porree und vor allem Speisekürbisse hatten sehr starke Zunahmen. Seit dem Jahr 2000 ist der Anbau auf das 2,6-Fache bei Porree und das 6,5-Fache bei Speisekürbissen gestiegen. Blumenkohl hat ähnlich stark an Bedeutung verloren wie Kopfsalat und erreichte 2016 nur noch 65 Prozent des Anbaus im Jahr 2000.

Hohe
Zuwachsraten
beim Anbau
von Lauch
und Kürbissen

G 6

Betriebliche Konzentration der Grund- und Anbauflächen für Gemüsebau im Freiland 2016



Betriebliche Konzentration des Anbaus unterschiedlich ausgeprägt

Die Produktion konzentriert sich bei den einzelnen Gemüsearten, wie auch der Freilandanbau von Gemüse insgesamt, auf wenige Erzeuger. Ordnet man die Betriebe nach der Höhe der Anbauflächen und betrachtet die 25 Prozent größten Erzeuger (oberstes Quartil), so entfallen auf diese elf Betriebe 82 Prozent der Grundfläche und 86 Prozent der Anbauflächen im Freiland. Die Anbauintensität (Verhältnis der Anbauflächen zur Grundfläche) ist bei diesen Betrieben höher als z. B. in der nächstkleineren Quartilsgruppe.

Bei den einzelnen Gemüsearten ist die Konzentration auf wenige Erzeuger unterschiedlich ausgeprägt. Besonders bei Radieschen wird eine hohe Verdichtung der Produktion deutlich. Zum einen erzeugen nur wenige Betriebe überhaupt Radieschen (40), zum anderen konzentrieren sich mehr als 90 Prozent des Anbaus bei den 25 Prozent anbaustärksten Betrieben. Auch Bundzwiebeln werden nur von wenigen Betrieben angebaut (34), die Anbaukonzentration auf das obere Quartil der Betriebe liegt hier bei 88 Prozent. Einen hohen

Konzentrationsgrad weist auch die Erzeugung von Porree auf.

Speisezwiebeln und Spargel unterliegen dagegen anderen Erzeugungsstrukturen. Sie werden in jeweils mehr als 100 Betrieben angebaut und die jeweils 25 Prozent größten Erzeuger vereinen weniger als 80 Prozent der Anbauflächen auf sich.

Ökologischer Anbau wurde erweitert

Ökologischen Anbau von Feldgemüse betreiben 13 Prozent der Erzeuger mit sechs Prozent des Anbaus. In der Regel stellt ein Betrieb ganz auf ökologische Wirtschaftsweise um, zumal die Inanspruchnahme von Fördermitteln an eine Gesamtbetriebsumstellung gekoppelt ist. Die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe hat gegenüber 2012 um 38 Prozent auf 58 Betriebe zugenommen und der Anbau um 74 Prozent auf 1 160 Hektar.

Detailliertere Flächenangaben zum ökologischen Anbau werden nur für Gruppen von Gemüsearten und nicht für einzelne Gemüsearten veröffentlicht. In Rheinland-Pfalz entfallen jeweils zwei Drittel des ökologischen

Ökologische Produktion umfasst sechs Prozent des Anbaus

Anbaus auf die beiden Gruppen „Blatt- und Stängelgemüse“ sowie „Wurzel- und Knollengemüse“ gefolgt von „Fruchtgemüse“ mit einem Anteil von 19 Prozent. Zum Blatt- und Stängelgemüse gehören von den anbaustärkeren Gemüsearten Spargel, Salate, Spinat und Porree. Radieschen, Möhren, Bundzwiebeln und Speisezwiebeln zählen zum Wurzel- und Knollengemüse. Fruchtgemüse sind zum Beispiel Kürbis und Zucchini.

Der Anteil des ökologisch angebauten Gemüses liegt bei Blatt- und Stängelgemüse sowie Wurzel- und Knollengemüse etwas unter dem durchschnittlichen Anteil des ökologischen Anbaus am gesamten Freilandanbau von sechs Prozent. Überdurchschnittlich sind dagegen die Anteile bei Fruchtgemüse

(18 Prozent), Hülsenfrüchten (9,4 Prozent) und sonstigen nicht im Einzelnen bekannten Gemüsearten (zehn Prozent). In Deutschland entfallen zehn Prozent des Anbaus auf die ökologische Erzeugung. Auch hier waren überdurchschnittliche Anteile bei Fruchtgemüse, Hülsenfrüchten und der Gruppe „Sonstige Gemüsearten“ zu verzeichnen; sie lagen über den Anteilen bei den anderen Gemüseartengruppen.

Dr. Birgit Hübbers ist Referentin im Referat „Analysen, Auftragsarbeiten, FDZ“ und im Referat „Auswertungen, Analysen“ in der Abteilung „Landwirtschaft, Umwelt, Energie, Register“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

20	129 131	130 933	128 942
752	134 121	128 093	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	113 523
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 801	69 111
	27 027		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2015	2016			2017			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 053 ^{1,2}	...	4 060	4 060	4 061
darunter Ausländer ³	1 000	383 ^{1,2}	...	396	398	400

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 695	...	966	1 394	2 309
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 912	...	2 978	2 770	3 012
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,7	...	8,6	8,3	8,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 898	...	4 270	3 816	3 792
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	...	12,4	11,4	11,0
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	10	...	13	7	12
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,5	...	4,4	2,5	4,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 986	...	-1 292	-1 046	- 780
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,9	...	- 3,7	- 3,1	- 2,3

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	14 039	...	11 850	11 996	10 963
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	8 106	...	6 196	5 900	5 611
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 695	...	10 196	10 002	9 437
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 637	...	4 712	4 217	4 542
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	4 344	...	1 654	1 994	1 526
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	15 659	...	14 667	15 629	14 775

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2013	2014	2015			2016			
		30.06.	30.06.	30.09.	31.12.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 299	1 321	1 345	1 367	1 353	1 353	1 362	1 388	1 377
* Frauen	1 000	599	611	626	636	634	633	635	648	646

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1, 2, 3}**

	Einheit	2013	2014	2015			2016			
		30.06.		30.09.	31.12.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	96	106	117	122	117	121	128	131	127
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	341	353	373	377	378	379	385	390	391
* darunter Frauen	1 000	286	295	309	312	313	314	317	321	323
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	13	14	11	12	13	14	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	418	422	422	429	423	422	423	431	426
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	278	285	294	299	296	295	298	304	302
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	204	206	213	216	213	213	215	219	217
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	387	396	403	409	411	412	412	420	421

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.		Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Arbeitslose	Anzahl	112 882	111 436	110 152	112 935	107 614	104 019	107 939	106 165	100 820
* Frauen	Anzahl	52 144	50 458	50 350	52 469	49 365	47 500	50 103	49 516	46 732
* Männer	Anzahl	60 737	60 978	59 802	60 466	58 248	56 519	57 836	56 648	54 087
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	41 783	41 185	41 384	43 496	39 692	39 591	43 443	41 844	39 191
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	71 098	70 250	68 768	69 439	67 922	64 428	64 496	64 321	61 629
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,2	5,1	5,0	5,2	4,9	4,7	4,9	4,8	4,6
* Frauen	%	5,1	4,9	4,9	5,1	4,8	4,6	4,8	4,8	4,5
* Männer	%	5,3	5,3	5,2	5,2	5,0	4,8	5,0	4,9	4,6
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,6	4,7	5,3	5,8	5,0	4,5	5,4	5,2	4,7
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,4	3,9	4,6	4,0	2,9	4,0	4,1	3,6
* Ältere von 50–65 Jahren	%	5,3	5,1	4,9	4,9	4,8	4,6	4,5	4,5	4,4
* Ältere von 55–65 Jahren	%	5,8	5,6	5,4	5,4	5,3	5,0	5,0	5,0	4,9
* Ausländer/-innen	%	12,4	13,4	12,7	13,2	13,1	12,8	13,1	12,9	12,3
* Deutsche	%	4,6	4,3	4,3	4,4	4,1	3,9	4,1	4,0	3,8
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	5 234	5 357	1 438	1 452	1 446
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	27 760	32 997	34 245	34 362	34 092	37 762	39 063	40 234	40 475

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹¹**

	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli		April	Mai	Juni	Juli
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	231 358	235 916	234 725	234 493	234 267	251 603	251 440	250 879	...
* darunter Frauen	Anzahl	117 667	117 850	117 619	117 316	117 163	123 425	123 416	123 245	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	157 260	160 493	159 637	159 415	159 415	171 692	171 522	170 991	...
* nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	60 383	61 917	61 042	61 102	61 033	68 193	68 307	68 338	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	58 286	59 870	58 994	59 025	58 956	66 166	66 294	66 343	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	547	587	630	636	629	606	596	628	579
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	493	520	557	556	554	544	527	559	513
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	1	5	7	2	2	6	2
Unternehmen	Anzahl	64	92	134	94	124	113	50	67	34
private Haushalte	Anzahl	479	491	495	536	498	491	544	555	543
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 025	1 231	1 486	1 254	1 282	1 175	1 287	1 394	1 319
* Umbauter Raum	1 000 m ³	652	760	860	790	796	741	781	846	856
* Wohnfläche	1 000 m ²	121	141	161	148	149	139	143	158	152
Wohnräume	Anzahl	4 881	5 635	6 098	6 032	5 837	5 587	5 617	6 442	6 105
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	195	231	271	240	247	241	244	266	265

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	125	138	112	171	162	134	141	160	121
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	12	8	12	16	16	17	27	17
Unternehmen	Anzahl	94	82	50	96	93	64	80	87	63
private Haushalte	Anzahl	21	42	49	58	53	54	44	46	41
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	10	25	5	25	12	8	19	5	11
* Umbauter Raum	1 000 m ³	941	764	411	1 433	667	697	869	649	534
* Nutzfläche	1 000 m ²	111	110	77	167	106	96	127	93	72
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	81	104	82	178	88	84	100	84	61

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 221	1 447	1 628	1 481	1 407	1 403	1 628	1 643	1 490
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 674	6 395	6 702	7 122	6 529	6 437	6 702	7 297	6 913

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 523	11 564	11 294	10 883	10 252	10 738	11 997	10 931	11 329
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 983	1 945	1 761	1 755	1 493	1 615	1 706	1 651	1 482
darunter										
* Kälber	t	7	7	4	5	4	9	6	6	4
* Jungrinder	t	10	8	5	4	2	5	6	4	3
* Schweine	t	9 491	9 570	9 482	9 088	8 721	9 061	10 245	9 242	9 811
* Eiererzeugung ²	1 000	15 747	16 571	16 103	16 309	17 691	18 593	18 517	17 214	16 061

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 009	1 004	1 006	1 003	1 000	1 021	1 022	1 022	1 020
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	255 724	254 498	252 233	252 686	252 721	253 982	254 234	254 924	255 958
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 274	32 292	30 551	33 971	31 313	30 284	33 469	31 577	30 808
* Entgelte	Mill. EUR	1 065	1 078	1 257	1 114	986	1 133	1 307	1 122	1 035
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 221	7 223	7 175	7 903	7 104	7 410	8 298	7 986	7 606
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 900	3 813	3 759	4 009	3 738	4 009	4 478	4 370	4 096
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 028	2 098	2 077	2 468	2 067	2 090	2 360	2 165	2 124
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	87	101	97	107	93	94	97	101	90
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 206	1 211	1 242	1 319	1 207	1 216	1 363	1 350	1 296
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 269	2 140	2 141	2 201	2 109	2 317	2 535	2 474	2 276
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 037	1 086	1 050	1 245	1 055	975	1 091	960	1 037
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 047	4 003	4 029	4 394	3 871	4 241	4 669	4 398	4 232
Exportquote ⁶	%	56,0	55,4	56,2	55,6	54,5	57,2	56,3	55,1	55,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	107,8	110,6	107,2	113,9	101,6	115,6	123,7	121,8	116,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	96,9	99,7	98,8	103,9	95,0	103,8	112,2	112,3	107,1
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	119,6	120,9	113,3	123,9	112,0	117,7	131,3	122,8	116,4

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	56,2	73,3	54,0	74,5	62,0	42,8	49,3	83,2	36,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	126,4	133,5	135,7	133,5	101,5	180,8	165,1	173,1	179,0
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	96,1	97,7	98,2	102,7	95,9	105,2	111,1	115,2	106,9
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	121,6	120,9	116,1	128,1	109,4	121,5	134,0	120,4	114,6

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	180	179	179	178	179	173	173	173	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 509	9 376	9 322	9 281	9 277	9 427	9 469	9 469	9 459
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 166	1 146	1 054	1 221	1 101	1 091	1 149	1 110	1 072
* Entgelte ³	Mill. EUR	42	42	38	42	39	49	42	43	42
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	271	343	303	228	274	250	251	188	329
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	257	330	291	217	261	236	240	173	315

Baugewerbe

Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	18 579	19 046	18 853	19 002	19 152	19 801	19 912	19 940	20 023
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 906	1 945	1 926	2 286	2 102	2 063	2 306	2 256	2 069
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	310	320	323	359	347	335	379	378	348
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	649	633	631	743	634	646	724	726	660
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	974	992	973	1 184	1 121	1 083	1 203	1 151	1 060
darunter Straßenbau	1 000 h	500	531	530	645	608	606	671	660	602
* Entgelte	Mill. EUR	59	61	61	64	62	64	68	69	66

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe**Bauhauptgewerbe¹**

	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli		April	Mai	Juni	Juli
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	247	256	238	279	274	268	298	308	315
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	39	45	42	47	45	53	55	60	55
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	88	87	84	98	92	90	99	102	109
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	119	124	112	134	137	125	144	149	150
darunter Straßenbau	Mill. EUR	60	64	58	70	74	67	76	84	85

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

	Einheit	2015	2016	2015	2016				2017	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Betriebe ⁴	Anzahl	425	421	424	423	423	420	419	440	438
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 006	16 051	16 013	15 902	15 920	16 231	16 152	16 637	16 619
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 020	5 007	5 152	4 854	5 036	5 116	5 020	5 125	5 185
* Entgelte	Mill. EUR	126	128	134	120	127	127	138	130	136
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	440	457	553	357	428	451	593	378	484

Handel⁵**Großhandel⁶**

	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli		April	Mai	Juni	Juli
* Beschäftigte	2010=100	108,6	108,9	108,8	109,7	109,0	107,7	108,1	108,2	108,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	122,2	119,2	120,1	120,1	119,4	117,2	117,9	118,2	118,7
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	93,6	91,4	88,6	94,0	86,9	87,9	94,4	94,3	92,0
* Umsatz real ⁷	2010=100	87,7	85,3	82,4	87,2	80,4	80,3	86,6	86,4	84,6

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2010=100	106,4	107,9	107,4	107,6	107,2	108,2	108,4	108,4	108,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	108,0	109,7	109,3	110,0	109,6	109,2	109,6	110,3	110,7
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	104,2	108,7	108,8	109,1	109,9	114,2	116,1	115,0	110,9
* Umsatz real ⁷	2010=100	99,1	102,9	102,5	103,2	104,3	105,9	107,6	107,1	103,7

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{1,2}

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Beschäftigte	2010=100	105,5	107,9	107,0	107,1	106,2	108,9	108,9	109,0	108,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	121,1	124,7	124,7	125,8	125,8	127,3	127,9	128,7	128,9
* Umsatz nominal ³	2010=100	106,1	111,2	109,1	121,5	107,5	114,0	124,9	120,2	112,9
* Umsatz real ³	2010=100	102,3	106,3	104,5	116,1	102,5	107,6	118,2	113,6	106,6

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2010=100	103,4	103,7	106,3	107,7	109,9	106,6	106,6	108,8	109,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	106,4	108,2	111,3	114,4	116,5	110,4	111,4	114,6	115,9
* Umsatz nominal ³	2010=100	80,9	84,1	93,9	89,3	99,0	87,7	98,0	105,7	108,1
* Umsatz real ³	2010=100	73,0	74,4	83,1	78,8	87,7	76,6	85,2	91,6	93,4

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	708	722	945	840	986	744	901	982	952
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	155	194	186	287	156	188	203	278
* Gästeübernachtungen	1 000	1 813	1 824	2 388	2 011	2 589	1 873	2 184	2 402	2 552
* darunter von Auslandsgästen	1 000	447	441	533	496	876	413	498	533	828

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 772	1 820	1 716	1 926	2 022	1 761	1 714	2 051	2 089
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 135	1 266	1 227	1 404	1 413	1 197	1 216	1 457	1 553
* Getötete Personen	Anzahl	16	13	9	14	9	19	14	19	22
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	7	4	6	4	7	8	9	10
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	2	2	4	8	3	4	5
Radfahrer	Anzahl	3	1	1	3	-	-	-	1	4
Fußgänger	Anzahl	1	2	1	3	-	2	3	1	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 460	1 638	1 591	1 826	1 841	1 540	1 543	1 841	2 034

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwer- wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
schwer verletzte Personen	Anzahl	274	301	289	354	310	283	258	367	...
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	126	135	123	132	119	131	96	144	...
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	70	74	85	121	92	76	85	118	...
Radfahrer	Anzahl	41	48	38	65	68	44	44	68	...
Fußgänger	Anzahl	25	30	32	20	20	25	26	25	...

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 896	13 160	13 577	16 360	12 703	12 723	14 750	15 702	12 995
darunter										
Kraftträder	Anzahl	680	755	1 015	986	765	993	896	926	852
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 853	10 944	11 187	13 525	10 489	10 344	12 257	13 174	10 707
* Lastkraftwagen	Anzahl	924	1 024	941	1 300	993	916	1 111	1 135	984
Zugmaschinen	Anzahl	345	343	349	415	351	378	394	385	360

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2015	2016	2015	2016				2017	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	53 397	59 894	55 378	61 451	61 933	50 936	65 441	71 078	68 304
Personenkilometer ³	Mill.	494	621	509	630	646	543	665	709	684

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Güterempfang	1 000 t	1 007	1 024	1 200	1 101	1 073	1 032	897	1 053	935
* Güterversand	1 000 t	777	776	842	841	902	896	725	818	799

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	4 277	4 381	4 649	4 395	4 686	4 994	4 487	4 725	4 705
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	311	321	348	326	332	338	312	355	338
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 910	3 986	4 235	3 997	4 274	4 563	4 081	4 259	4 226

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2015	2016				2017			
			Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
*	Rohstoffe	Mill. EUR	22	23	27	23	25	28	24	28	26
*	Halbwaren	Mill. EUR	151	143	148	166	143	159	144	143	163
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 738	3 821	4 060	3 808	4 106	4 376	3 914	4 089	4 037
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	947	951	1 000	971	1 009	1 104	977	1 075	1 023
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 790	2 870	3 060	2 837	3 097	3 272	2 936	3 014	3 014
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 932	3 075	3 324	3 176	3 383	3 479	3 221	3 296	3 370
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 610	2 757	2 964	2 856	3 023	3 091	2 890	2 926	2 986
	Belgien	Mill. EUR	199	197	216	202	213	230	206	216	218
	Luxemburg	Mill. EUR	54	54	59	55	52	54	64	54	61
	Dänemark	Mill. EUR	39	44	48	45	48	59	48	51	51
	Finnland	Mill. EUR	33	30	32	35	32	34	35	47	34
	Frankreich	Mill. EUR	424	448	485	426	476	508	439	464	475
	Griechenland	Mill. EUR	27	29	33	33	34	34	24	36	45
	Großbritannien	Mill. EUR	287	303	305	325	337	332	302	299	319
	Irland	Mill. EUR	20	19	19	15	19	37	123	23	71
	Italien	Mill. EUR	247	266	276	278	310	285	261	297	288
	Niederlande	Mill. EUR	303	315	325	326	395	354	290	349	300
	Österreich	Mill. EUR	163	166	174	162	174	178	174	176	174
	Schweden	Mill. EUR	74	79	96	86	84	97	97	88	92
	Spanien	Mill. EUR	206	217	234	209	223	238	216	211	229
	Portugal	Mill. EUR	31	41	41	48	42	42	42	47	44
*	Afrika	Mill. EUR	127	117	108	117	137	128	105	113	122
*	Amerika	Mill. EUR	584	552	542	474	529	623	505	595	549
	darunter nach USA	Mill. EUR	414	381	385	323	333	419	336	413	357
*	Asien	Mill. EUR	601	598	643	586	593	717	602	662	604
	darunter nach China	Mill. EUR	148	143	159	139	148	169	151	178	148
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	39	32	42	44	46	53	60	61

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 851	2 883	2 879	2 751	2 948	3 420	3 321	3 426	3 444
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	277	239	233	235	240	316	247	266	247
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 436	2 478	2 482	2 362	2 528	2 900	2 869	2 920	2 925
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	39	36	35	35	33	49	33	39	29
* Halbwaren	Mill. EUR	255	216	220	211	213	301	269	282	247
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 142	2 226	2 227	2 116	2 283	2 550	2 567	2 599	2 649

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2015	2016				2017			
			Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	558	516	549	479	509	746	779	768	720
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 585	1 709	1 678	1 637	1 774	1 804	1 788	1 831	1 930
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 087	2 161	2 175	2 111	2 206	2 487	2 457	2 455	2 518
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 867	1 970	1 992	1 949	2 023	2 251	2 227	2 235	2 280
	Belgien	Mill. EUR	271	253	271	239	248	332	306	321	297
	Luxemburg	Mill. EUR	47	52	58	48	49	60	55	60	59
	Dänemark	Mill. EUR	22	21	23	20	23	44	23	24	24
	Finnland	Mill. EUR	12	12	11	11	12	14	13	13	11
	Frankreich	Mill. EUR	243	243	257	227	266	280	256	261	267
	Griechenland	Mill. EUR	7	8	8	6	6	10	7	8	7
	Großbritannien	Mill. EUR	105	101	109	101	116	118	134	132	117
	Irland	Mill. EUR	99	137	80	157	154	107	124	108	108
	Italien	Mill. EUR	166	175	181	169	178	203	211	217	209
	Niederlande	Mill. EUR	296	299	332	342	273	355	320	321	315
	Österreich	Mill. EUR	103	118	122	111	126	101	108	126	103
	Schweden	Mill. EUR	48	52	54	54	60	81	62	75	75
	Spanien	Mill. EUR	104	129	104	99	105	132	120	126	238
	Portugal	Mill. EUR	16	18	18	20	22	20	20	21	26
*	Afrika	Mill. EUR	41	48	55	45	56	62	40	70	45
*	Amerika	Mill. EUR	313	254	245	215	249	294	258	294	284
	darunter aus USA	Mill. EUR	239	198	194	171	193	232	206	238	224
*	Asien	Mill. EUR	405	414	398	375	433	572	562	601	589
	darunter aus China	Mill. EUR	182	182	160	166	180	195	187	213	216
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	7	6	5	5	4	5	7

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 915	2 760	2 555	2 968	2 548	2 064	2 672	2 623	2 503
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	475	468	389	510	406	356	459	446	457
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 900	1 774	1 728	1 953	1 656	1 343	1 784	1 774	1 612
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 881	2 788	2 407	2 689	2 583	1 860	2 377	2 606	2 465
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	421	402	343	443	362	215	296	377	385
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 973	1 895	1 607	1 771	1 701	1 263	1 650	1 787	1 666

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen		Einheit	2015	2016			2017				
			Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Insgesamt		Anzahl	477	462	490	549	422	437	494	423	505
davon											
* Unternehmen	Anzahl	75	65	62	70	47	68	57	60	62	
* Verbraucher	Anzahl	282	276	317	322	266	261	308	256	320	
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	103	102	97	124	103	95	104	90	104	
* sonstige natürliche Personen, ¹											
Nachlässe	Anzahl	17	19	14	33	6	13	25	17	19	
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	88	66	64	69	33	47	62	61	59	

Handwerk²

	Einheit	2015	2016	2015	2016				2017	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,6	98,8	98,5	97,9	98,1	100,5	99,0	98,3	98,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	103,8	107,4	118,9	89,8	109,8	110,8	119,1	94,5	111,2

Preise

Preise	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Verbraucherpreisindex										
(Gesamtindex)	2010=100	107,0	107,6	107,8	107,7	107,8	109,0	109,4	109,6	109,6
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	106,3	107,6	107,6	107,8	107,9	109,1	109,2	109,3	109,3

Verdienste⁷

	Einheit	2015	2016	2015	2016				2017	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 907	3 996	3 612	3 604	3 640	3 669	3 704	3 619	3 668
* Frauen	EUR	3 372	3 469	3 154	3 190	3 198	3 222	3 247	3 202	3 237
* Männer	EUR	4 121	4 207	3 796	3 768	3 816	3 849	3 889	3 793	3 848
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 434	7 483	6 636	6 511	6 572	6 646	6 733	6 627	6 711
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 506	4 580	4 209	4 169	4 199	4 232	4 266	4 182	4 233
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 319	3 390	3 088	3 080	3 115	3 139	3 167	3 126	3 174
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 756	2 815	2 586	2 571	2 609	2 643	2 654	2 562	2 611
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 111	2 277	2 031	2 092	2 146	2 159	2 156	2 131	2 183

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2015	2016	2015	2016				2017	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 282	4 300	3 863	3 763	3 820	3 854	3 894	3 792	3 875
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 877	4 031	3 527	(3 635)	(3 590)	3 662	3 672	3 497	3 515
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 472	4 485	3 984	3 902	3 958	3 966	4 021	3 923	4 001
* Energieversorgung	EUR	5 168	5 154	4 552	4 448	4 492	4 598	4 592	4 632	4 679
* Wasserversorgung ²	EUR	3 372	3 467	3 204	3 200	3 223	3 261	3 262	3 179	3 190
* Baugewerbe	EUR	3 351	3 316	3 226	3 008	3 079	3 230	3 198	3 118	3 260
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 671	3 798	3 456	3 500	3 523	3 549	3 582	3 516	3 546
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 496	3 601	3 265	3 242	3 287	3 293	3 367	3 300	3 342
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 905	3 024	2 743	2 802	2 826	2 845	2 849	2 808	2 827
* Gastgewerbe	EUR	2 219	2 277	2 161	2 158	2 155	2 147	2 161	2 241	2 238
* Information und Kommunikation	EUR	5 209	5 276	4 759	4 810	4 852	4 892	4 894	4 755	4 792
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 184	5 252	4 391	4 372	4 353	4 469	4 465	4 399	4 416
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	/	(3 963)	(3 605)	/	/	(3 622)	(3 601)	(3 566)	(3 595)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 031	5 172	4 422	4 536	4 574	4 522	4 576	4 374	4 425
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 274	2 482	2 228	2 334	2 367	2 368	2 364	2 381	2 446
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 642	3 730	3 542	3 563	3 591	3 644	3 677	3 670	3 706
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 249	4 304	4 163	4 160	4 209	4 239	4 222	4 036	4 059
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 783	3 804	3 588	3 540	3 560	3 606	3 620	3 638	3 683
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 587)	3 846	(3 392)	3 531	3 543	3 577	3 615	3 698	3 539
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 295	3 385	3 138	3 143	3 147	3 152	3 220	3 257	3 276

Geld und Kredit³

	Einheit	2014	2015	2016				2017	
		Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	124 868	122 284	124 927	124 910	125 677	124 745	125 831	125 740
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 066	10 371	10 314	10 446	10 770	10 468	10 363	10 808
								10 271	

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsgebietes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2014	2015	2016				2017	
	Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 109	11 456	11 942	12 152	12 104	11 693	11 548	11 288	11 036
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	99 693	100 457	102 671	102 312	102 803	102 584	103 920	103 644	101 563
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	117 843	116 191	119 231	119 329	119 966	119 131	120 240	120 253	118 551
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	106 825	105 382	108 340	108 491	109 077	108 336	109 595	109 823	109 064
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	11 018	10 809	10 891	10 838	10 889	10 795	10 675	10 430	9 487
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	7 025	6 093	5 696	5 581	5 711	5 614	5 591	5 487	4 319

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	114 331	115 850	117 893	116 446	117 935	115 669	119 059	117 784	116 127
Sichteinlagen	Mill. EUR	55 411	60 249	63 055	62 391	64 562	66 064	69 254	69 127	70 771
Termineinlagen	Mill. EUR	25 128	23 065	22 434	22 804	22 413	18 880	18 863	18 182	14 874
Sparbriefe	Mill. EUR	5 817	5 078	4 833	3 892	3 737	3 589	3 415	3 154	3 037
Spareinlagen	Mill. EUR	27 976	27 460	27 571	27 359	27 223	27 136	27 527	27 321	27 445
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	111 895	113 579	115 837	114 262	115 636	114 000	117 372	116 084	114 419
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	108 955	110 920	112 962	111 883	113 059	111 446	114 321	113 626	111 983
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 940	2 659	2 875	2 379	2 577	2 554	3 051	2 485	2 437
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 436	2 271	2 056	2 184	2 299	1 669	1 687	1 700	1 708

Steuern

Einheit	2015	2016			2017			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 941	4 051	4 804	3 328	3 237	4 140	4 982	4 404	4 368
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 167	1 250	1 961	881	781	1 359	1 813	1 285	1 314
Lohnsteuer	Mill. EUR	835	853	745	706	1 180	1 211	804	751	1 226
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	165	169	-	-	551	497	-	-	565
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	164	147	498	4	- 486	- 2	549	- 49	- 33
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	90	98	433	187	50	62	135	545	47

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	28	20	3	6	33	78	4	8	56
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	13	-	-	26	73	-	-	50
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	48	131	283	- 21	4	10	321	30	17
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 12	- 1	-	-	21	- 21	-	-	16
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 774	2 801	2 843	2 447	2 455	2 781	3 169	3 120	3 054
Umsatzsteuer	Mill. EUR	536	480	556	101	196	374	520	611	608
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 238	2 321	2 287	2 346	2 259	2 407	2 649	2 508	2 446

Zölle

Mill. EUR	225	219	208	220	224	189	231	223	224
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	77	84	111	67	62	73	124	71	62
-----------	----	----	-----	----	----	----	-----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	29	26	29	31	32	34	30	30
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	49	55	85	38	31	41	90	41	32

Landessteuern

Landessteuern	Mill. EUR	77	77	91	70	75	111	92	72	85
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	24	20	33	19	15	44	25	18	23
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	36	38	38	37	44	46	45	40	47
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	14	16	10	12	16	18	11	11
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	1	2	1	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	3	3	3	2	3	3	2

Einheit	2015	2016	2015	2016				2017	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	648	700	672	637	737	666	760	689	754
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	5	6	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	135	137	124	131	140	151	127	132	144
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	488	535	523	481	567	485	609	530	580
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	20	23	21	21	26	24	20	22	26

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-****verbände**

Einheit	2015	2016	2015	2016				2017	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Mill. EUR	1 022	1 039	1 336	659	1 114	1 041	1 391	727	1 159
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	400	443	358	466	481	384	442	502
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	414	382	736	33	415	379	700	64
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	48	49	94	4	48	48	98	2

	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	914	999	1 304	613	560	944	1 293	1 164	1 067
Landessteuern	Mill. EUR	77	77	91	70	75	111	92	72	85
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	442	483	825	325	275	466	738	525	503
Lohnsteuer	Mill. EUR	293	299	257	240	442	400	281	258	462
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	70	63	212	2	- 206	- 1	233	- 21	- 14
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	43	46	214	91	23	28	62	269	21
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	9	1	3	14	34	2	3	25
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	24	66	141	- 11	2	5	160	15	9
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	372	416	388	145	203	361	463	492	473
Umsatzsteuer	Mill. EUR	271	300	295	53	103	232	364	380	378
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	101	116	93	92	100	129	99	112	96
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	0	20	2	2	-	20	2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	7	1	0	-	6	1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	13	0	39	4	3	-	40	3
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	0	8	1	1	-	8	1
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 010	2 028	2 400	1 721	1 642	1 982	2 418	2 123	2 039
Bundessteuern	Mill. EUR	77	84	111	67	62	73	124	71	62
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	506	548	886	386	336	583	804	588	563
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 421	1 389	1 403	1 248	1 242	1 325	1 489	1 444	1 412
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	0	20	2	2	-	20	2

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im September 2017

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Abschlussprüfungen an Hochschulen
im Prüfungsjahr 2016
Kennziffer: B3033 201600

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und
Grünland im August 2017
Kennziffer: C2013 201704

Ernteberichterstattung über Obst im
August 2017
Kennziffer: C2033 201703

Wachstumstand der Reben im August 2017
Kennziffer: C2063 201702

Schlachtungen, Legehennenhaltung und
Eiererzeugung 2017
Kennziffer: C3053 201741

**Gewerbeanzeigen, Unternehmen und
Arbeitsstätten, Insolvenzen**

Gewerbeanzeigen im Juni 2017
Kennziffer: D1023 201706

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Bauhauptgewerbe im Juni 2017 – Vorbereitende
Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201706

Beschäftigte, Umsatz und Investitionen in der Energie-
und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseiti-
gung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen 2015
Kennziffer: E4033 201500

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der
allgemeinen Versorgung im Juni 2017
Kennziffer: E4023 201706

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im
2. Vierteljahr 2017
Kennziffer: E5023 201742

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewin-
nung von Steinen und Erden im Juli 2017 – Ergebnisse
des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr
Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201707

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe im Juli 2017
Kennziffer: E1033 201707

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im
Juli 2017
Kennziffer: E1113 201707

Ausbaugewerbe im 2. Vierteljahr 2017 – Bauinstalla-
tion und sonstiges Baugewerbe (Ergebnisse der viertel-
jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben
von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)
Kennziffer E3023 201742

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juli 2017
Kennziffer: F2033 201707

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und
im Gastgewerbe im Juni 2017
Kennziffer: G1023 201706

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Juli 2017
Kennziffer: G4023 201707

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juni 2017
Kennziffer: H1023 201706

Binnenschifffahrt im Mai 2017
Kennziffer: H2023 201705

Straßenverkehrsunfälle 2016
Kennziffer: H1013 201600

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen
im 2. Vierteljahr 2017
Kennziffer: H1073 201742

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2015
Kennziffer: J1023 201500

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in
Deutschland im August 2017
Kennziffer: M1013 201708

Umwelt

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 2016
Kennziffer: Q1053 201600

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juni 2017
Kennziffer: Z1013 201706

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe September 2017
Kennziffer: Z2201 201709

Broschüre: Rheinland-Pfalz heute 2017

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen
Kennziffer: Z2088 201701

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich –
Ausgabe 2017
Kennziffer: B1015 201700

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Iris Stadler

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte